



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

**Kombinierter dreizehnter, vierzehnter, fünfzehnter
und sechzehnter periodischer Bericht der Schweiz an
den UNO-Ausschuss zur Beseitigung jeder Form von
Rassendiskriminierung**

gemäss Artikel 9 des

Internationalen Übereinkommens von 1965

zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung

Bern, 5. Dezember 2025

Inhaltsverzeichnis

	<i>Page</i>
Inhaltsverzeichnis	2
Abkürzungsverzeichnis	3
Einleitung	6
Erster Teil: Allgemeine Informationen	6
1. Entwicklung der Bevölkerungsstruktur in der Schweiz	6
2. Verfassungs- und Gesetzesgrundlagen	6
3. Allgemeine Politik gegen rassistische Diskriminierung	8
Zweiter Teil: Überprüfung der Umsetzung der Artikel 1 bis 7 des Übereinkommens	13
1. Artikel 1: Definition der Rassendiskriminierung	14
2. Artikel 2: Verurteilung der Rassendiskriminierung	14
3. Artikel 3: Verurteilung der Apartheid	18
4. Artikel 4: Massnahmen zur Bestrafung bestimmter rassendiskriminierender Akte	19
5. Artikel 5: Beseitigung der Rassendiskriminierung, namentlich in den Bereichen bestimmter Menschenrechte	25
6. Artikel 6: Garantie wirksamer Rechtsbehelfe	35
7. Artikel 7: Massnahmen in den Bereichen Unterricht, Erziehung, Kultur und Information	36
8. Weitere Empfehlungen	38
Anhang I: Schriftliches Hearing in Vorbereitung des kombinierten 13.-16. Berichts der Schweiz an den UNO-Ausschuss zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung (CERD)	42

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
AIG	Ausländer- und Integrationsgesetz vom 16. Dezember 2005 (SR 142.20)
Art.	Artikel
AS	Amtliche Sammlung
BAK	Bundesamt für Kultur
BAKOM	Bundesamtes für Kommunikation
BAZ	Bundesasylzentrum
BAZG	Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit
BBl	Bundesblatt
BCI	Bureau cantonal pour l'intégration des étrangers et la prévention du racisme, Waadt (Kantonales Büro für Integration von Ausländer:innen und Rassismusprävention)
BFS	Bundesamt für Statistik
BGE	Entscheidungen des Bundesgerichts. Amtliche Sammlung der Bundesgerichtsentscheide in der Schweiz seit 1875.
BSV	Bundesamt für Sozialversicherungen
BüG	Bundesgesetz über das Schweizer Bürgerrecht vom 20. Juni 2014 (SR 141.0)
BV	Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (SR 101)
BVVG	Bundesgesetz über das Verbot der Verhüllung des Gesichts (SR 311.6)
CAS	Certificate of Advanced Studies
CERD	Committee on the Elimination of Racial Discrimination (Ausschuss)
CICAD	Coordination intercommunautaire contre l'antisémitisme et la diffamation
DISPO	Détachement d'Investigations Spéciales Policières, Waadt (Kantonales Spezialermittlungsteam für polizeiliche Gewaltfälle)
DNA	Deoxyribonucleinsäure
Doc.	Document
E.	Erwägung
EDA	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten
EDI	Eidgenössisches Departement des Innern
EDK	Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren
EFTA	Europäische Freihandelsassoziation
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EJPD	Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
EKM	Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen
EKR	Eidgenössische Kommission gegen Rassismus

EMRK	Konvention vom 4. November 1950 zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (Europäische Menschenrechtskonvention) (SR 0.101)
ENNHRI	European Network of National Human Rights Institutions (Réseau européen des institutions nationales des droits de l'homme)
EU	Europäische Union
f.	folgende
ff.	fortfolgende
FRB	Fachstelle für Rassismusbekämpfung
GANHRI	Global Alliance of National Human Rights Institutions (Globale Allianz der nationalen Menschenrechtsinstitutionen)
GS-EDI	Generalsekretariat des Eidgenössischen Departements des Innern
ICERD	Internationales Übereinkommen vom 21. Dezember 1961 zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung (SR 0.104)
IHRA	International Holocaust Remembrance Alliance
KIP	Kantonale Integrationsprogramme
KKJPD	Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren
KKPKS	Konferenz der kantonalen Polizeikommandantinnen und -kommandanten der Schweiz
KomPG	Bundesgesetz über Kommunikationsplattformen und Suchmaschinen (Entwurf)
KR-Nr	Kantonsratsnummer (Kanton Zürich)
LGBTQIA+	Lesbisch, Gay (schwul), Bisexuell, Trans, Queer, Intergeschlechtlich und Asexuell (auch: Aromantisch, Agender), das Plus (+) umfasst weitere Identitäten, Ausdrucks- und Beziehungsformen wie zum Beispiel non-binär, genderfluid, pansexuell oder polyamourös
MIPP	Organe de Médiation Indépendante entre la Population et la Police, Genf (Ombudsstelle für die unabhängige Vermittlung zwischen der Bevölkerung und der Polizei)
MNA	Mineurs non accompagnés
MStG	Militärstrafgesetz vom 13. Juni 1927 (SR 321.0)
N	Randziffer
NCBI	National Coalition Building Institute
NDB	Nachrichtendienst des Bundes
NGO	Non-Governmental Organizations (nichtstaatliche Organisationen)
Nr.	Nummer
PH FHNW	Pädagogische Hochschule der Fachhochschule Nordwestschweiz
PKS	Polizeiliche Kriminalstatistik
SBFI	Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation
SEM	Staatssekretariat für Migration
SMRI	Schweizerische Menschenrechtsinstitution
SODK	Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren
SPK-N	Staatspolitische Kommission des Nationalrats

SR	Systematische Sammlung des Bundesrechts
StGB	Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937 (SR 311.0)
SZIG	Schweizerisches Zentrum für Islam und Gesellschaft
u.a.	unter anderem
UMA	Unbegleitete minderjährige Asylsuchende
UNO	United Nations Organization (Vereinte Nationen)
VBS	Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport
vgl.	vergleiche
VSMS	Verordnung vom 9. Oktober 2019 über Massnahmen zur Unterstützung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (SR 311.039.6)
VZAE	Verordnung vom 24. Oktober 2007 über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit (SR 142.201)
z.B.	zum Beispiel
ZidS	BFS-Erhebung «Zusammenleben in der Schweiz»
Ziff.	Ziffer

Einleitung

1. Der Schweiz wird in den Schlussbemerkungen zu ihrem zehnten bis zwölften periodischen Bericht an den UNO-Ausschuss zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung empfohlen, ihren am 29. Dezember 2025 fälligen dreizehnten, vierzehnten, fünfzehnten und sechzehnten periodischen Bericht in Form eines einzigen Berichts zu unterbreiten.¹
2. Das vorliegende Dokument deckt den Zeitraum von **November 2021 bis September 2025** ab. Die statistischen Angaben sind auf dem Stand von Ende Dezember 2024. Bei Fakten, die im Vergleich zu einer früheren Berichtsperiode keine Änderung erfahren haben, wird auf den jeweiligen Bericht verwiesen.
3. Der vorliegende Bericht wurde durch die Fachstelle für Rassismusbekämpfung (FRB) des Eidgenössischen Departements des Innern (EDI) erarbeitet. Die weiteren betroffenen Fachstellen der Bundesverwaltung wurden im Rahmen einer Ämterkonsultation einbezogen. Die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus (EKR) und die Eidgenössische Migrationskommission (EKM) sowie national gegen rassistische Diskriminierung tätige Organisationen erhielten die Möglichkeit, sich zu den Empfehlungen zu äussern.
4. Der Bericht ist in deutscher und französischer Sprache verfügbar. Er ist auf der Website der FRB sowie jener des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) abrufbar.

Erster Teil: Allgemeine Informationen

5. Im ersten Teil folgen allgemeine Hinweise über die zwischenzeitliche Entwicklung der Rechtslage sowie ein Überblick über die gegenwärtige Politik der Schweizer Behörden im Kampf gegen alle Formen von Rassendiskriminierung.

1. Entwicklung der Bevölkerungsstruktur in der Schweiz

6. Die Informationen zu diesem Kapitel befinden sich im gemeinsamen Basisdokument, das fester Bestandteil der Berichte der Schweiz ist (Common Core Document, Kapitel II, A, 3).

2. Verfassungs- und Gesetzesgrundlagen

7. Die allgemeinen Verfassungs- und Gesetzesgrundlagen für den Kampf gegen Rassismus wurden in den vorgängigen Berichten beschrieben. Im nachfolgenden Kapitel werden nur die im Berichtszeitraum revidierten oder neu eingeführten Verfassungs- und Gesetzesgrundlagen kurz aufgeführt. Auf einschlägige Entwicklungen wird im zweiten Teil näher eingegangen.

2.1 Relevante Neuerungen auf Verfassungsebene

8. Im Oktober 2017 wurde die Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» vom Egerkinger Komitee eingereicht. Sie wurde am 7. März 2021 von Volk und Ständen angenommen. Durch die Annahme der Initiative wurde ein Gesichtsverhüllungsverbot im öffentlichen Raum und an Orten, die öffentlich zugänglich sind, in die Verfassung aufgenommen (Art. 10a BV, SR 101). Ausgeschlossen sind Sakralstätten. Ebenfalls verboten ist, eine Person aufgrund ihres Geschlechts zur Verhüllung ihres Gesichts zu zwingen. In der Verfassung vorgesehene Ausnahmen sind Gründe der Gesundheit, der Sicherheit, der klimatischen Bedingungen und des einheimischen Brauchtums. Die neue Verfassungsbestimmung wird im Bundesgesetz über das Verbot der Verhüllung des Gesichts (BVVG, SR 311.6) umgesetzt, welches per 1. Januar 2025 in Kraft trat. Dieses sieht vor, dass

¹

Abschliessende Bemerkungen vom 27. Dezember 2021 (UN Doc. CERD/C/CHE/CO/10-12), Absatz 37.

die Verhüllung des Gesichts an einem öffentlich zugänglichen Ort mit einer Busse von maximal 1000 Franken bestraft wird. Eingeführt wurde auch das Ordnungsbussenverfahren. Gemäss Ziffer III^{bis} der Bussenliste 2 im Anhang 1 der Ordnungsbussenverordnung (SR 314.11) beträgt die Busse bei Verstössen, die in diesem Verfahren erledigt werden, 100 Franken.

2.2 Relevante Neuerungen auf Gesetzesebene

9. Die im letzten Staatenbericht (2018) erwähnte Ausweitung des Schutzbereichs von Art. 261^{bis} StGB und Art. 171c MStG auf öffentliche Äusserungen, die zu Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung aufrufen, wurde am 9.2.2020 mit einem Ja-Anteil von 63.1% vom Stimmvolk angenommen und trat am 1.7.2020 in Kraft. Gemäss polizeilicher Kriminalstatistik (PKS) wurden im Jahr 2024 insgesamt 595 Straftaten nach Artikel 261^{bis} StGB (Diskriminierung und Aufruf zu Hass) registriert.² In 67 Fällen erfolgte die polizeiliche Registrierung wegen Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung. Im Jahr 2023 wurden 401 entsprechende Straftaten erfasst, davon 45 im Zusammenhang mit der sexuellen Orientierung. 2022 belief sich die Gesamtzahl auf 346 Straftaten, darunter 29 aufgrund der sexuellen Orientierung. 2021 wurden insgesamt 312 Straftaten registriert, davon 27 im Zusammenhang mit der sexuellen Orientierung.

10. In der schweizerischen Urteilsstatistik wird keine Differenzierung nach Diskriminierungskategorien vorgenommen; entsprechende Zahlen liegen daher nicht vor. Hingegen werden relevante Urteile in die von der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus (EKR) geführte Sammlung von Rechtsfällen nach Artikel 261^{bis} StGB bzw. Artikel 171c MStG aufgenommen, jedoch nicht systematisch statistisch ausgewertet. Zudem bestätigte das Bundesgericht mit Urteil 6B_1323/2023 vom 11. März 2024 erstmals eine Verurteilung gestützt auf die erweiterte Fassung von Artikel 261^{bis} StGB, welche seit dem 1. Juli 2020 auch Diskriminierung und Aufruf zu Hass aufgrund der sexuellen Orientierung unter Strafe stellt.

11. Im April 2024 beauftragte das Parlament den Bundesrat mit der Ausarbeitung einer Gesetzesvorlage für das Verbot der öffentlichen Verwendung rassendiskriminierender, gewaltverherrlichender oder extremistischer Symbole, wie beispielsweise nationalsozialistischer Symbole. Nach geltendem Recht sind solche Symbole nur dann strafbar, wenn sie mit einer Ideologie verbunden und aktiv propagiert werden. Angesichts der starken Zunahme antisemitischer Vorfälle schlug der Bundesrat im ersten Schritt ein Spezialgesetz vor, das die Verwendung nationalsozialistischer Symbole verbietet. Die Vernehmlassung zum Gesetzesvorschlag wurde im Frühjahr 2025 abgeschlossen, Botschaft und Entwurf werden zurzeit finalisiert. Eine allfällige Ausweitung auf weitere extremistische Symbole erfolgt in einem zweiten Schritt gemäss parlamentarischem Auftrag.

12. Der Bundesrat hat am 29. Oktober 2025 einen Gesetzesentwurf zur Regulierung sehr grosser Kommunikationsplattformen und sehr grosser Suchmaschinen in die öffentliche Vernehmlassung gegeben. Die Vernehmlassung zum Gesetzesentwurf läuft bis am 16. Februar 2026 (vgl. N 73).

13. Die Änderung der Zivilprozessordnung (SR 272), die am 17. März 2023 verabschiedet wurde und am 1. Januar 2025 in Kraft trat, führt zu Entlastungen bei den Verfahrenskosten: Vorschüsse wurden auf maximal die Hälfte des mutmasslichen Gesamtbetrags beschränkt und der Staat trägt das Inkassorisiko, wenn die unterliegende Partei nicht bezahlt (vgl. N 44).³

14. Die Vorschläge zu Instrumenten des kollektiven Rechtsschutzes wurden von der Vorlage abgetrennt und separat behandelt (Geschäft des Bundesrates 21.082 «Zivilprozessordnung, Änderung»). Sie stiessen im Parlament auf starken Widerstand und

² PKS - Diskriminierung und Aufruf zu Hass StGB Art. 261bis: Straftaten, beschuldigte und geschädigte Personen, Tabelle des BFS, Nummer je-d-19.02.01.01.10, veröffentlicht am 24.03.2025.

³ Vgl. auch Botschaft zur Änderung der Schweizerischen Zivilprozessordnung (Verbesserung der Praxistauglichkeit und der Rechtsdurchsetzung) vom 26. Februar 2020, BBJ 2020 2697; Motion Engler 14.4008 «Anpassung der Zivilprozessordnung».

am 17. März 2025 beschlossen der Nationalrat und am 15. September 2025 der Ständerat das Nichteintreten. Damit ist das parlamentarische Verfahren erledigt (vgl. N 44).

2.3 Relevante Neuerungen auf Kantonsebene

15. In mehreren Kantonen wurden in den letzten Jahren sowohl gesetzliche als auch politische Massnahmen zur Bekämpfung von Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung ergriffen. Beispielsweise wurde im Kanton Aargau 2021 das Polizeigesetz angepasst, um den Rechtsschutz gegen polizeiliches Handeln zu verbessern: In gewissen Fällen kann dessen Rechtmässigkeit direkt vor Gericht geprüft werden. Im Kanton St. Gallen werden seit Juli 2023 neu Hate-Crime-Delikte, die nicht unter die Diskriminierungsstrafnorm (Art. 261^{bis} StGB) fallen, in der Polizeistatistik erfasst. Gemäss Grundlagenbericht zum Monitoring von rassistischer und antisemitischer Diskriminierung in der Schweiz erfassen aktuell insgesamt zehn Polizeibehörden Hate-Crime-Delikte, vier weitere tun dies zumindest teilweise. Im Kanton Genf trat 2023 das allgemeine Gesetz über Gleichstellung und die Bekämpfung von Diskriminierung in Kraft. Vorgesehen sind weitere sektorielle Gesetze, namentlich zur Bekämpfung aller Formen von Rassismus sowie Diskriminierung aufgrund von Behinderung oder des Alters.

Auf politischer Ebene wurden etwa im Kanton Aargau 2024 mehrere Interpellationen eingereicht, um Massnahmen gegen antisemitische Diskriminierung an Schulen und Hochschulen zu thematisieren. In Basel-Stadt wurden Anträge zur Erarbeitung einer kantonalen Strategie gegen Rassismus sowie zur Prävention von Antisemitismus an Schulen gutgeheissen und im Kanton Zürich wurden mehrere politische Vorstösse gegen Diskriminierung und Rassismus eingereicht. Dazu gehört das Postulat KR-Nr. 377/2020, das Massnahmen gegen Hasskommunikation und zur Gleichstellung von LGBTQIA+-Menschen fordert, sowie das Postulat KR-Nr. 92/2023 für einen kantonalen Massnahmenplan gegen Rassismus, dessen Ausarbeitung bei der Kantonalen Fachstelle Integration liegt. Darüber hinaus verfolgt der Regierungsrat im Rahmen seines Legislaturziels (2023–2027) im Politikbereich Gesellschaft und soziale Sicherheit die Erarbeitung eines Aktionsplans gegen Diskriminierung. Im Rahmen einer Anfrage (KR-Nr. 20/2022) liess der Regierungsrat 2022 weiter eine Liste potenziell problematischer (rassistischer) Kulturgüter erstellen. Die Stadt Zürich befasst sich aktiv mit Rassismus, u. a. durch regelmässige Rassismusberichte. Der Bericht 2022 fokussiert auf die Stadtverwaltung. Der Stadtrat erarbeitet derzeit einen Massnahmenplan zur Umsetzung der Empfehlungen (Beschluss Nr. 2409/2024 vom 28. August 2024). In der Stadt Bern wurde im September 2025 die Motion (2025.SR.0271) «Schutz vor Diskriminierung und Förderung der Teilhabe» im Stadtrat eingereicht, welche zur Stärkung des Schutzes vor Diskriminierung die Änderung in der Gemeindeordnung sowie einem eigenen Reglement zur Bekämpfung von Diskriminierung und der Förderung der Teilhabe fördert.

2.4 Neuerungen auf Ebene des internationalen Rechts

16. Im Zeitraum der Berichterstattung hat die Schweiz folgende völkerrechtliche Instrumente ratifiziert oder plant deren Ratifizierung:

- Protokoll Nr. 15 vom 24. Juni 2013 über die Änderung der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten: Von der Bundesversammlung genehmigt am 18. März 2016. Schweizerische Ratifikationsurkunde hinterlegt am 8. Juli 2016. In Kraft getreten für die Schweiz am 1. August 2021.
- Übereinkommen des Europarats vom 16. Mai 2005 zur Verhütung des Terrorismus: Von der Bundesversammlung genehmigt am 25. September 2020. Schweizerische Ratifikationsurkunde hinterlegt am 25. März 2021. In Kraft getreten für die Schweiz am 1. Juli 2021.

3. Allgemeine Politik gegen rassistische Diskriminierung

17. Die Schweiz erachtet es als feste Verpflichtung, sich konsequent und systematisch gegen jede Form von Rassismus, auch gegen Vorfälle im Internet, zu engagieren. Die zahlreichen Aktivitäten der verschiedenen Bundesämter sowie der Kantone und Gemeinden

tragen dazu bei, dass eine systematische Sensibilisierungs- und Präventionspolitik umgesetzt wird. Die FRB gestaltet und koordiniert die Aktivitäten zur Prävention von Rassismus auf Bundesebene. Dabei liegt der Schwerpunkt eher auf einer Verbesserung des Diskriminierungsschutzes als auf der Förderung der Gleichstellung. Die Schwerpunktplanung des FRB für den Zeitraum 2024–2027 ist online verfügbar. Strategie und Aktionsplan gegen Rassismus und Antisemitismus werden derzeit ausgearbeitet und sollen die Schwerpunktplanung künftig ersetzen.

18. Die Arbeit der FRB basiert auf der Erkenntnis, dass Rassismus strukturell angelegt ist und eine proaktive Beseitigung von Hindernissen und Ursachen für rassistische Ungleichheiten in Institutionen erfordert. Die FRB berücksichtigt die spezifischen Formen von Rassismus und erkennt die intersektionalen Dimensionen von Diskriminierung an. Zu den übergeordneten Zielen gehören die Förderung von Prävention, die Stärkung der Akteure in der Rassismusbekämpfung, der Ausbau des Schutzes vor rassistischer Diskriminierung und die Verbesserung des Wissens über Rassismus und Diskriminierung als Grundlage für gezielte Massnahmen.

3.1. Strategie und Aktionsplan

19. Mit Annahme einer Motion beauftragte das Parlament den Bundesrat im Juni 2024 damit, eine Strategie und einen Aktionsplan gegen Rassismus und Antisemitismus auszuarbeiten (Motion SPK-N 23.4335). Diese sollen Bund, Kantone und Gemeinden gemäss ihren jeweiligen Aufgaben und Verantwortlichkeiten in die Pflicht nehmen. Für Entwicklung und Umsetzung der Strategie und des Aktionsplans ist die FRB zuständig. Mit einem Stakeholder-Hearing zum Handlungsbedarf und möglichen Massnahmen begann die Umsetzungsphase. Die Strategie soll Ende 2025 vom Bundesrat behandelt werden. Sie stellt eine Chance dar, um die Koordination von Massnahmen und die Zusammenarbeit auf allen staatlichen Ebenen zu verbessern. Anzuerkennen, dass Rassismus ein grundsätzlich strukturelles Problem ist, gehört zu den der Strategie und dem Aktionsplan zugrundeliegenden Leitbildern.

3.2 Rechtsschutz

20. Das Verbot «rassistisch» diskriminierender Handlungen wird in den Schweizer Rechtsgrundlagen in einzelnen Quellen garantiert. Es gibt kein allgemeines Antidiskriminierungsgesetz. Das Diskriminierungsverbot ist im Schweizer Gesetz sektoriell geregelt (z. B. Gleichstellung von Frau und Mann, Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen, punktuelle Bestimmungen im Arbeitsrecht usw.) und ergibt sich im Übrigen aus den allgemeinen Rechtsgrundlagen (vgl. N 44 ff.).

21. Wichtig für die Verbesserung des Zugangs zum Recht sind u.a. die Beratungsstellen für Rassismuspfer. Diese werden hauptsächlich über die kantonalen Integrationsprogramme KIP finanziert. Um deren Angebote zu stärken und weiterzuentwickeln, unterstützt die FRB im Rahmen eines Pilotprojektes das Netzwerk «Beratungsnetz für Rassismuspfer Schweiz», in welchem sich die 24 Beratungsstellen organisieren und sie in den Bereichen Monitoring, Beratung und Sensibilisierung unterstützt (vgl. N 60 und 70). Das Beratungsnetz wurde 2005 als Joint Venture zwischen humanrights.ch und der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus gegründet.

22. Die im Juni 2025 publizierte Studie «Schutz vor rassistischer Diskriminierung im Privatrecht» der EKR stellt die Lücken im zivilrechtlichen Schutz vor rassistischer Diskriminierung fest. Sie konzentriert sich auf die Bereiche «privatrechtliches Arbeitsverhältnis» und «privatrechtliches Mietverhältnis», die besonders stark von Rassismus betroffen sind. Berücksichtigt wird auch die Dimension der Mehrfach- bzw. intersektionellen Diskriminierung. Gemäss Studie bietet das Zivilrecht grundsätzlich Rechtsschutz bei Persönlichkeitsverletzungen, zu denen auch rassistische Diskriminierung zählt. Die Hürden für eine erfolgreiche Klage seien jedoch hoch, und die Entschädigungszahlungen wirkten für die Täter oft nicht abschreckend. Zusätzlich erschweren strukturelle, ökonomische und psychologische Barrieren den Zugang zu effektivem Rechtsschutz. Die Studie kommt zum Schluss, dass Massnahmen wie eine Erleichterung der Beweislast, ein kostenloses Schlichtungsverfahren und ein Diskriminierungsverbot im Bewerbungsverfahren notwendig seien, um Diskriminierung

erfolgreich zu bekämpfen. Ein allgemeines Gleichbehandlungsgesetz oder die Anpassung des Obligationenrechts würden gemäss dieser Studie Transparenz und Rechtssicherheit erhöhen. Ein umfassendes Gesetz, das auch andere Diskriminierungen erfasst, würde, so die Studie, die Chancengleichheit fördern und internationalen Anforderungen gerecht werden. Die ebenfalls von der EKR im Juni 2025 publizierte Studie «Zivilrechtlicher Diskriminierungsschutz in Europa im Vergleich» kommt zum Schluss, dass der zivilrechtliche Diskriminierungsschutz in der Schweiz im europäischen Vergleich aktuell mangelhaft ist. Der Bundesrat hat sich zu den Ergebnissen dieser Studien bisher nicht geäussert.

3.3 Schutz von Minderheiten

23. Aufgrund der am 1. November 2019 in Kraft getretenen Verordnung vom 9. Oktober 2019 über Massnahmen zur Unterstützung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS; SR 311.039.6) unterstützt fedpol seit 2020 Organisationen, die besonderen Schutz benötigen, finanziell. Als Minderheiten gelten Gruppen von Personen, die gegenüber dem Rest der Bevölkerung in der Minderzahl sind und sich insbesondere durch eine gemeinsame Lebensweise, Kultur, Religion, Tradition, Sprache oder durch ihre sexuelle Orientierung verbunden fühlen. Gemäss VSMS ist ein besonderes Schutzbedürfnis insbesondere bei erhöhter Bedrohung durch Terrorismus oder gewalttätigen Extremismus gegeben. Der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) beurteilt das besondere Schutzbedürfnis aufgrund einer Analyse der Bedrohungslage. Derzeit betrifft dieses Schutzbedürfnis jüdische und muslimische Organisationen sowie die LGBTQ+-Community. Im Jahr 2025 unterstützte fedpol 44 Organisationen mit einem Betrag von rund 5 Millionen Franken. Die Unterstützungsmassnahmen betreffen organisatorische Massnahmen (überwiegend laufende Sicherheitskosten), die Verstärkung baulicher und technischer Schutzmassnahmen im Fall eines Terroranschlags oder eines gewalttätigen extremistischen Angriffs, Schulungen zur Risikoerkennung und Bedrohungsabwehr sowie Sensibilisierungs- und Informationsmassnahmen. Das jährlich zur Verfügung stehende Gesamtbudget sind seit Inkrafttreten der Verordnung stark angestiegen: Ab 2020 waren es 500'000 Franken pro Jahr, ab 2023 2,5 Mio. Franken und ab 2024 5,0 Mio. Franken. Für die Jahre 2026 und 2027 stehen jeweils 6,0 Mio. Franken zur Verfügung.

24. Damit soll dem starken Anstieg der Unterstützungsanträge für Schutzmassnahmen, die in letzter Zeit die verfügbaren Mittel überschritten haben, sowie dem erhöhten Schutzbedürfnis besonders vulnerabler Minderheiten Rechnung getragen werden.

25. Im Februar 2023 verabschiedete der Beratende Ausschuss des Europarates für das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten das fünfte Gutachten über die Schweiz. In der Schweiz werden zurzeit die Angehörigen der nationalen Sprachminderheiten, die Angehörigen der jüdischen Gemeinschaften und die sesshaft und reisend lebenden Jenischen und Sinti/Manouches als nationale Minderheiten anerkannt. Der Ausschuss empfiehlt die sofortige Umsetzung mehrerer Massnahmen, um die Rechte und den Schutz nationaler Minderheiten zu stärken. Zunächst soll der Grundsatz der Nichtdiskriminierung sowie der gleichberechtigte Zugang zu Rechten für diese Minderheiten sichergestellt werden. Darüber hinaus fordert der Ausschuss, dass die Behörden in Zusammenarbeit mit betroffenen Gemeinschaften zusätzliche Stand-, Durchgangs- und Transitplätze schaffen. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der verstärkten Bekämpfung aller Formen von Rassismus und Intoleranz, einschliesslich Antiziganismus, Antisemitismus, antimuslimischer Rassismus sowie Rassismus gegenüber Schwarzen. Besondere Aufmerksamkeit soll der Verhinderung von Hassrede in sozialen Medien gewidmet werden, wobei die Zusammenarbeit mit Internetdienstleistern und betroffenen Gruppen intensiviert werden soll. Abschliessend fordert der Ausschuss, dass die Geschichte der Roma, Jenischen, Sinti und Manouches – einschliesslich ihrer Verfolgung im Holocaust – sowie das Unrecht von Pro Juventute in den Lehrplänen und Schulmaterialien verankert wird (vgl. N 26.).

Am 17. März 2025 tauschten sich Schweizer Behörden, der Europarat, Minderheiten- und Nichtregierungsorganisationen sowie der Wissenschaft im Rahmen der 5. Tagung zum Schutz nationaler Minderheiten über die Umsetzung der Empfehlungen aus. Organisiert wurde die Tagung unter Federführung des EDA gemeinsam mit dem BAK, der FRB sowie

der Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende. Die Tagung wurde von Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider eröffnet.

26. Am 19. Februar 2025 nahm der Bundesrat ein vom Eidgenössischen Departement des Innern (EDI) in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten zur historischen Verfolgung Jenischer und Sinti/Manouches zur Kenntnis. Das von Völkerrechtsprofessor Oliver Diggelmann (Universität Zürich) verfasste Rechtsgutachten kommt zum Schluss, dass die Kindswegnahmen sowie die anschliessenden Heim- und Fremdplatzierungen im Rahmen des Projekts «Hilfswerks Kinder der Landstrasse» von Pro Juventute sowie die absichtliche Zerstörung von Familiengemeinschaften zur Beseitigung der reisenden Lebensweise heute als «Verbrechen gegen die Menschlichkeit» im Sinne des heute geltenden Völkerrechts eingestuft werden müssen.

Der Bundesrat wiederholte in diesem Zusammenhang seine 2013 an alle Opfer fürsorglicher Zwangsmassnahmen gerichtete Entschuldigung und betonte, dass dazu auch die Jenischen und Sinti gehörten. Die Vorsteherin des EDI, Elisabeth Baume-Schneider, drückte den Vertreterinnen der Gemeinschaften persönlich die Solidarität des Bundesrats aus.

Im Auftrag des Bundesrates wird das EDI bis Ende 2025 im Dialog mit den Betroffenen klären, ob weitere Vertiefungs- oder Wiedergutmachungsmassnahmen erforderlich sind.

3.4 Beobachtung/Monitoring

27. Das Monitoring von Rassismus und rassistischer Diskriminierung in der Schweiz ist Teil des Auftrages der Fachstelle für Rassismusbekämpfung. Ziel ist es, Rassismus und rassistische Diskriminierung in ihrer individuellen, institutionellen und strukturellen Ausprägung sichtbar zu machen und die Grundlage für gezielte und wirksame Massnahmen zu schaffen. Schon seit 2010 trägt die FRB solche Daten zu Rassismus und rassistischer Diskriminierung in der Schweiz zusammen und analysiert sie. Seit 2012 publizierte sie alle zwei Jahre einen Monitoring-Bericht mit einer Synthese und einer Einordnung der in der Schweiz vorhandenen Informationen. Seit 2024 wird das Monitoring mit animierten Grafiken auf www.rassismus-in-zahlen.ch zur Verfügung gestellt. Damit ist das Monitoring besser zugänglich und anschaulicher gestaltet. Die grafische Aufbereitung ermöglicht zudem einen direkten Vergleich zwischen den Erhebungsjahren. Ergänzend finden sich weitere Informationen zu den verschiedenen Rassismen, Arbeitsdefinitionen und ausgewählten Themen auf der [Website der FRB](http://www.frb.ch).

28. Wichtigste Grundlage des aktuellen Monitorings ist die BFS-Erhebung «Zusammenleben in der Schweiz» (ZidS), welche Antworten auf Fragen zu Vielfalt, Diskriminierung, Rassismus und Integration liefert. Zurzeit wird der Fragebogen überarbeitet und der Teil betreffend Diskriminierungserfahrung ausgebaut. Zudem wird ab der nächsten Durchführung 2026 die Stichprobe für die Erhebung von ZidS erhöht. Geprüft wird zudem, wie dem Mangel an aufgeschlüsselten Daten entgegengewirkt werden kann, der durch die fehlende systematische Erfassung der ethnischen Herkunft in der Schweiz entsteht.

29. Neben dem Datenmonitoring gehört auch die Forschung zu Ursachen, Wirkungsweisen und Konsequenzen der verschiedenen Formen von Rassismus zum Auftrag der FRB. Im Berichtszeitraum mandatierte sie zwei Grundlagenstudien: «Struktureller Rassismus in der Schweiz» und «Antimuslimischer Rassismus in der Schweiz». Im Rahmen ihrer Öffentlichkeits- und Sensibilisierungsarbeit publizierte die FRB zudem Kurzfassungen zu den Studien und organisierte für letztere eine öffentliche Veranstaltung, bei der über 100 Fachpersonen, Behördenmitglieder und Betroffene teilnahmen.

30. Im Bundesratsbericht «Rassistische und antisemitische Vorfälle im Zusammenhang mit der Covid-Pandemie», welchen er im Sommer 2025 in Erfüllung des Postulats Binder-Keller [21.4137](https://www.parlament.ch/de/rch/texte/20240001) verabschiedete (vgl. auch N 69 f., 82, 98 und 108), bekräftigt der Bundesrat die Wichtigkeit eines umfassenden Monitorings für die effiziente Bekämpfung von Rassismus und rassistischer Diskriminierung. Auf der Basis des in Erfüllung des Postulats bei Interface Politikstudien Forschung Beratung AG in Auftrag gegebenen Grundlagenberichts zum nationalen Monitoring rassistischer und antisemitischer Diskriminierung kommt der Bundesrat zum Schluss, dass das Monitoring der FRB zwar den umfassendsten Überblick bietet, aber weiterhin lückenhaft ist. Als notwendig erachtet er insbesondere die Erweiterung der Stichprobe der BFS-Erhebung ZidS sowie verstärkte

qualitative Forschung. Ein unabhängiges Monitoring an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Zivilgesellschaft sollte langfristig gewährleistet werden. Zudem macht das massive Underreporting rassistischer Vorfälle die Notwendigkeit einer verbesserten Zugänglichkeit von Meldemöglichkeiten und eine stärkere Erfassung von Online-Hassrede deutlich. Gemäss Postulatsbericht erfassen die Polizeien Rassismus und Racial Profiling unzureichend, obwohl die Schweiz im Fall Wa Baile durch den Europäischen Gerichtshof verurteilt wurde (EGMR Wa Baile gegen die Schweiz, Anträge 43868/1 und 25883/21, 20. Februar 2024). Eine Verbesserung der Erfassung und Prävention von Hassverbrechen ist daher dringend notwendig. Der Bundesrat formuliert Massnahmen, welche im Rahmen bestehender Ressourcen als Teil des Aktionsplanes gegen Rassismus und Antisemitismus umgesetzt werden sollen: Weiterentwicklung des Monitorings, Koordination und Einbezug von Wissenschaft und Betroffenengruppen, Verminderung des Underreportings sowie Massnahmen zur besseren Erfassung von Rassismus und Antisemitismus durch die Polizei.

3.5 Förderung von Initiativen aus der Zivilgesellschaft

31. Rassismus ist als gesamtgesellschaftliches Problem anzugehen, das nicht nur Auswirkungen auf die direkt Betroffenen hat, sondern auf das Zusammenleben aller. Auf der Grundlage der Verordnung vom 14. Oktober 2009 über Menschenrechts- und Antirassismusprojekte (SR 151.21) unterstützt die FRB Bildungs-, Sensibilisierungs- und Präventionsprojekte zur Bekämpfung von Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit; ein Drittel der zur Verfügung stehenden Mittel (eines Jahresbudgets von knapp 900 000 Franken) wird für Schulprojekte eingesetzt. Darüber hinaus finden auch auf kommunaler und kantonaler Ebene Sensibilisierungskampagnen – beispielsweise im Rahmen der jährlichen Aktionswochen gegen Rassismus – statt, die vom Bund (FRB) unterstützt werden. Die FRB hat seit ihrer Gründung bis Dezember 2024 in allen Landesteilen insgesamt 1755 Projekte mit rund 26.5 Millionen Franken, darunter 536 Schulprojekte mit rund 6.6 Millionen Franken unterstützt.

3.6 Verankerung des Diskriminierungsschutzes auf kantonaler und kommunaler Ebene

32. Die im Juni 2024 vom Parlament beauftragte und im Dezember 2025 im Bundesrat behandelte Strategie gegen Rassismus und Antisemitismus verpflichtet den Bund ebenso wie die Kantone, Gemeinden und Städte zur Ergreifung von Massnahmen gegen Rassismus und Antisemitismus. Der Aktionsplan wird ab 2026 entwickelt. Die Kantone stehen insbesondere in Bereichen wie Bildung, Gesundheit, Sicherheit, soziale Wohlfahrt, Justiz oder Raumplanung in der Pflicht, in welchen sie die Kompetenz haben.

33. Die in den KIP festgelegten Ziele zum Schutz vor Diskriminierung, die zwischen Bund und Kantonen vereinbart und seit 2014 umgesetzt werden, zielen darauf ab, die Beratung von Personen, die von Diskriminierung betroffen sind, zu gewährleisten, für Diversity Management zu sensibilisieren und Diskriminierung innerhalb von Institutionen zu bekämpfen.

34. Im Rahmen des Förderbereichs der KIP zum Diskriminierungsschutz sind die Kantone von SEM und FRB aufgefordert, eigene Strategien für die Bekämpfung von Rassismus und rassistischer Diskriminierung zu erarbeiten. In einigen Kantonen, etwa Basel-Stadt und Zürich werden aufgrund politischer Vorstösse entsprechende Strategien erarbeitet. Im Kanton Genf trat 2023 das Allgemeine Gesetz über Gleichstellung und Bekämpfung von Diskriminierung in Kraft, sektorielle Antidiskriminierungsgesetze, darunter gegen rassistische Diskriminierung, sind in Planung.

3.7 Beiträge der ausserparlamentarischen Kommissionen

35. Die ausserparlamentarische Kommission gegen Rassismus EKR sowie die ausserparlamentarische Kommission für Migrationsfragen EKM beraten den Bundesrat und die Bundesverwaltung und geben Berichte, Stellungnahmen und Empfehlungen heraus. Damit spielen sie eine wichtige Rolle bei der Entwicklung von Massnahmen gegen rassistische Diskriminierung.

36. Die EKR ist eine unabhängige ausserparlamentarische Kommission, die 1995 vom Bundesrat eingesetzt wurde. Gemäss Mandat befasst sie sich mit rassistischer, ethnisch-

kultureller Diskriminierung, leistet Sensibilisierungsarbeit und fördert einen sachlichen, gewaltfreien Dialog und ein friedliches Zusammenleben. Sie bekämpft jegliche Form von direkter oder indirekter rassistischer Diskriminierung und schenkt einer wirksamen Prävention besondere Beachtung. Ihre Tätigkeiten umfassen Prävention und Sensibilisierung; Analyse und Forschung; Information, Kommunikation, Beratung; Empfehlungen/Stellungnahmen; Monitoring.

37. Erwähnenswerte Tätigkeiten im Berichtszeitraum: Einrichten einer Meldeplattform für rassistische Hassrede im Netz (www.reportonline racism.ch); Publikation eines Manifests mit der Forderung nach einem allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (2025); Publikation verschiedener Studien, unter anderem zum zivilrechtlichen Diskriminierungsschutz (2025) sowie eine Analyse von Rassismus und Repräsentation gesellschaftlicher Diversität in Lehrmitteln (2023). Bezüglich der letzteren Studie hat die EKM namentlich Empfehlungen abgegeben und sich mit relevanten kantonalen Akteurinnen und Akteuren getroffen. Veranstalten einer nationalen Fachtagung zum Thema «Jugend und Rassismus»; Publikation der jährlich erscheinenden Zeitschrift TANGRAM zu den Themen «Verschwörungstheorien, Fake News und Rassismus», «Struktureller Rassismus», «Koloniales Erbe der Schweiz» sowie «Polarisierung und Kampf gegen Rassismus»; Publikation verschiedener Themendossiers zu bestimmten Formen von Rassismus; Publikation eines Factsheets für die Sensibilisierung von Medienschaffenden (2025); Publikation verschiedener Stellungnahmen, namentlich zum zunehmenden Antisemitismus, zur nötigen Anerkennung und geschichtlichen Aufarbeitung der rassistischen Verfolgung der Jenischen und Sinti in der Schweiz oder zu strukturellem Rassismus in der Polizei.

38. Die EKM hat den Auftrag, sich mit sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen, politischen, demografischen und rechtlichen Fragen zu befassen, die sich u.a. durch den Aufenthalt von Ausländerinnen und Ausländern in der Schweiz ergeben (Art. 100b Abs. 2 AIG). Sie arbeitet mit den zuständigen Behörden des Bundes, der Kantone und der Gemeinden sowie mit den in der Migration tätigen Nichtregierungsorganisationen zusammen. Sie beteiligt sich am internationalen Meinungs- und Erfahrungsaustausch (Art. 100b Abs. 3 AIG). Die Kommission kann bei Grundsatzfragen der Integrationsförderung angehört werden. Sie ist berechtigt, für die Durchführung von Integrationsprojekten von nationaler Bedeutung beim SEM finanzielle Beiträge zu beantragen (Art. 100b Abs. 4 AIG).

39. Zu den Themenschwerpunkten der EKM gehören der Schutz von Flüchtlingen, soziale Sicherheit in der Migrationsgesellschaft Schweiz, Bürgerrechte und Einbürgerung, Diversität in der Migrationsgesellschaft Schweiz, Migration und Bildung, Kinder und Migration, Migration an der Schnittstelle von Innen- und Aussenpolitik. Die EKM veröffentlicht regelmässig Studien, Empfehlungen und Stellungnahmen und organisiert Veranstaltungen zu migrationspolitischen Themen für Fachwelt, Behörden, Politik und Zivilgesellschaft.

40. Im Berichtszeitraum publizierte Empfehlungen und Positionspapiere, Studien sowie die Zeitschrift der EKM *terra cognita* finden sich auf www.ekm.admin.ch.

Zweiter Teil: Überprüfung der Umsetzung der Artikel 1 bis 7 des Übereinkommens

41. Die nachfolgenden artikelweisen Ausführungen nehmen jeweils Bezug auf die Umsetzung der Schlussempfehlungen, die der Ausschuss in seiner 2856. Sitzung vom 27. Dezember 2021 nach der Prüfung des zehnten, elften und zwölften periodischen Berichts der Schweiz verabschiedet hat.

1. Artikel 1: Definition der Rassendiskriminierung

1.1 Anwendung des Übereinkommens im innerstaatlichen Recht

Umsetzung der unter Ziff. 6a der Schlussfolgerungen gemachten Empfehlung:

Der Ausschuss empfiehlt der Schweiz im Einklang mit Artikel 1 des Übereinkommens eine klare und umfassende Definition der direkten und indirekten Rassendiskriminierung in allen Bereichen des privaten und öffentlichen Lebens in die Gesetzgebung aufzunehmen.

42. Das Fehlen spezifischer Rechtsvorschriften zur Bekämpfung von Rassendiskriminierung ist auf die Besonderheit der Schweizer Rechtsordnung zurückzuführen, die durch ihren Föderalismus und die monistische Tradition geprägt ist. Rassistische Diskriminierung wird im Schweizer Recht insbesondere durch Artikel 261^{bis} des Strafgesetzbuches (StGB; SR 311) erfasst. Diese Bestimmung stellt jede Diskriminierung wegen der Rasse, Ethnie, Religion oder sexuellen Orientierung unter Strafe. Durch die Ergänzung der sexuellen Orientierung in Artikel 2 im Jahr 2020 wurden die Tatbestandsmerkmale der Straftat vervollständigt.

2. Artikel 2: Verurteilung der Rassendiskriminierung

Umsetzung der unter Ziff. 6b der Schlussfolgerungen gemachten Empfehlung

Der Ausschuss empfiehlt der Schweiz eine übergeordnete zivil- und verwaltungsrechtliche Bestimmung einzuführen, die direkte und indirekte Rassendiskriminierung in allen Bereichen des privaten und öffentlichen Lebens verbietet und für die Opfer solcher Diskriminierung geeignete und zugängliche Rechtsbehelfe vorsieht, unter anderem in den Bereichen Bildung, Beschäftigung und Wohnen, sowie dafür zu sorgen, dass die Opfer Genugtuung oder Entschädigung für erlittenen Schaden erhalten.

43. Wie bereits erwähnt, kann der Schutz vor rassistischer Diskriminierung aus den allgemeinen Bestimmungen (Schutz der Persönlichkeit, Schutz vor missbräuchlicher Kündigung des Arbeits- oder des Mietvertrags) abgeleitet werden.

44. Die Schweiz bevorzugt einen bereichsspezifischen Ansatz, da sie der Ansicht ist, dass ein solcher zielgerichteter und damit wirksamer ist als eine allgemeine Regel, die ohnehin von den Gerichten konkretisiert werden muss. So ist festzuhalten, dass rassistische Diskriminierung im Zusammenhang mit öffentlichen Dienstleistungen im Schweizer Recht streng bestraft wird. Der öffentliche Aufruf zu Hass oder Diskriminierung einer Person oder einer Gruppe von Personen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer «Rasse», Ethnie oder Religion wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe geahndet (Art. 261^{bis} StGB).

Gerichtsverfahren: Die erwähnte Änderung der Zivilprozessordnung (vgl. N 13) wurde am 27. März 2023 verabschiedet und trat am 1. Januar 2025 in Kraft. Zu den wichtigen Änderungen dieser Revision gehören Erleichterungen bei den Verfahrenskosten: Die Prozesskostenvorschüsse wurden halbiert und das Inkassorisiko für die Prozesskosten soll künftig vom Staat getragen werden. Der Entwurf des Bundesrats zu kollektivem Rechtsschutz stiess im Parlament auf starken Widerstand. Der Nationalrat lehnte es am 17. März 2025, der Ständerat am 15. September 2025 ab, auf das Geschäft einzutreten. Das parlamentarische Verfahren ist damit abgeschlossen.

45. Verschiedene Fachleute sind dagegen der Ansicht, dass der Rechtsrahmen lückenhaft ist. Zu diesem Ergebnis kam auch des Stakeholder-Hearing zu den aktuellen Herausforderungen und Bedürfnissen im Kampf gegen Rassismus und Antisemitismus in der Schweiz, welches im Rahmen der Erarbeitung der Strategie und des Aktionsplanes gegen Rassismus und Antisemitismus bei Behörden, Zivilgesellschaft und Wissenschaft durchgeführt wurde. Auch eine im Juni 2025 publizierte EKR-Studie kommt zum Schluss, dass besonders im Arbeits- und Mietbereich Lücken im zivilrechtlichen Schutz vor rassistischer Diskriminierung bestehen. Zwar biete das Zivilrecht grundsätzlich Schutz bei Persönlichkeitsverletzungen, doch seien die Hürden für Klagen hoch und strukturelle Barrieren würden den Zugang zum Recht erschweren. Die Studie fordert u.a. eine erleichterte

Beweislast, kostenlose Schlichtung und ein Diskriminierungsverbot im Bewerbungsprozess. Eine weitere EKR-Studie vom Juni 2025 bewertet den aktuellen zivilrechtlichen Diskriminierungsschutz in der Schweiz im europäischen Vergleich zudem als mangelhaft. Der Bundesrat hat sich zu den Ergebnissen dieser Studien bisher nicht geäußert (vgl. N 22).

46. Auf kommunaler und kantonaler Ebene sind in diesem Kontext folgende Entwicklungen zu nennen: In der Stadt Bern wurde im September 2025 die Motion 2025.SR.0271 «Schutz vor Diskriminierung und Förderung der Teilhabe» eingereicht, die eine Änderung der Gemeindeordnung sowie ein eigenes Reglement zur Bekämpfung von Diskriminierung vorsieht. Im Kanton Genf trat 2023 das Allgemeine Gesetz über Gleichstellung und Bekämpfung von Diskriminierung (Loi générale contre les discriminations) in Kraft; weitere Antidiskriminierungsgesetze, darunter gegen rassistische Diskriminierung, sind in Planung.

Umsetzung der unter Ziff. 6c der Schlussfolgerungen gemachten Empfehlung

Der Ausschuss empfiehlt der Schweiz in Artikel 47 des Strafgesetzbuches eine Bestimmung aufzunehmen, die rassistische Beweggründe eines Vergehens ausdrücklich zu erschwerenden Umständen erklärt, und damit die Klarheit und Anwendbarkeit der einschlägigen Rechtsvorschriften zu fördern.

47. Das Bundesgericht hat in mehreren Fällen bestätigt, dass ein rassistischer oder diskriminierender Beweggrund besonders verwerflich ist, was beim Strafmass (Art. 47 StGB) berücksichtigt werden muss (BGE 133 IV 308, E. 8.7 und 9.4; BGE 140 IV 67, E. 2.5.2). Diese Beispiele betrafen z. B. eine schwere Körperverletzung (Art. 122 StGB) und eine Beschimpfung (Art. 177 StGB). Das Bundesgericht hat aber auch festgestellt, dass der Sachrichter bei der Festlegung des Strafmasses über einen Ermessensspielraum verfügt und nicht verpflichtet ist, die einzelnen Sachverhaltselemente in Zahlen und Prozenten zu berechnen (BGE 136 IV 55, E. 5.6). Das Bundesgericht kann nur eingreifen, wenn der Sachrichter den gesetzlichen Strafrahmen nicht eingehalten, sein Urteil auf nicht ausschlaggebende Kriterien gestützt, seinen Ermessensspielraum überschritten oder missbraucht hat (BGE 136 IV 55, E. 5.6).

Umsetzung der unter Ziff. 20a der Schlussfolgerungen gemachten Empfehlung

Der Ausschuss ersucht die Schweiz ein ausdrückliches Verbot des Racial Profiling im Sinne der Allgemeinen Empfehlung Nr. 36 in seine Gesetzgebung aufzunehmen und operative Massnahmen zu treffen, darunter die Einführung von Formularen, in denen die Gründe für eine Kontrolle oder eine andere polizeiliche Massnahme dargelegt werden, und die Opfer über die ihnen zur Verfügung stehenden Rechtsbehelfe zu informieren.

48. Mehrere Gesetzestexte, insbesondere die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK), die Bundesverfassung (BV; SR 101) und das Strafgesetzbuch, enthalten bereits zahlreiche Bestimmungen, die die Polizeiarbeit regeln, sich mit der Bekämpfung von Diskriminierung befassen und das Verbot von ethnisch motiviertem und rassistischem Profiling bei der Polizeiarbeit abdecken. Die Schweiz sieht daher keine Notwendigkeit für ein spezielles Diskriminierungsverbot in der Polizeigesetzgebung. Die KKPKS ist der Ansicht, dass die Schaffung einer neuen gesetzlichen Definition und einer neuen Strafbestimmung gegen rassistisches Profiling nicht zwingend zu einer Verbesserung der Situation führen würde. Nach Ansicht der KKPKS könnte ein solches Vorgehen sogar das allgemeine Diskriminierungsverbot aushöhlen.

49. Die Massnahmen zur Gewährleistung einer diskriminierungsfreien Polizeiarbeit richten sich auf drei Hauptachsen aus: Module zu Menschenrechten und rassistischer Diskriminierung in der Grund- und Weiterbildung; regelmässige Supervision in der Praxis, insbesondere bei Personenkontrollen und Festnahmen (Kampf gegen rassistisches Profiling); Einrichtung von Beschwerdemechanismen im Falle eines rassistischen Übergriffs durch eine Polizistin oder einen Polizisten. Zur Information: Opfer von Misshandlungen durch die Polizei haben die Möglichkeit, Strafanzeige zu erstatten. Solche Handlungen werden strafrechtlich verfolgt. Die Anzeige kann schriftlich oder mündlich bei einer Strafverfolgungsbehörde (oder direkt bei der Staatsanwaltschaft) erstattet werden. Das

erstinstanzliche Urteil oder die Einstellungsverfügung kann bei der kantonalen Justiz und danach beim Bundesgericht angefochten werden.

50. In allen Schweizer Kantonen sind Rassismus, Diskriminierung und menschenrechtliche Fragen Bestandteil der polizeilichen Grundausbildung. Die Themen werden in den Polizeischulen behandelt (z. B. Académie de police de Savatan, Interkantonale Polizeischule Hitzkirch oder die Interkantonale Polizeischule Ostschweiz). Dabei werden interkulturelle Kompetenzen, der Umgang mit Vorurteilen sowie ethische Fragestellungen adressiert, teilweise ergänzt durch spezifische Trainings zu rassistischem Profiling und diskriminierungsfreier Polizeiarbeit (Zürich, Basel-Stadt, Zug, Genf, Waadt). Das Schweizerische Polizei-Institut bietet im Rahmen eines Kurses eine zweitägige Weiterbildung zu Migration und rassistischer Diskriminierung an. Im Kanton Waadt muss zudem jede Führungskraft ein CAS (Certificate of Advanced Studies) im Polizeimanagement absolvieren, das eine vollständige Woche umfasst, die ethischen und rechtlichen Fragen zu diesen Themen gewidmet ist.

51. Im Folgenden werden einige operationelle Massnahmen vorgestellt, die verschiedene Kantone zur Verhinderung von Diskriminierung und rassistischem Profiling in der Polizei ergriffen haben – ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Der Kanton Bern setzt auf klare interne Weisungen sowie Informations- und Präventionsarbeit, um Fehlverhalten vorzubeugen, und arbeitet mit der Fachstelle „Brückenbauer“ zusammen. Auch Zürich verfügt über ein Brückenbauer-Projekt zur Förderung des interkulturellen Austauschs. In Genf existiert eine unabhängige Vermittlungsstelle (MIPP), die Beschwerden entgegennimmt und weiterleitet. Neuenburg setzt bei Beschwerden die Polizei betreffend auch ausserkantonale Polizeikräfte für die Untersuchung ein. Alle antwortenden Kantone, so auch etwa Waadt, Tessin und Thurgau legen grossen Wert auf kontinuierliche Aus- und Weiterbildungen zu Diskriminierung und interkultureller Kompetenz. Im Tessin werden Module zur Interkulturalität an der Polizeischule gemeinsam mit dem Zentrum für Diskriminierungsprävention durchgeführt und der Kanton Zug fördert «fair policing» und regelmäßige Schulungen im Umgang mit Minderheiten und ausländischen Personen.

2.1 Vorbehalt zu Artikel 2

Umsetzung der unter Ziff. 8 der Schlussfolgerungen gemachten Empfehlung

Der Ausschuss erinnert an seine frühere Empfehlung, wonach die Schweiz ersucht wird, den Rückzug seiner Vorbehalte zu Artikel 2 Absatz 1 (a) sowie zu Artikel 4 des Übereinkommens in Erwägung zu ziehen.

52. Die Schweiz ist Vertragsstaat der meisten wichtigen Menschenrechtsübereinkommen, die Personen, Personengruppen oder Einrichtungen vor Diskriminierung schützen. Der Bundesrat prüft regelmässig die rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen mit Blick auf die Ratifizierung weiterer internationaler Instrumente zum Schutz der Menschenrechte oder auf die Möglichkeit des Rückzugs bestehender Vorbehalte. Die neu ratifizierten Übereinkommen sind in N 16 aufgeführt, der Vorbehalt zu Art. 4 ICERD wird in N 64 behandelt.

53. Die Gründe für den Vorbehalt der Schweiz bezüglich des Zugangs zum Arbeitsmarkt wurden im Ersten Bericht der Schweiz vom 14. März 1997 (N 50 ff.) ausführlich erläutert und haben auch heute noch Gültigkeit. Die mit dem dualen Zulassungssystem praktizierte Unterscheidung zwischen EU-/EFTA- und Drittstaatsangehörigen ermöglicht Ersteren einen erleichterten Zugang zum Schweizer Arbeitsmarkt. Diese bevorzugte Behandlung von Staatsangehörigen der EU/EFTA-Mitgliedstaaten im Vergleich zu Staatsangehörigen von Ländern ausserhalb der EU/EFTA (sogenannte Drittstaaten) beruht auf dem Freizügigkeitsabkommen mit der EU und auf dem EFTA-Übereinkommen. Die Unterscheidung zwischen Staatsangehörigen der EU-/EFTA-Mitgliedstaaten und Staatsangehörigen von Drittstaaten wird vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte als zulässig erachtet. Um sich auch in Zukunft einen gewissen Handlungsspielraum zu bewahren, möchte die Schweiz den Vorbehalt beibehalten.

2.2 Nationale Menschenrechtsinstitution

Umsetzung der unter Ziff. 10 der Schlussfolgerungen gemachten Empfehlung

Der Ausschuss empfiehlt dem Vertragsstaat, in Absprache mit der Zivilgesellschaft und den anderen Akteuren die erforderlichen Massnahmen zu treffen, um zu gewährleisten, dass die nationale Menschenrechtsinstitution uneingeschränkt mit den Grundsätzen für den Status nationaler Institutionen zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte (Pariser Grundsätze) im Einklang steht. Er empfiehlt dem Vertragsstaat zudem, diese Institution zu beauftragen, Individualbeschwerden einschliesslich von Fällen der Rassendiskriminierung entgegenzunehmen und zu behandeln und ihr genügend personelle und finanzielle Mittel zuzuweisen, damit sie ihre Aufgaben erfüllen kann.

54. Im Oktober 2021 verabschiedete das Parlament die gesetzliche Grundlage für die Schaffung einer Nationalen Menschenrechtsinstitution. Im Frühjahr 2022 wurde eine Arbeitsgruppe aus Vertreterinnen und Vertretern des Bundes, der Kantone, der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft gebildet, um die notwendigen Vorbereitungsarbeiten für die Einrichtung der Institution durchzuführen, insbesondere die Ausarbeitung eines Statutenentwurfs und die Vorbereitung der konstituierenden Versammlung. Der Gründungsprozess wurde am 23. Mai 2023 an der Gründungsversammlung in Bern abgeschlossen. Seither ist die Schweizerische Menschenrechtsinstitution (SMRI) vollständig unabhängig. Sie wird vom Bund und von den Kantonen gemeinsam finanziert. Die SMRI hat den Auftrag, die Menschenrechte in der Schweiz zu schützen und zu fördern, insbesondere durch Information, Dokumentation, Forschung, Beratung, Ausbildung und Sensibilisierung. Sie bestimmt ihre Arbeitsmethoden, ihre strategischen Schwerpunkte und den Einsatz ihrer Mittel selbstständig.

55. Die SMRI übernimmt keine Vermittlerfunktion und ist auch nicht befugt, individuelle Beschwerden zu behandeln, was üblicherweise eine Ombudsstelle tun würde, dies insbesondere aufgrund der jeweils unterschiedlichen Zuständigkeiten von Bund und Kantonen. Bundesrat, Parlament und Kantone hatten bei der Verabschiedung der gesetzlichen Bestimmungen der SMRI die Idee eines Aufsichtsmechanismus von Bund oder Kantonen ausdrücklich abgelehnt.

2.3 Institutioneller Rahmen

Umsetzung der unter Ziff. 12 der Schlussfolgerungen gemachten Empfehlung

Der Ausschuss empfiehlt dem Vertragsstaat erneut, die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus mit angemessenen finanziellen und personellen Ressourcen auszustatten, damit sie ihren Auftrag zur Bekämpfung der Rassendiskriminierung wirksam und unabhängig wahrnehmen kann, unbeschadet der für die Nationale Menschenrechtsinstitution erforderlichen Massnahmen und Ressourcen. Der Ausschuss empfiehlt dem Vertragsstaat des Weiteren, sicherzustellen, dass die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus und die neue Nationale Menschenrechtsinstitution bei Fragen im Zusammenhang mit Rassendiskriminierung gut zusammenarbeiten und sich gegenseitig stärken.

56. Wie in den Abschnitten N52 und N53 beschrieben, wurde die Schweizerische Menschenrechtsinstitution (SMRI) 2023 gegründet und hat Anfang 2024 ihre operative Tätigkeit aufgenommen. Das Akkreditierungsverfahren zur Prüfung der Übereinstimmung mit den Pariser Prinzipien durch die GANHRI wurde eingeleitet. Die SMRI ist assoziiertes Mitglied der europäischen und globalen Dachorganisationen nationaler Menschenrechtsinstitutionen (ENNHRI und GANHRI). Für die Periode 2024–2027 hat sie vier strategische Schwerpunktthemen definiert, darunter das Thema Mehrfachdiskriminierung, mit einem besonderen Fokus auf Rassismus und dessen Intersektionen mit anderen Diskriminierungsformen.

57. Die SMRI arbeitet im Bereich der Menschenrechte und der Bekämpfung von Rassismus mit den ausserparlamentarischen Kommissionen (APK) zusammen, die eine thematische Nähe zu den Menschenrechten aufweisen. Die SMRI und die APKs beabsichtigen, ihre jeweiligen Stärken und Kompetenzen komplementär einzubringen und

Synergien optimal zu nutzen, um einen langfristigen und nachhaltigen Beitrag zur Förderung und Wahrung von Menschenrechten, insbesondere der Bekämpfung von Rassismus zu leisten. Ziel ist es, die Zusammenarbeit langfristig zu institutionalisieren.

58. Der Bundesrat ist weiterhin der Ansicht, dass sich die Form der Organisation der EKR sowie ihre Aufgabenteilung mit der FRB im Bereich der Rassismusbekämpfung bewährt und setzte sich auch in dieser Berichtsperiode gegen parlamentarische Initiativen zur Aufhebung oder Schwächung der Kommission ein. Das jährliche Budget der EKR bewegte sich im Berichtszeitraum zwischen 2021 bis 2025 zwischen knapp 176 000 und rund 228 000 Franken, im letzteren Betrag sind ausserordentliche 30 000 Franken für das Jubiläum der EKR enthalten.

Umsetzung der unter Ziff. 14 der Schlussfolgerungen gemachten Empfehlung

Der Ausschuss empfiehlt dem Vertragsstaat, Massnahmen zu treffen, um sicherzustellen, dass die finanziellen und personellen Ressourcen für die Entwicklung und Aufrechterhaltung von Rechtsberatungsstellen für Rassismuspfer in allen Kantonen dauerhaft zur Verfügung stehen.

59. Im Rahmen der KIP finanzieren alle Kantone Beratungsstellen zu Fragen rassistischer Diskriminierung. Diese Beratungsstellen sind wichtige Akteurinnen in der Bekämpfung von Rassismus. Sie bieten Betroffenen, Angehörigen und Fachpersonen Auskunft, psychosoziale Beratung und Rechtsberatung an und treten als vermittelnde Instanzen auf. Sie leisten mit ihren vielfältigen Interventionen einen zentralen Beitrag zur Begleitung, Beratung und zum Empowerment von Betroffenen, aber auch zur Dokumentation rassistischer Vorfälle in der Schweiz. Sie tragen zur Verbesserung des Zugangs Betroffener zum Recht bei. Als niederschwellige, offene Anlaufstellen entsprechen sie auch einem Bedürfnis nach gesellschaftlichem Zusammenhalt im Kampf gegen Ausgrenzung. Bis heute fehlt es allerdings an einer nachhaltigen Finanzierung.

60. Zwischen 2023 und 2026 unterstützt die Fachstelle für Rassismusbekämpfung das Beratungsnetz (vgl. N 21) durch ein Pilotprojekt. Ziel des Pilotprojekts ist die Stärkung und die Weiterentwicklung der Angebote des Beratungsnetzes (Beratung, Sensibilisierung und Monitoring). Das Projekt wurde 2025 evaluiert.

3. Artikel 3: Verurteilung der Apartheid

61. Auf nationaler Ebene setzt die Schweiz ihre Politik der Integrationsförderung und der Segregationsbekämpfung mit Hilfe mehrerer Programme und Massnahmen fort. So setzt sich die Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen (EKM) mit ihren Programmen für eine inklusive Gesellschaft ein. Das Förderprogramm «Citoyenneté – mitreden, mitgestalten, mitentscheiden» besteht seit 2009 und unterstützt Projekte, die die politische Partizipation und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Auch über das EKM-Programm «Neues Wir – Kultur, Migration, Teilhabe» werden Projekte finanziert, die durch Kunst und Kultur den Dialog und das Miteinander verschiedener gesellschaftlicher Gruppen fördern.

62. KIP, gleichermassen finanziert durch das Staatssekretariat für Migration (SEM) und die Kantone, tragen insbesondere mit den Förderbereich «Zusammenleben» wesentlich zur Chancengleichheit und damit zur Inklusion und Teilhabe aller im Bildungsbereich, am Arbeitsplatz und im Wohnumfeld bei. Im Rahmen der Nationalen Integrationsagenda arbeiten Bund, Kantone und Gemeinden gemeinsam an einer kohärenten Integrationspolitik für den Asyl- und Flüchtlingsbereich, die alle Lebensbereiche umfasst und Segregation durch strukturelle Massnahmen vorbeugt.

63. Gesellschaftlicher Zusammenhalt wird auch durch Sensibilisierung und Information über Ausschlussmechanismen wie Rassismus gestärkt – in verschiedenen Kantonen, Städten und Gemeinden finden jährlich gemeinsam mit der Zivilgesellschaft durchgeführte Aktionswochen gegen Rassismus statt. Diese werden von der Fachstelle für Rassismusbekämpfung unterstützt, 2024 mit 168'600 Franken und 2025 mit 147'400 Franken.

4. Artikel 4: Massnahmen zur Bestrafung bestimmter rassendiskriminierender Akte

4.1 Vorbehalt zu Artikel 4

Umsetzung der unter Ziff. 8 der Schlussfolgerungen gemachten Empfehlung

Der Ausschuss erinnert an seine frühere Empfehlung, wonach die Schweiz ersucht wird, den Rückzug seiner Vorbehalte zu Artikel 2 Absatz 1 (a) sowie zu Artikel 4 des Übereinkommens in Erwägung zu ziehen.

64. Wie im zehnten bis zwölften periodischen Bericht der Schweiz (2018) an das CERD erwähnt, bekräftigt die Schweiz in der Antwort auf die in früheren abschliessenden Bemerkungen enthaltene Empfehlung ihren Standpunkt, dass sie nicht beabsichtigt, ihren zu Paragraph 1 a) von Artikel 2 und zu Artikel 4 des Übereinkommens angebrachten Vorbehalt zurückzuziehen. Seit dem letzten Bericht hat sich nichts geändert, und diese Position bleibt unverändert (vgl. Ziff. 58 und 59 des Berichts von 2018).

4.2 Rassistisch motivierte Straftaten und Hassreden

Umsetzung der unter Ziff. 16a der Schlussfolgerungen gemachten Empfehlung

Der Ausschuss empfiehlt der Schweiz Massnahmen zu treffen, um rassistische Hassreden gegen Gruppen, die am stärksten von Rassendiskriminierung bedroht sind, zu verhindern, zu verurteilen und zu bekämpfen, auch im Internet und in den sozialen Medien und seitens Personen des öffentlichen Lebens und Politikern, und sicherzustellen, dass alle gemeldeten Fälle von rassistischen Hassreden effektiv untersucht und wenn nötig verfolgt und bestraft werden.

65. Hassrede, insbesondere im Internet und auf sozialen Medien, stellt eine zunehmende Herausforderung dar. Sie trägt nicht nur zu einer Spaltung der Gesellschaft bei, sondern fördert auch Radikalisierungstendenzen und Diskriminierung. Der Schutz der Bevölkerung vor Hassrede und extremistischer Propaganda ist für die Schweiz daher ein wichtiges Anliegen.

66. Um das Ausmass des Problems zu dokumentieren, betroffene Personen zu unterstützen, ihre Rechte zu stärken und gezielte Gegenmassnahmen zu ergreifen, sammelt und analysiert die FRB seit 2010 Daten zu Rassismus und rassistischer Diskriminierung. Ihr Monitoring stellt sie seit 2024 online auf www.rassismus-in-zahlen.ch zur Verfügung. Dieses sowie weitere Studien zeigen, dass Hassrede im digitalen Raum weiterhin zunimmt und sich insbesondere gegen jüngere Menschen, Frauen und Angehörige von Minderheiten richtet (Rassismus im Netz). Eine Übersicht der Urteile gemäss Artikel 261^{bis} StGB bzw. Art. 171c MStG (Diskriminierungsstrafnorm) bietet zudem die von der EKR seit 1995 geführte juristische Sammlung der diesbezüglichen Entscheide und Urteile. Von 2022 bis 2023 kam es im Bereich Medien (inkl. online Medien) zu 10 Entscheiden, im Bereich Soziale Medien zu 44 und des übrigen Internets zu 9 Entscheiden. Die Sammlung der Rechtsfälle der Kommission zeigt, dass im Zeitraum zwischen 2022 und 2024 insgesamt 13 Entscheide gefällt wurden, die politische Akteure oder Medienschaffende/Verleger betrafen.

67. Das BFS hat im Jahr 2023 und im Rahmen der Erhebung zum Zusammenleben in der Schweiz ein Erhebungsmodul zum Thema Diskriminierung durchgeführt. In diesem Modul wurde eine neue Frage zu erlebten Formen von Diskriminierung gestellt, mit dem Item «Hassnachrichten» in der Liste der möglichen Antworten. Von den insgesamt 12 Prozent der Bevölkerung der Schweiz, die 2023 rassistische Diskriminierung erfahren haben, gaben 9 Prozent an, dass es sich um Hassnachrichten handelte (vgl. «Wie wird diskriminiert?»).

68. Die Meldeplattform www.reportonlinerracism.ch für das Melden rassistischer Hassrede im Internet wurde 2021 von der EKR lanciert. Gemeldete Inhalte werden in einer Datenbank gespeichert und ausgewertet. Die EKR führt eine erste Analyse durch, um zu beurteilen, ob die Äusserungen unter das Strafrecht fallen. Handelt es sich um eine offensichtlich strafbare Handlung und besteht ein Bezug zur Schweiz, erstattet sie

Strafanzeige gemäss Artikel 261^{bis} StGB. Bei Bedarf unterstützt sie auch geschädigte Personen bei der Strafanzeige. Die Strafverfolgungsbehörden sind verpflichtet, Tatbestände nach Artikel 261^{bis} StGB, von denen sie Kenntnis erlangen, zu verfolgen. Im Jahr 2024 wurden insgesamt 302 rassistische Inhalte gemeldet (2023 waren es 191), von denen etwas mehr als ein Drittel strafrechtlich relevant waren. 41 Inhalte wurden den Strafverfolgungsbehörden angezeigt.

69. Als Grundlage für die Beantwortung des Postulats Binder-Keller 21.4137 «Rassistische und antisemitische Vorfälle im Zusammenhang mit der Covid-Pandemie» (vgl. N 30, 82, 98, 108) hat Interface Politikstudien Forschung Beratung AG im Auftrag der FRB einen Grundlagenbericht zum nationalen Monitoring rassistischer und antisemitischer Diskriminierung erarbeitet. Neben der Zusammenfassung der bestehenden Systeme, zeigt der Bericht Lücken auf und beschreibt Massnahmen zur Verbesserung des nationalen Monitorings. Er kommt zum Schluss, dass u.a. Online-Hassrede mit den bestehenden Methoden nicht ausreichend gemessen werden kann und für ein systematisches Monitoring das aktive Suchen und Erfassen von Online-Vorfällen unabdingbar wäre.

70. Im Postulatsbericht Binder-Keller 21.4137 anerkennt der Bundesrat zudem das Risiko des Underreporting von Vorfällen und betont die Notwendigkeit, den Zugang zu professioneller Beratung für Betroffene zu erleichtern. In diesem Sinne unterstützt die FRB seit 2023 das Beratungsnetz für Betroffene von Rassismus im Rahmen eines Pilotprojekts (vgl. 21 und 60). Sie bietet Praxisworkshops und kollegiale Beratung an für Fachpersonen in den Kantonen und Städten – diese Angebote stehen auch den Mitarbeitenden der Beratungsstellen offen. Ausserdem hat die FRB Qualitätskriterien für die Beratung erarbeitet und zusammen mit dem SEM-Empfehlungen an die Kantone für den Aufbau und Betrieb eines Beratungsangebots im Bereich Diskriminierungsschutz formuliert.

71. Online-Hassrede kann unter die Strafbestimmungen fallen, die auch für Äusserungen in der analogen Welt gelten (Art. 135, 173ff., 180, 181, 258ff. StGB). Jede Person ist berechtigt, Straftaten bei einer Strafverfolgungsbehörde schriftlich oder mündlich anzuzeigen (Art. 301 StPO). Nach Ansicht des Bundesrats ist mit diesem Regime ein hinreichender Schutz gewährleistet. Die Schwierigkeiten bei der Anwendung der bestehenden Normen auf die sozialen Netzwerke ergeben sich vor allem aus dem grenzüberschreitenden Charakter dieser Dienste, denn das Territorialitätsprinzip verhindert die Anwendung von Schweizer Recht, wenn der Bezug zur Schweiz fehlt. Der Bundesrat erachtet eine Änderung der Strafbestimmungen nicht als notwendig.

72. Namentlich aufgrund der Schwierigkeiten bei der Anwendung des Schweizer Rechts im Zusammenhang mit dem Prinzip der Territorialität der Gesetze zieht der Bundesrat seit Jahren Lösungen vor, die auf dem freiwilligen Engagement der Online-Medien beruhen. In diesem Sinne meldet fedpol diesen Medien Inhalte, die zu Hass und Gewalt aufrufen.

Umsetzung der unter Ziff. 16b der Schlussfolgerungen gemachten Empfehlung

Der Ausschuss empfiehlt der Schweiz ihre Bemühungen zu intensivieren, die Verbreitung von rassistischen Hassreden im Internet und in den sozialen Medien einzudämmen, und zwar in enger Zusammenarbeit mit Internetanbietern, Plattformen sozialer Netzwerke und den Bevölkerungsgruppen, die am stärksten von rassistischen Hassreden betroffen sind.

73. Die Studie des Bundesamtes für Kommunikation (BAKOM) zur Regulierung von online Kommunikationsplattformen von 2021 identifiziert Hassrede, Falschinformation, Quasi-Zensur und Intransparenz als problematische Bereiche. Weitere Studien (BAKOM) kommen zudem zum Schluss, dass die Bevölkerung einen Anspruch auf effektiven Schutz vor Hassrede und Desinformation hat, sowie dass die Rechte der Nutzerinnen und Nutzer gegenüber den Intermediären besser geschützt werden müssten. Der Bundesrat will deshalb die Rechte der Nutzerinnen und Nutzer in der Schweiz stärken und von den Plattformen mehr Transparenz verlangen, ohne jedoch die positiven Effekte der Plattformen auf die Meinungsäusserungsfreiheit einzuschränken. Dazu sind neue gesetzliche Bestimmungen notwendig. Der Bundesrat hat am 29. Oktober 2025 ein neues Bundesgesetz über Kommunikationsplattformen und Suchmaschinen (KomPG) in die öffentliche Vernehmlassung gegeben. Das neue Gesetz soll die Rechte der Nutzenden in der Schweiz stärken, indem es von den Anbieterinnen sehr grosser Kommunikationsplattformen oder sehr

grosser Suchmaschinen mehr Sorgfalt und Transparenz verlangt. Es sieht zudem eine gesetzliche Verpflichtung vor, Nutzenden ein Meldeverfahren und ein Verfahren zur Bearbeitung von Meldungen zur Verfügung zu stellen, um auf mutmasslich strafrechtlich relevante Hassreden reagieren zu können. Dies soll auch zur Eindämmung der Verbreitung von Hassreden im Internet und in den sozialen Medien sowie allgemein zu einem sicheren, verlässlichen und vertrauenswürdigen Online-Umfeld beitragen. Das Gesetz soll die Meinungs- und Informationsfreiheit der Nutzenden stärken und gleichzeitig vor negativen Auswirkungen schützen – insbesondere im Zusammenhang mit Hassrede. In Bezug auf die Meinungsfreiheit soll die Vorlage zwei mögliche Abschreckungseffekte («Chilling Effects») adressieren und reduzieren. Zum einen soll die Eindämmung mutmasslich strafrechtlich relevanter Hassrede dazu führen, dass sich Nutzende eher trauen, auch unangenehme, kritische oder politisch kontroverse Meinungen zu äussern, weil die Gefahr von Hassrede als Reaktion weniger gross ist. Zum anderen sollen die Nutzenden durch die Transparenzpflichten in Bezug auf die allgemeinen Geschäftsbedingungen der Anbieterinnen von Kommunikationsplattformen oder Suchmaschinen besser abschätzen können, welche Aussagen sie machen dürfen und welche nicht. Dies reduziert den Effekt, dass Nutzende auf Äusserungen verzichten, weil sie unsicher sind, welche Aussagen auf den Diensten zulässig sind und welche nicht. Die Vorlage schränkt die Meinungsfreiheit insofern nicht ein, als sie betreffend die Verbreitung von Inhalten nur Vorgaben zu Inhalten macht, die bereits nach heutigem Recht rechtswidrig sind.

74. Von 2020 bis 2024 unterstützte die FRB hauptsächlich Projekte zur Bekämpfung von Rassismus im Netz. Sie unterstützte 6 Projekte mit insgesamt 133 000 Franken, darunter «Stop Hate Speech» von Alliance F, das Weiterbildungsangebot für Beratungsstellen zu Rassismus im Netz von Humanrights.ch sowie das Projekt «(Un-)Glaubwürdig? Umgang mit Verschwörungserzählungen lernen» von NCBI. Die Erfahrungen aus den Jahren 2020 bis 2024 zeigen, dass Rassismus im Netz kein isoliertes Phänomen, sondern ein Querschnittsaspekt von Rassismus ist, der in verschiedenen Kontexten wie Bildung, Arbeitsmarkt, Wohnungssuche, sozialen Netzwerken oder Online-Nachrichtendiensten auftritt. Es braucht also einen integrativen Ansatz, der diese Thematik in sämtliche Förderprogrammen der FRB aufnimmt. Der Kampf gegen Rassismus im Netz soll dauerhaft in die institutionelle Rassismusbekämpfung eingebunden und das Phänomen in einem umfassenderen Kontext betrachtet werden.

75. Am 16. Dezember 2022 verabschiedete die Schweiz ihren zweiten Nationalen Aktionsplan zur Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus für die Jahre 2023 bis 2027. Im Rahmen dieses NAP nahmen am 23. November 2022 in Bern über 200 Fachleute des Bundes, der kantonalen und städtischen Behörden sowie der Zivilgesellschaft an der dritten Fachtagung zur Prävention von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus teil. Die Tagung befasste sich hauptsächlich mit den Radikalisierungsprozessen unter Jugendlichen, insbesondere online, sowie mit der Rolle der Schule bei der Prävention von gewalttätigem Extremismus. In Vorträgen und Workshops wurde aufgezeigt, wie die digitalen Kompetenzen von Jugendlichen, auch im Umgang mit dem Internet, gestärkt werden können. Im Rahmen der Verordnung über Massnahmen zur Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus (SR 311.039.5) unterstützt fedpol seit 2019 mehrere Projekte finanziell, die Hassreden im Internet bekämpfen und kritisches Denken fördern sollen. Einige Beispiele:

76. 2025: Das Projekt «InfoWarriors: Digital Literacy Quest» hat zum Ziel, jungen Menschen die verschiedenen Mechanismen der Radikalisierung bewusster zu machen und sie gegen Extremismus im digitalen Raum widerstandsfähig zu machen. Die grundlegende zu erwerbende Kompetenz ist dabei eine kritische und reflektierte Information und Kommunikation im digitalen Raum.

2024: Das Projekt «Social Influencer:in - mit wirksamer Gesprächsführung gegen Hass im Netz» zielt darauf ab, Personen, die Kommentarspalten von Online-Zeitungen, Instagram oder Facebook betreuen, zu schulen, ihnen Methoden und technische Unterstützung zu bieten, um heikle Situationen zu entschärfen und eine Browsererweiterung zu entwickeln, mit der Hassreden aufgespürt und bekämpft werden kann.

2021: Das Projekt «Verschiedene Veranstaltungsformate zum Zweck der Förderung von Anerkennung, Respekt und Toleranz für das gelingende Miteinander in einer demokratischen

Gesellschaft» unterstützt die Entwicklung von drei Formaten, die den im Titel genannten Zweck verfolgen. Sie zielen auf eine differenzierte Information zu verschiedenen Themen im Zusammenhang mit dem Umgang mit Minderheiten und der Kontaktaufnahme ab.

77. «Jugend und Medien» ist die nationale Plattform zur Förderung von Medienkompetenz von Kindern, Eltern, Lehrpersonen und anderen Fachpersonen. Sie wurde vom BSV im Auftrag des Bundesrats eingerichtet mit dem Ziel, dass Kinder und Jugendliche sicher und verantwortungsvoll mit digitalen Medien umgehen. Die Hauptthemen der Plattformen betreffen Diskriminierung und Hass im Netz, Extremismus und Radikalisierung. Ein Themenbereich befasst sich ausserdem mit strafbaren Handlungen, zu denen auch Hassrede gehört, und behandelt insbesondere alle Formen von Rassismus.

Umsetzung der unter Ziff. 16c der Schlussfolgerungen gemachten Empfehlung

Der Ausschuss empfiehlt der Schweiz Kampagnen zur Sensibilisierung der Bevölkerung zu organisieren, um Vorurteile und Desinformation betreffend Jenische, Sinti/Manouches und Roma, Nichtstaatsangehörige, Menschen afrikanischer Abstammung und asiatischer Herkunft, Musliminnen und Muslime sowie Jüdinnen und Juden abzubauen und die Achtung der Vielfalt und die Beseitigung der Rassendiskriminierung zu fördern;

78. Die FRB unterstützte 2024 16 Aktionswochen gegen Rassismus mit insgesamt 168'600 Franken. Projekte im Rahmen der Aktionswoche müssen zwingend mit den Integrationsdelegierten der Gemeinde oder des Kantons koordiniert werden. Sie richten sich immer auch an die breite Öffentlichkeit und behandeln verschiedene Themen, wie beispielsweise Rassismus in der Bildung, Rassismus im Sport, Rassismus auf dem Arbeitsmarkt oder Rassismus in den Institutionen.

79. Die Forschung zu spezifischen Formen von Rassismus gehört zum Monitoringauftrag der FRB. 2025 veröffentlichte sie eine Kurzfassung der Studie «Antimuslimischer Rassismus in der Schweiz», die das Schweizerische Zentrum für Islam und Gesellschaft (SZIG) im Auftrag der FRB erarbeitet hat. Die Studie definiert antimuslimischen Rassismus, präsentiert aktuelle Zahlen und Betroffenenperspektiven und zeigt den Handlungsbedarf auf. Die Kurzfassung macht das Thema sichtbarer und zugänglicher, indem sie die wichtigsten Ergebnisse und Empfehlungen kompakt darstellt. Sie ergänzt weitere Publikationen im Monitoring, darunter den Massnahmenbericht gegen Rassismus und Antisemitismus (2025), die Grundlagestudie zu strukturellem Rassismus (2023), die Evaluation der Massnahmen gegen Antisemitismus (2021), den Bericht zur Lebensweise von Jenischen und Sinti/Manouches (2020) sowie die Bestandesaufnahme zu Anti-Schwarzem Rassismus (2017).

80. Die zuvor erwähnte Evaluation der Massnahmen von Bund, Kantonen und Gemeinden gegen Antisemitismus wurde im Rahmen der Umsetzung der Motion 23.4335 der Staatspolitischen Kommission des Nationalrates «Für eine Strategie und einen Aktionsplan gegen Rassismus und Antisemitismus» im Jahr 2025 auf alle Formen von Rassismus ausgeweitet und aktualisiert.

Umsetzung der unter Ziff. 16d der Schlussfolgerungen gemachten Empfehlung

Der Ausschuss empfiehlt der Schweiz Massnahmen zu treffen, um eine einheitliche und obligatorische polizeiliche Registrierung rassistisch motivierter Straftaten zu gewährleisten und ein System zu entwickeln, das die Erhebung von Daten nach Kategorie der Straftat, Beweggrund, Demografie der Opfer und der Täter sowie den örtlichen und zeitlichen Umständen der Straftat erlaubt, damit eine wirksame Prävention möglich wird.

81. Im Rahmen der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) werden jährlich die polizeilich registrierten Straftaten im Bereich Diskriminierung und Aufruf zu Hass gemäss Artikel 261^{bis} StGB ausgewiesen. Seit der Erweiterung des Straftatbestands um Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung (in Kraft seit dem 1. Juli 2020) differenziert die PKS zwischen den Kategorien «Diskriminierung und Aufruf zu Hass aufgrund von Rasse, Ethnie oder Religion» sowie «Diskriminierung und Aufruf zu Hass aufgrund der sexuellen Orientierung». Darüber hinaus umfassen die Auswertungen auch Daten zu den polizeilich registrierten geschädigten und beschuldigten Personen, jeweils aufgeschlüsselt nach Geschlecht, Altersklasse und Aufenthaltsstatus. Es wird darauf hingewiesen, dass die PKS

Anzeigen und Ermittlungen erfasst, nicht jedoch rechtskräftige Urteile. Rechtskräftige Urteile werden in der Schweizer Urteilsstatistik sowie in der Sammlung Rechtsfälle der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus (EKR) dokumentiert.

82. Im Rahmen der Erfüllung des Postulats Binder-Keller 21.4137 «Rassistische und antisemitische Vorfälle im Zusammenhang mit der Covid-Pandemie» (vgl. N 30, 69 f., 98, 108) mandatierte die FRB Interface mit der Erarbeitung eines Grundlagenbericht, der u.a. die Erfassung von Hassverbrechen und Racial Profiling durch die Polizei beleuchtet und hierzu eine Umfrage bei den kantonalen Polizeien durchführte. Der Bericht zeigt, dass Racial Profiling und Hassverbrechen in der Schweiz unzureichend dokumentiert werden. Fast die Hälfte der Polizeikorps erfasst Hassdelikte ausserhalb der Diskriminierungsstrafnorm nicht. Beschwerden zu Racial Profiling werden ebenfalls nur von etwa der Hälfte der Polizeien registriert. Um diese Erfassungslücke zu schliessen, empfiehlt der Bundesrat in seinem Postulatsbericht vom 27. August 2025 der KKPKS, im Rahmen der nationalen Strategie gegen Rassismus und Antisemitismus konkrete Massnahmen zur Verbesserung der Erfassung umzusetzen.

4.3 Rassistisch motivierte Polizeigewalt

Umsetzung der unter Ziff. 18 der Schlussfolgerungen gemachten Empfehlung

Unter Hinweis auf seine Allgemeine Empfehlung Nr. 31 (2005) empfiehlt der Ausschuss dem Vertragsstaat, Massnahmen zu treffen, um sicherzustellen, dass alle rassistisch motivierten Vorfälle, die durch Polizeikräfte oder unter Beteiligung von Polizeikräften erfolgten, unverzüglich, vollständig und unvoreingenommen untersucht werden, dass die für diese Taten möglicherweise verantwortlichen Personen strafrechtlich verfolgt und gebührend zur Rechenschaft gezogen werden und dass den Opfern oder ihren Familien gegebenenfalls eine angemessene Entschädigung zuerkannt wird. Der Ausschuss empfiehlt dem Vertragsstaat erneut und mit Nachdruck, einen unabhängigen Mechanismus ausserhalb von Polizei und Staatsanwaltschaft einzurichten, der die Aufgabe hat, in jedem Kanton Beschwerden über Fehlverhalten von Polizeikräften und insbesondere rassistisch motivierte Übergriffe entgegenzunehmen und zu untersuchen. Er empfiehlt dem Vertragsstaat des Weiteren, Massnahmen zu treffen, um den Zugang der Opfer zur Justiz zu erleichtern, unter anderem durch die Bereitstellung von Informationen über Beschwerdeverfahren und die Senkung der Verfahrenskosten.

83. In der Schweiz existiert keine landesweit einheitliche Regelung für unabhängige Beschwerdemechanismen bei mutmasslich rassistischer Diskriminierung durch die Polizei. Die bestehenden Strukturen unterscheiden sich je nach Kanton in Bezug auf Zuständigkeiten, Ressourcen und Spezialisierung. In vielen Fällen werden Beschwerden im Rahmen allgemeiner Polizeibeschwerdeverfahren oder strafrechtlicher Verfahren behandelt, wobei eine spezifische Fokussierung auf rassistische Diskriminierung teilweise fehlt. Ergänzend dazu haben mehrere Kantone und Städte eine unabhängige Beschwerdestelle eingerichtet.

84. Alle Kantone verfügen über unabhängige Beratungsstellen, welche Betroffene von rassistischer Diskriminierung, auch durch die Polizei, beraten und Teil des nationalen Beratungsnetzes für Rassismuspfer sind. Einige Kantone haben in den letzten Jahren zudem spezifische Massnahmen zur Stärkung unabhängiger Strukturen umgesetzt.

- Im Kanton Zürich bearbeitet die kantonale Ombudsstelle punktuell Fälle von «racial profiling». Zudem ist die Staatsanwaltschaft um eine möglichst niedrige Eintrittsschwelle für Anzeigen im Zusammenhang mit rassistischer Polizeigewalt oder Racial Profiling bemüht und stellt durch organisatorische Trennung eine unabhängige Bearbeitung sicher. In der Stadt Zürich geht die Ombudsstelle proaktiv auf entsprechende Fälle ein. Zudem hat auch die Stadt Winterthur mit dem InfoDesk der Sozialen Stadtentwicklung eine niederschwellige Anlaufstelle für von Rassismus betroffene Personen geschaffen.
- Im Kanton Bern erfolgt die Aufsicht über die Polizei durch die Staatsanwaltschaft, die Sicherheitsdirektion sowie den Grosse Rat. 2021 wurde zudem die Fachstelle «Brückenbauer» in Zusammenarbeit mit Asylzentren erstellt und bereits 2023 mit

zusätzlichen Ressourcen ausgestattet. In der Stadt Bern können seit mehr als einem Jahr Beschwerden bei ihrer Ombudsstelle eingereicht werden.

- Der Kanton Basel-Landschaft verfügt über eine Ombudsstelle, die bei Konflikten oder Diskriminierung zwischen Privatpersonen und Behörden vermittelt und schlichtet.
- Im Kanton Genf prüft die Inspection générale des services (IGS) Beschwerden unabhängig und berichtet direkt an die Staatsanwaltschaft. Zudem verfügt der Kanton über die «Ombudsstelle für die unabhängige Vermittlung zwischen der Bevölkerung und der Polizei» (MIPP), die von jeder Person angerufen werden kann, die sich durch das Handeln der Kantonspolizei oder der Gemeindepolizeien geschädigt fühlen. Auch Mitglieder der Polizei selbst können sich an die MIPP wenden. Laut MIPP machten im Jahr 2023 insgesamt 25 Personen bei der Meldestelle geltend, von einem Mitglied der Polizei diskriminiert worden zu sein, davon 9 aufgrund ihrer Herkunft, was etwa 11 Prozent aller Anfragen entspricht. Die besondere Methodik der MIPP, insbesondere durch die Unterscheidung zwischen der Wahrnehmung des Opfers und der Absicht der Tatperson, macht deutlich, wie wichtig das Konzept der Subjektivität bei der Analyse von Diskriminierungen ist. Laut den kantonalen Behörden, die mit rassistisch motivierter Polizeigewalt konfrontiert sind, werden rassistisch motivierte schlechte Behandlungen, Beleidigungen oder Beschimpfungen durch Polizistinnen und Polizisten nicht toleriert. Allfällige Zuwiderhandlungen werden systematisch angezeigt. Sie werden untersucht und, wenn der Sachverhalt geklärt ist, disziplinarisch bestraft oder sogar strafrechtlich verfolgt

85. Zwischen 2016 und 2025 kam es in der Schweiz zu mehreren Todesfällen von Schwarzen Menschen und People of Color im Zusammenhang mit Polizeieinsätzen, darunter Hervé Mandundu (Bex, 2016), Lamine Fatty (Lausanne, 2017), Mike Ben Peter (Lausanne, 2018), Roger Nzoy Wilhelm (Morges, 2021) und Michael Kenechukwu Ekemezie (Lausanne, 2025). Die strafrechtliche Beurteilung liegt gemäss der föderalen Ordnung in der Verantwortung der Kantone; die Bundesbehörden greifen nicht in laufende Verfahren ein und wahren die Unschuldsvermutung.

86. Im Jahr 2025 wurden in Lausanne rassistische Inhalte in privaten Chatgruppen von Polizeibeamten bekannt. Die Stadt reagierte mit Suspendierungen, der Einrichtung einer internen Anlaufstelle und der Ankündigung umfassender Reformen, begleitet durch eine externe Kanzlei. Weitere Polizeikorps, darunter die Kantonspolizei Bern, betonten die Bedeutung interkultureller Sensibilisierung in der Ausbildung und kündigten interne Überprüfungen an.

87. In seiner Medienmitteilung vom 18./19. September 2025 bekräftigte der Vorstand der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD), dass diskriminierendes Verhalten und Rassismus in der Polizeiarbeit keinen Platz haben und konsequent geahndet werden müssen. Bereits Anfang 2025 prüfte die KKJPD verschiedene Massnahmen gegen rassistische und andere diskriminierende Verhaltensweisen bei der Polizei. In enger Abstimmung mit der KKPKS wurden nun gezielte Massnahmen beschlossen. Diese zielen darauf ab, das Bewusstsein für die Thematik zu stärken und die Auseinandersetzung innerhalb der Polizeikorps zu fördern. Zudem sollen bewährte kantonale Modelle und gute Praxen systematisch zusammengetragen werden, um den professionellen Umgang mit Diskriminierungsvorwürfen zu unterstützen und die tägliche Arbeit der Polizei weiter zu stärken.

88. Die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus (EKR) fordert in ihrer Stellungnahme vom 5. September 2025 gesetzliche Grundlagen gegen Racial Profiling, eine Definition von Rassismus im nationalen Recht sowie unabhängige Untersuchungsmechanismen bei mutmasslicher Polizeigewalt.

89. Wie bereits erwähnt (vgl. N 82) empfiehlt der Bundesrat der KKPKS, im Rahmen der Nationalen Strategie gegen Rassismus und Antisemitismus konkrete Massnahmen zur Verbesserung der Erfassung von Rassismus und Antisemitismus umzusetzen. Die Weiterentwicklung kantonaler Beschwerdemechanismen und deren bessere Zugänglichkeit für betroffene Personen stellen dabei eine zentrale Grundlage dar.

90. Mehrere Kantone haben in den letzten Jahren Massnahmen ergriffen, um den Zugang zur Justiz für Betroffene rassistischer Diskriminierung zu verbessern. Dazu zählen rechtliche Anpassungen in Genf zur Reduktion von Verfahrenskosten und zur besseren juristischen Unterstützung. In Zürich prüfen die Strafverfolgungsbehörden vereinfachte Meldeverfahren. Kantone wie Bern und Zürich setzen zudem auf gezielte Informations- und Sensibilisierungsmassnahmen. Auch der Kanton Neuenburg hat 2022 eine umfassende Bestandesaufnahme zu Polizeigewalt und diskriminierenden Praktiken dem Grossen Rat übermittelt. Darin wurde die Einrichtung eines Zentrums empfohlen, das Betroffene bei Beschwerden gegen Behörden unterstützt.

91. Jede Person, die der Ansicht ist, dass eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter des Bundesamtes für Zoll und Grenzsicherheit BAZG gegen das Diskriminierungsverbot verstossen hat, kann eine diesbezügliche Beanstandung direkt an das BAZG richten. Solche Eingaben können durch die betroffene Person selbst, durch eine Drittperson (welche die Interessen der betroffenen Person vertritt) oder durch eine Organisation gemacht werden und können auch anonymisiert erfolgen. Die Eingabe kann in allen vier Landessprachen oder auf Englisch übermittelt werden. Jede Beanstandung wird geprüft, beantwortet und in einer gesamtschweizerischen Controllingliste erfasst. Bei Beanstandungen, welche Vorwürfe von Rassismus aufweisen, wird zudem ein Führungsbericht bei der vorgesetzten Person eingeholt.

92. Ergeben sich Hinweise auf Dienstverletzungen, prüft das BAZG die Einleitung eines disziplinarischen Verfahrens. Allfällige disziplinarrechtliche Massnahmen werden nach einer entsprechenden Untersuchung vom BAZG verfügt. Ergibt sich ein Verdacht auf strafbare Handlungen durch Mitarbeitende des BAZG, erfolgt die Überweisung des Dossiers an die Militärjustiz oder an die zivile Gerichtsbarkeit (je nach Funktion des Mitarbeitenden). Die Justiz ist ihrerseits verantwortlich für die Untersuchung des Vorfalls und die Durchsetzung des staatlichen Strafanspruchs.

5. Artikel 5: Beseitigung der Rassendiskriminierung, namentlich in den Bereichen bestimmter Menschenrechte

5.1 Monitoring

93. 2024 lancierte die FRB das neue Monitoring-Portal www.rassismus-in-zahlen.ch, das auf Basis verschiedener Datenquellen umfassende Informationen zu Ausmass, Formen und Betroffenenengruppen rassistischer Diskriminierung in der Schweiz liefert. Die Analyse zeigt, dass insbesondere junge Menschen (15–39 Jahre) sowie Personen mit Migrationshintergrund betroffen sind. Erstmals wurden auch Ergebnisse zu Diskriminierungserfahrung aus der BFS-Erhebung «Zusammenleben in der Schweiz» gezielt auf rassistische Diskriminierung ausgewertet. Das Monitoring, das seit 2010 alle zwei Jahre erscheint, macht individuelle, institutionelle und strukturelle Ausprägungen von Rassismus sichtbar und bildet eine Grundlage für eine faktenbasierte Antirassismuspolitik.

94. 2024 stiegen zum ersten Mal seit Messbeginn alle vom BFS auf Grundlage der oben genannten Erhebung berechneten Indizes zur Feindseligkeit gegenüber bestimmten Personengruppen an. Die Indizes, die auf einer Skala von 1 (Ablehnung der Einstellung) bis 4 (Zustimmung zur Einstellung) basieren, liegen bei 1,86 für schwarze Personen, 1,94 für jüdische Personen, 1,99 für muslimische Personen und 2,3 für ausländische Personen – letztere mit einem Anstieg bereits seit 2020. Der Index zur Feindseligkeit gegenüber jüdischen Personen verzeichnete den stärksten Anstieg. Ob es sich hierbei um einen anhaltenden Bruch mit dem bisherigen Trend handelt, können erst weitere Erhebungen zeigen.

95. Die Auswertung der Berichtsperiode (Ende 2021–2024) zeigt einen kontinuierlichen und signifikanten Anstieg dokumentierter Rassismus- und Diskriminierungsfälle bei Beratungsstellen in der Schweiz: von rund 630 Fällen im Jahr 2021 über 708 im Jahr 2022 (+12 %), weiter auf 876 im Jahr 2023 (+24 %) und schliesslich auf einen Höchststand von 1 211 Fällen im Jahr 2024 (+38 %). Ausländerfeindlichkeit/Fremdenfeindlichkeit (426 Nennungen) sowie Anti-Schwarzer Rassismus (368) sind weiterhin die häufigsten Diskriminierungsmotive. Am stärksten zugenommen hat antimuslimischer Rassismus (209

Nennungen), gefolgt von Rassismus gegen Menschen aus dem arabischen (142) und dem asiatischen Raum (79) sowie Antisemitismus (66). Die Fälle sind zudem komplexer geworden, insbesondere im Bildungsbereich (19 %), vor allem an obligatorischen Schulen (14 %).

96. Die Erhebung «Zusammenleben in der Schweiz» des Bundesamtes für Statistik wird aktuell überarbeitet, um unter anderem Diskriminierungserfahrungen besser erfassen zu können. Neben inhaltlichen Anpassungen, um detaillierte Daten zu negativen Einstellungen gegenüber Diversität zu gewinnen, ist eine Verdoppelung der Stichprobengrösse geplant. Zudem soll nach Möglichkeit die Erhebung selbstdeklarerter, rassismusrelevanter Zugehörigkeit getestet werden, was bisher nicht erfolgt ist. Bei der Entwicklung des neuen Fragebogens werden Betroffenen-Gruppen und Antirassismusexpertinnen und -experten einbezogen.

97. Im Rahmen des vorgängig erwähnten Berichts des Bundesrates (vgl. N 30, 69 f., 82 und 108) in Erfüllung des Postulats Binder-Keller 21.4137 «Rassistische und antisemitische Vorfälle im Zusammenhang mit der Covid-Pandemie» beauftragte die FRB einen Grundlagenbericht, der das nationale Monitoring rassistischer und antisemitischer Diskriminierung sowie die Erfassung von Vorfällen, insbesondere bei Polizeieinsätzen während der Pandemie, analysiert. Der Bericht wurde im August 2025 publiziert und enthält Empfehlungen zur Weiterentwicklung des nationalen Monitorings. Zur Begleitung wurde eine Arbeitsgruppe mit Vertretern des EDI, EDA, EJPD, VBS und der EKR eingesetzt. Der Bericht kommt zum Schluss, dass das Monitoring komplex und ressourcenintensiv ist und eine unabhängige Monitoring-Stelle zwischen Wissenschaft und Zivilgesellschaft sinnvoll wäre. Der Bundesrat formuliert vor dem Hintergrund des Grundlagenberichts verschiedene Massnahmen zur Weiterentwicklung des Monitorings, der besseren Koordination und des Einbezugs von Wissenschaft und Betroffenenengruppen, um dem Unterreporting entgegenzuwirken und zur besseren Erfassung von Vorfällen durch die Polizei.

5.2 Spezifische Rassismen

98. In der Schweiz leben Bevölkerungsgruppen und Minderheiten, die in besonderem Masse von rassistischer Diskriminierung und rassistisch motivierten Verhaltensweisen betroffen sind. Das Monitoring der FRB „Rassismus in Zahlen“ zeigt, dass Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe, ihrer tatsächlichen oder zugeschriebenen muslimischen oder jüdischen Religionszugehörigkeit, ihrer tatsächlichen oder vermuteten Herkunft oder Nationalität sowie ihrer reisenden Lebensweise mit rassistischer Diskriminierung und feindlichen Einstellungen konfrontiert sind. Darüber hinaus betreffen rassistische Vorfälle auch weitere Personengruppen, die bisher noch nicht systematisch erfasst wurden – etwa Menschen mit Herkunft aus der Balkanregion oder Personen, die als asiatisch oder arabisch gelesen werden. In diesen Bereichen besteht in der Schweiz ein Forschungs- und Datenbedarf.

99. In der Schweiz wurden Massnahmen zur Bekämpfung von Rassismus bislang meist allgemein formuliert und nur selten explizit auf einzelne betroffene Gruppen ausgerichtet. Eine vertiefte Auseinandersetzung mit spezifischen Rassismusformen erfolgte vor allem im Rahmen von durch die FRB unterstützten Projekten Dritter sowie verschiedener ihrer Studien – etwa zu anti-Schwarzem Rassismus, zur reisenden Lebensweise, zu strukturellem Rassismus sowie jüngst zu antimuslimischem Rassismus. Die unterschiedlichen historischen und gesellschaftlichen Verankerungen der verschiedenen Rassismen und die Entwicklung entsprechend spezifischer Massnahmen werden im Rahmen der nationalen Strategie und des Aktionsplans gegen Rassismus und Antisemitismus von Bedeutung sein.

100. Die Situation und der Diskurs über Rassismus und Diskriminierung haben sich in der Schweiz insbesondere nach dem 7. Oktober 2023 weiter verschärft und polarisiert. Sowohl antisemitische als auch antimuslimische Vorfälle haben deutlich zugenommen. Zu erwähnen ist unter anderem der Messerangriff auf einen jüdischen Mann in Zürich im März 2024. Exemplarisch sind folgend einige Massnahmen aufgeführt, die den Schutz von rassifizierten Gruppen und Minderheiten verbessern sollen:

- 2024 hat das Parlament die Regierung beauftragt, eine Strategie und einen Aktionsplan gegen Rassismus und Antisemitismus zu entwickeln. (Motion SPK-N 23.4335). Die

Strategie wird voraussichtlich im Dezember 2025 vom Bundesrat behandelt, im kommenden Jahr sollen die Arbeiten am Aktionsplan gemeinsam mit den Kantonen, Gemeinden, Vertretern rassifizierter Gruppen und der Zivilgesellschaft beginnen (vgl. N 19).

- Eine wichtige Massnahme für die Sicherheit gefährdeter Minderheiten, insbesondere der jüdischen Gemeinschaft, ist die Förderung und Finanzierung von Schutzmassnahmen. Die entsprechenden Mittel wurden von 2,5 Millionen Franken auf 5 Millionen Franken pro Jahr in den Jahren 2024 und 2025 erhöht. Für die Jahre 2026 und 2027 wird das jährliche Budget in Reaktion auf die aktuelle Situation überdies um eine weitere Million erhöht.
- Im Frühjahr 2025 wurde die Vernehmlassung zu einem Spezialgesetz abgeschlossen, das die öffentliche Verwendung nationalsozialistischer Symbole verbietet. Die Vorlage geht auf einen parlamentarischen Auftrag vom April 2024 zurück. Eine Ausweitung auf weitere extremistische Symbole ist vorgesehen (vgl. N 11).
- Im April 2023 entschied der Bundesrat, dass ein Erinnerungsort für die Opfer des Nationalsozialismus geschaffen werden soll. Das Mahnmal soll in der Stadt Bern entstehen und für alle zugänglich sein. Weiter entsteht in St. Gallen ein nationaler grenzüberschreitender Vermittlungs- und Vernetzungsort.
- 2025 veröffentlichte die FRB eine Kurzfassung der Studie «Antimuslimischer Rassismus in der Schweiz», welche zentrale Befunde der entsprechenden Grundlagenstudie und Empfehlungen zugänglich darstellt. Die vom SZIG verfasste Grundlagenstudie trägt wesentlich zur Bildung und Sensibilisierung bezüglich dieser Form von Rassismus in der Schweiz bei.
- Im Bundesratsbericht in Erfüllung des Postulats Binder-Keller 22.4559 «Keine Kinderkopftücher in Schulen und Kindergärten.» vom 22. Oktober 2025 hält der Bundesrat fest, dass Schulwesen und das Verhältnis zwischen Staat und Kirche in die Zuständigkeit der Kantone fallen. Ein generelles Verbot von Kinderkopftüchern an öffentlichen Schulen lässt sich gemäss Bundesgericht (BGE 142 I 49) nicht verfassungskonform ausgestalten. Der Bundesrat betont die Bedeutung des Zugangs zum Unterricht für Chancengleichheit und Integration und verweist auf pragmatische kantonale Lösungen. Kleidervorschriften sollen in einer freiheitlichen Gesellschaft nur zurückhaltend angewendet werden.

5.3 Wohnbereich

101. Es gibt politische Bemühungen, die Wohnungsvergabe gerechter zu gestalten, insbesondere für vulnerable Gruppen wie Familien, ältere Menschen und Personen in Ausbildung, wesentliche rechtliche Anpassungen gab es allerdings nicht. Der Bundesrat hat im Februar 2025 Massnahmen verabschiedet, die der Wohnungsknappheit entgegenwirken sollen, insbesondere die Postulate zur Mietpreisentwicklung (22.4289) und zum Wohnungsnotstand (22.4290). Parallel dazu steht das Postulat 24.4092 über Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt. Eine wissenschaftliche Studie über rassistische Diskriminierung und den Interventionsmöglichkeiten bei rassistischer Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt war zu diesem Zeitpunkt bereits in Vorbereitung und wird ab November 2025 im Rahmen des Forschungsprogramms 2024–27, gemeinsam mit der FRB, durchgeführt. In seiner Stellungnahme zur Interpellation 23.3258 betonte der Bundesrat, wie wichtig es sei, rassistische und fremdenfeindliche Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt zu bekämpfen, und erwähnte Initiativen wie die Verbreitung von Informationen über den Wohnungsmarkt in mehreren Sprachen. Der Bundesrat nahm die parlamentarische Initiative 22.466 zur Bekämpfung von Diskriminierung auf dem Mietwohnungsmarkt zur Kenntnis, diese wurde jedoch im Juni 2023 vom Nationalrat abgelehnt.

102. Zudem veröffentlichte das BWO zwei weitere Studien: 2024 erstellte das Schweizerische Institut für Rechtsvergleichung im Auftrag des BWO eine Studie über das Recht auf Wohnraum für vulnerable Personen, in der unter anderem die Diskriminierung aufgrund nicht lokaler Namen auf dem Wohnungsmarkt behandelt wird. Im Januar 2025 veröffentlichte das BWO eine Studie über gemeinschaftliches Ausbauen und Wohnen, die den Grundsatz der Solidarität und des gewalt- und diskriminierungsfreien Wohnens der untersuchten Gruppen hervorhob.

5.4 Racial Profiling

Umsetzung der unter Ziff. 20b der Schlussfolgerungen gemachten Empfehlung

Der Ausschuss ersucht die Schweiz, in Absprache mit den Bevölkerungsgruppen, die am ehesten Opfer von Racial Profiling werden, einen Aktionsplan zur wirksamen Prävention und Bekämpfung von Racial Profiling auszuarbeiten, der unter anderem Massnahmen in folgenden Bereichen umfasst: (i) Verstärkung der Aus- und Weiterbildung der Polizeikräfte bei den Themen Rassismus und Racial Profiling; (ii) Überwachung der Umsetzung der operativen Massnahmen gegen Racial Profiling auf Kantons- und Bundesebene und Durchführung regelmässiger Kontrollen mit Unterstützung unabhängiger Experten mit dem Ziel, Defizite in der Politik und den internen Praktiken zu ermitteln; (iii) Einrichtung eines unabhängigen Systems für die Bearbeitung von Beschwerden betreffend Racial Profiling; (iv) Erhebung aufgeschlüsselter Daten über Racial Profiling, die regelmässig veröffentlicht und in den nächsten periodischen Bericht aufgenommen werden.

103. Die Zuständigkeit für Polizeikompetenzen liegt primär bei den Kantonen (Art. 3 und 57 BV). Auf dieser Ebene sind aktuell keine entsprechenden koordinierten Bestrebungen bekannt. Das Thema Racial Profiling wird jedoch voraussichtlich im Rahmen des in Ausarbeitung befindlichen nationalen Aktionsplans gegen Rassismus und Antisemitismus berücksichtigt.

104. Im Februar 2024 verurteilte der EGMR die Schweiz zudem im Fall *Wa Baile gegen Schweiz*⁴. Der Gerichtshof stellte sowohl eine materielle als auch verfahrensrechtliche Verletzung von Art. 14 i.V.m. Art. 8 EMRK fest (mangelnde wirksame Überprüfung der Racial-Profiling-Vorwürfe). Nach Ansicht des EGMR war die erforderliche Schwere für die Geltendmachung einer Verletzung des Rechts auf Achtung des Privatlebens überschritten, und der Beschwerdeführer konnte vorbringen, aufgrund seiner Hautfarbe diskriminiert worden zu sein. Die innerstaatlichen Instanzen hatten festgestellt, dass die Identitätskontrolle nicht objektiv gerechtfertigt war. Der EGMR ging deshalb von einer starken Vermutung aus, dass die Kontrolle diskriminierend war – eine Vermutung, die die Regierung nicht widerlegen konnte. Der Gerichtshof entschied daher, dass die Kontrolle eine materielle Verletzung von Artikel 14 in Verbindung mit Artikel 8 EMRK darstellt. Zudem stellte der EGMR fest, dass die innerstaatlichen Behörden die vom Beschwerdeführer erhobenen Vorwürfe des «Racial Profiling» nicht wirksam geprüft hatten. Darin sah er sowohl eine verfahrensrechtliche als auch eine materielle Verletzung von Art. 14 in Verbindung mit Art. 8 sowie eine Verletzung von Art. 13 EMRK. In seiner Antwort auf die Frage Schläfli (24.7281) hält der Bundesrat fest, dass die Frage des *Racial Profiling* bei Identitätskontrollen in erster Linie die Aufgaben der Polizei betrifft und die Zuständigkeit entsprechend bei den Kantonen liegt. Es sei davon auszugehen, dass das Urteil im Rahmen der bestehenden Rechtsgrundlagen umgesetzt werden kann (vgl. auch N 85 ff.)

105. Die Polizeikorps der Schweizer Kantone setzen zur Verhinderung von Racial Profiling insbesondere auf Aus- und Weiterbildungen, dienstrechtliche Weisungen sowie Beschwerdemechanismen. «Racial Profiling» und die Verhinderung davon werden unter anderem an der Interkantonalen Polizeischule Hitzkirch, an der Polizeischule Ostschweiz sowie in den Ausbildungseinrichtungen des Kantons Waadt in Fächern wie «Menschenrechte und Berufsethik» oder im Modul «Community Policing» thematisiert. Verschiedene Kantone, darunter Bern, Aargau und Zug führen regelmässige Weiterbildungen zu Themen wie interkultureller Kompetenz, Vorurteilen und diskriminierungsfreiem Handeln durch. In Bern beispielsweise absolvierte das gesamte Polizeikorps 2024 eine Weiterbildung zum Perspektivenwechsel mit Fokus auf Racial Profiling.

106. Einige Kantone haben zudem ihre dienstrechtlichen Vorschriften angepasst, um Diskriminierung im Rahmen von Personenkontrollen explizit zu verbieten, so etwa in den Kantonen Aargau und Bern. Genf hat seinen Verhaltenskodex überarbeitet und einen Ausschuss zur Überwachung dessen Einhaltung eingesetzt. Einzelne Polizeien, darunter der Kanton Waadt, Basel-Land und Zug, verfolgen Ansätze wie «fair policing» oder pflegen, wie etwa Bern und Zürich, den Austausch mit migrantischen Communities durch speziell

⁴ EGMR *Wa Baile gegen die Schweiz*, Anträge 43868/1 und 25883/21, 20. Februar 2024.

geschulte «Brückenbauer». Im Kanton Waadt wird die Frage der Einführung einer Quittung oder eines Empfangsscheins nach einer Personenkontrolle auf kantonaler und kommunaler Ebene (Lausanne) ebenfalls geprüft, nachdem entsprechende politische Vorstösse eingereicht wurden. Darüber hinaus engagiert sich die Waadtländer Polizei zusammen mit dem kantonalen Büro für die Integration von Ausländern und die Rassismusprävention (BCI) im Rahmen der Plattform für den Dialog mit ausländischen Gemeinschaften, die vom Regierungsrat in seinen Legislaturplan 2022/2027 aufgenommen wurde. Die Polizei des Kantons Neuenburg ist eine der ersten Schweizer Polizeien, die Polizistinnen und Polizisten ausländischer Nationalität in ihren Reihen zählt.

107. Beschwerden über polizeiliches Fehlverhalten können in allen Kantonen mittels Aufsichtsbeschwerde oder Strafanzeige eingereicht werden. Einige Kantone wie etwa Basel-Land, Zürich, Zug und seit Mai 2025 Schaffhausen, haben darüber hinaus unabhängige Ombudsstellen geschaffen (siehe N 81 ff). Als Pilotprojekt hat die kantonale Ombudsstelle Basel-Stadt per 1. Januar 2025 zusätzliche Ressourcen erhalten, womit auch eine verwaltungsunabhängige Prüfung von Beschwerden gegen die Kantonspolizei ermöglicht werden soll. Der Kanton Genf verfügt mit der Ombudsstelle für die unabhängige Vermittlung zwischen der Bevölkerung und der Polizei (MIPP) über eine eigenständige Beschwerdestelle mit Vermittlungsfunktion und Berichtspflicht an Polizeikommando und Regierung.

108. Eine systematische Erfassung und Evaluation von Beschwerden wegen Racial Profiling erfolgt bislang nur vereinzelt, etwa in den Kantonen Neuenburg und Genf. In vielen Kantonen liegen jedoch kaum statistische Daten vor, teilweise wird auf die geringe Anzahl formeller Beschwerden verwiesen. Dies bestätigt auch die Befragung von Polizeibehörden, welche im Rahmen des Grundlagenberichts zur Beantwortung des vorgenannten Postulats Binder-Keller 21.4137 (N 30, 69 f., 82, 98) von der FRB in Auftrag gegeben wurde. Sie zeigt, dass nur etwa die Hälfte der Polizeien Meldungen zu Racial Profiling oder rassistisch motivierter Polizeigewalt systematisch erfasst.

109. Im Jahr 2023 führte das BFS im Rahmen der Erhebung über das Zusammenleben in der Schweiz ein Umfragemodul durch, das sich mit Diskriminierung befasste. In diesem Modul wurde eine neue Frage zu den Formen der erlebten Diskriminierung gestellt, wobei die Liste der möglichen Antworten unter anderem «Racial Profiling» enthielt. Von den insgesamt 12 Prozent der Bevölkerung der Schweiz, die 2023 rassistische Diskriminierung erfahren haben, gaben 16 Prozent an, dass es sich um Racial Profiling handelte (siehe «Wie wird diskriminiert?»). Das Beratungsnetz für Rassismuskritiker wies 2024 insgesamt 61 und im Jahr 2023 39 Vorfälle von Racial Profiling aus – dies entspricht einer Zunahme von über einem Drittel.

110. Eine sorgfältige Ausbildung und eine regelmässige Sensibilisierung sind für das BAZG (vgl. N 91 ff.) die wirksamsten Mittel zur Prävention von Racial Profiling. Die für die Kontrollen zuständigen Mitarbeitenden werden in Bezug auf die Themen Rassismus und Diskriminierung im Rahmen ihrer Grundausbildung umfassend geschult. Als Weiterbildungsmaßnahme führt das BAZG im Jahr 2025 eine interne Sensibilisierungskampagne zur Auffrischung der Kenntnisse der Mitarbeitenden durch. Ein prioritäres Thema ist dabei die Prävention von Racial Profiling. Im Rahmen dieser Kampagne führt das BAZG im Verlaufe des Jahres verschiedene Aktivitäten und Massnahmen durch:

- Input-Referate mit Expertinnen und Experten von Partnerbehörden, welche über ihren Umgang und ihre Best Practices zur Prävention von Racial Profiling berichten.
- Kurse der Schweizerischen Flüchtlingshilfe zur Stärkung der transkulturellen Kompetenzen (mehrfache Durchführung).
- Publikation von internen medialen Beiträgen, um das Bewusstsein der Mitarbeitenden zu erhöhen.
- Aufbau eines internen Netzwerks von Ansprechpersonen, welche innerhalb ihrer lokalen Organisationseinheit Aufgaben rund um die Grundrechte übernehmen und das Bewusstsein fördern.

111. Im Jahr 2024 wurden insgesamt 113 Beanstandungen ans BAZG gerichtet. Davon enthielten 10 Beanstandungen mögliche Ansatzpunkte oder Vorwürfe von Racial Profiling

oder rassistischer Diskriminierung. Dies entspricht einem Anteil von 9% aller eingegangenen Beanstandungen.

Jahr	Beanstandungen Total	Vorwürfe Racial Profiling/ Rassismus	Anteil
2024	113	10	9%
2023	131	15	11%
2022	190	10	5%

Umsetzung der unter Ziff. 22 der Schlussfolgerungen gemachten Empfehlung

Unter Hinweis auf seine Allgemeine Empfehlung Nr. 36 (2020) ersucht der Ausschuss den Vertragsstaat nachdrücklich, bei der Prüfung des genannten Gesetzesentwurfs zu erwägen, ob die DNA-Analyse das Risiko der Profilerstellung, Diskriminierung und Stigmatisierung von Personen aufgrund von Rasse, Abstammung, Hautfarbe, ethnischer oder nationaler Herkunft mit sich bringt. Er empfiehlt dem Vertragsstaat auch, in allen Phasen des Gesetzgebungsverfahrens eine inklusive und sorgfältige Prüfung dieser Änderungen in Absprache mit der Zivilgesellschaft einschliesslich Angehörigen von Minderheiten zu gewährleisten. Des Weiteren empfiehlt der Ausschuss dem Vertragsstaat, einen unabhängigen Mechanismus mit der Überwachung der Umsetzung dieses Gesetzes nach seiner Verabschiedung zu betrauen, um sicherzustellen, dass es mit den Menschenrechtsverpflichtungen des Vertragsstaates in Einklang steht.

112. Der Vertragsstaat nimmt die Empfehlung des Ausschusses zu den potenziellen Risiken von Racial Profiling, Diskriminierung oder Stigmatisierung im Zusammenhang mit der Verwendung von DNA-Analysen, insbesondere in einem strafrechtlichen Kontext, mit der gebotenen Aufmerksamkeit zur Kenntnis.

113. Am 1. August 2023 trat in der Schweiz das revidierte DNA-Profil-Gesetz Kraft. Diese Änderungen ermöglichen unter strengen Bedingungen die Suche nach phänotypischen Merkmalen und Verwandtschaftsbezügen bei schweren Straftaten. Bisher wurde noch keine unabhängige Beurteilung oder umfassende Studie über die Umsetzung dieser neuen Bestimmungen durchgeführt.

5.4 Jenische, Sinti/Manouches und Roma

114. Wie in N 26 erwähnt, hat der Bundesrat im Februar 2025 von einem Rechtsgutachten Kenntnis genommen, das die historische Verfolgung der Jenischen und Sinti nach Massgabe des heutigen Völkerrechts als «Verbrechen gegen die Menschlichkeit» einstuft. Er bekräftigte in diesem Zusammenhang seine 2013 an alle Opfer fürsorglicher Zwangsmassnahmen gerichtete Entschuldigung. Im vorliegenden Kontext wurde das Bundesamt für Kultur vom Bundesrat beauftragt, ab 2025 einen strukturierten Dialog mit den betroffenen Gemeinschaften aufzunehmen. Der Dialogprozess erfolgt unter der Begleitung einer erfahrenen Mediatorin und eines erfahrenen Mediators. Am entsprechenden Arbeitsgremium beteiligen sich zahlreiche Organisationen der jenischen Gemeinschaft sowie die Fachstelle für Rassismusbekämpfung. Ziel dieses Prozesses ist es, zu klären, welche möglichen neuen Massnahmen erforderlich sein werden.

Umsetzung der unter Ziff. 24a der Schlussfolgerungen gemachten Empfehlung

Der Ausschuss empfiehlt dem Vertragsstaat, a) die Anzahl der Stand- und Durchgangsplätze für Jenische, Sinti/Manouches und reisend lebende Roma zu erhöhen, die Infrastruktur bestehender Plätze zu verbessern und deren Nutzung durch nichtschweizerische Roma zuzulassen.

115. Gemäss der Kompetenzverteilung in der Raumplanung sind die Kantone für die Schaffung und den Unterhalt von Stand- und Durchgangsplätzen zuständig. Der Bund unterstützt diese Bemühungen subsidiär, insbesondere durch die Gewährung von Finanzhilfen für die Durchführung von Projekten.

116. Um den besonderen Bedürfnissen der reisend lebenden Jenischen, Sinti/Manouches und Roma gerecht zu werden, arbeitet der Bund mit der Stiftung «Zukunft für Schweizer Fahrende» zusammen, die alle fünf Jahre eine Bestandsaufnahme der verfügbaren Plätze durchführt. Laut der letzten Bestandsaufnahme von 2021 ist derzeit nur knapp die Hälfte der benötigten Flächen verfügbar, wobei sich die Situation nach einer Zeit des Rückgangs stabilisiert hat. In den letzten drei Jahren konnten neue Plätze eröffnet werden, insbesondere in den Kantonen Schaffhausen, Bern und Waadt. Die nächste Bestandsaufnahme ist für das Jahr 2026 vorgesehen, es lässt sich jedoch bereits jetzt eine leicht positive Tendenz feststellen.

117. Die Stiftung spielt eine zentrale Rolle bei der Bereitstellung neuer Halteplätze, indem sie den Kantonen und Gemeinden technische Begleitung und direkte finanzielle Unterstützung anbietet. Ein Pilotprojekt soll zudem die Nutzung von bundeseigenen Grundstücken ermöglichen, um die Gestaltungsoptionen zu diversifizieren und das bestehende Angebot zu stärken.

118. Diese Massnahmen sind Teil einer kohärenten Politik zur Förderung der reisenden Lebensweise und zur Achtung der Rechte von schweizerischen und auch ausländischen Minderheiten mit reisender Lebensweise.

119. Die Kantone ihrerseits erkennen die Bedeutung von Stand- und Durchgangsplätzen an. Die Umsetzung erfolgt hingegen sehr unterschiedlich: Einige Kantone haben bereits funktionierende Plätze und Modernisierungen umgesetzt, andere sind noch in Konzept- oder Projektierungsphasen. Viele Massnahmen betreffen die Modernisierung bestehender Plätze (Aargau, Basel-Landschaft, Graubünden, Waadt, Wallis, Zürich) und die Schaffung neuer Standorte oder Provisorien (z. B. Bern, Schaffhausen, Waadt, Basel-Stadt, Genf, Solothurn, St. Gallen, Tessin), oft eingebettet in kantonale Richtpläne.

Umsetzung der unter Ziff. 24b der Schlussfolgerungen gemachten Empfehlung

Der Ausschuss empfiehlt der Schweiz, sicherzustellen, dass scheinbar neutrale Gesetze und politische Massnahmen keine diskriminierenden Auswirkungen auf Jenische, Sinti/Manouches und Roma haben.

120. Der Bund sorgt dafür, dass die Situation der Jenischen, Sinti/Manouches und Roma im Rahmen der geltenden Gesetze und der Politik berücksichtigt wird. Im föderalistischen System der Schweiz liegt die Zuständigkeit für die Umsetzung der öffentlichen Politik, insbesondere in den Bereichen Soziales, Bildung oder Raumplanung, grösstenteils bei den Kantonen und Gemeinden.

121. Dies schränkt das direkte Handeln des Bundes ein, der die Situation jedoch aufmerksam verfolgt, insbesondere durch den Dialog mit den verschiedenen Regierungsebenen und mit Vertreterinnen und Vertretern der betroffenen Gruppen. Er fördert gute Praktiken und unterstützt Massnahmen zur Verhinderung jeder Form von indirekter Diskriminierung.

122. In diesem Zusammenhang wird besonders darauf geachtet, wie sich neutral erscheinende Regeln auf Minderheiten mit reisender Lebensweise auswirken können. Sensibilisierung, interinstitutionelle Zusammenarbeit und die Berücksichtigung kultureller Besonderheiten spielen eine wesentliche Rolle bei der Umsetzung einer integrativen, die Vielfalt respektierenden Politik.

123. In mehreren Kantonen konzentrieren sich die Bemühungen auf Sensibilisierung, die Förderung des Zusammenlebens sowie auf interkulturelle Vermittlung. Beispiele hierfür sind Bildungsprojekte im Tessin, Fribourg oder Zürich oder partizipative Ansätze in St. Gallen. Darüber hinaus wurden in einigen Kantonen – darunter Bern, Solothurn und Zürich – Koordinations- und Beratungsstrukturen sowie Stellen für interkulturelle Vermittlung eingerichtet, wie etwa in Zürich.

124. Der Kanton Zürich führt eine gezielte Prüfung verschiedener Gesetze und Politiken hinsichtlich der Bekämpfung von Diskriminierung durch.

Umsetzung der unter Ziff. 24c der Schlussfolgerungen gemachten Empfehlung

Der Ausschuss empfiehlt der Schweiz, auf allen Verwaltungsebenen spezifische Strategien zu entwickeln und umzusetzen, die die sozioökonomischen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf diese Gemeinschaften mildern, und die Beteiligung Letzterer an der Entwicklung, Umsetzung und Überwachung dieser Strategien zu gewährleisten.

125. Während der Covid-19-Pandemie unterstützte der Bund in Zusammenarbeit mit der Stiftung «Zukunft für Schweizer Fahrende» sowie mit anderen vor Ort tätigen Organisationen die Einrichtung eines Notfalldispositivs, das auf die spezifischen sozialen und finanziellen Schwierigkeiten der reisenden Gemeinschaften ausgerichtet war.

126. Dieses Notfallangebot während der Gesundheitskrise ermöglichte eine schnelle und gezielte Unterstützung, die den konkreten Bedürfnissen der betroffenen Personen Rechnung trug. Das Angebot ist aufgrund seines praktischen Nutzens zu einer dauerhaften Dienstleistung der Stiftung geworden. Es funktioniert heute stabil weiter und gewährleistet auch nach der Pandemie eine regelmässige Unterstützung der Gemeinschaften.

127. Diese Entwicklung ist Teil des allgemeinen Bestrebens, die soziale Inklusion zu fördern und die Resilienz der reisenden (und sesshaften) Gemeinschaften gegenüber sozioökonomischen Herausforderungen in einem Geist des Dialogs und der Zusammenarbeit zu stärken.

Umsetzung der unter Ziff. 24d der Schlussfolgerungen gemachten Empfehlung

Der Ausschuss empfiehlt der Schweiz, einen wirksamen Überwachungsmechanismus für den Aktionsplan zur Verbesserung der Bedingungen für die reisende Lebensweise und zur Förderung der Kultur von Jenischen, Sinti/Manouches und Roma einzurichten und ausreichende Ressourcen für seine Umsetzung bereitzustellen sowie die Beteiligung der Jenischen, Sinti/Manouches und Roma an allen einschlägigen Entscheidungsprozessen zu gewährleisten.

128. Der 2016 verabschiedete «Aktionsplan zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die fahrende Lebensweise sowie für die Förderung der Kultur der Jenischen, Sinti und Roma» beinhaltet ein Arbeitsprogramm, das in Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen aus den betroffenen Gemeinschaften erarbeitet wurde. Das Programm wurde 2018 erstmals überprüft, wobei der Stand der umgesetzten Massnahmen und die erforderlichen Anpassungen festgehalten wurden.

129. Monitoring ist ein wichtiges Instrument, um die Steuerung und kontinuierliche Anpassung des Aktionsplans zu gewährleisten. 2026 ist wieder eine Überprüfung des Aktionsplans vorgesehen, um die Prioritäten zu aktualisieren und eine wirksame Umsetzung im Einklang mit den praktischen Bedürfnissen vor Ort zu gewährleisten.

130. Es ist davon auszugehen, dass die Strategie aufgrund dieser Evaluation überarbeitet wird und einige Elemente in den Aktionsplan gegen Rassismus und Antisemitismus der FRB aufgenommen werden.

Umsetzung der unter Ziff. 24e der Schlussfolgerungen gemachten Empfehlung

Der Ausschuss empfiehlt der Schweiz, die Gesetze, die Betteln unter Strafe stellen, zu überprüfen und gegebenenfalls zu ändern und andere geeignete Massnahmen zu ergreifen.

131. Die Mehrheit der Kantone hat ihre Gesetzgebung oder ihre Praxis entsprechend dem Entscheid des EGMR zum Grundrecht auf Betteln und zur Bekämpfung von Diskriminierung bereits angepasst.

132. In mehreren Kantonen wie Genf, Nidwalden und Basel-Stadt gilt kein allgemeines Bettelverbot oder nicht mehr. In den meisten Fällen werden heute nur noch Formen des aggressiven, aufdringlichen oder die öffentliche Ordnung störenden Bettelns bestraft, so etwa in Neuenburg, St. Gallen und Graubünden.

133. Allerdings werden die Regelungen oft auf Gemeindeebene erlassen, sodass sie kantonal nur beschränkt koordiniert werden können. Einige Kantone haben noch keine

spezifischen Anpassungen vorgenommen oder sind dabei, die Bestimmungen zu revidieren, z. B. Obwalden, Solothurn, Thurgau, und Zürich.

5.5 Situation der Nichtstaatsangehörigen, namentlich der Migrantinnen und Migranten, Asylsuchenden und Flüchtlinge

Umsetzung der unter Ziff. 26a der Schlussfolgerungen gemachten Empfehlung

Der Ausschuss empfiehlt der Schweiz, Massnahmen zur Verhütung von Gewalt gegen Personen, die in Bundesasylzentren (BAZ) untergebracht sind, zu verstärken und ihre effektive Umsetzung zu gewährleisten, wirksame und unvoreingenommene Beschwerde- und Ermittlungsmechanismen einzurichten, die für solche Taten verantwortlichen Personen zu bestrafen und den Opfern eine angemessene Entschädigung zukommen zu lassen.

134. Das SEM setzt seit dem Jahr 2024 in jeder Region Verantwortliche für Gewaltprävention und Personensicherheit ein, welche zuständig für die Sensibilisierung, Umsetzung des Gewaltpräventionskonzepts sowie regelmässige Qualitätskontrollen der Sicherheitsmitarbeitenden sind. Des Weiteren führen die vom SEM mandatierte Nationale Kommission zur Verhütung von Folter sowie NGOs regelmässige Besuche in den Bundesasylzentren BAZ durch und erstellen darüber Berichte in Form von Empfehlungen. Das Monitoringmandat wurde kürzlich für die Jahre 2025–26 verlängert. Bei Vorfällen wird das Opfer aber in jedem Fall auf die Möglichkeit einer Strafanzeige bei der Polizei hingewiesen, da die weiteren Schritte nicht mehr in der Zuständigkeit des SEM liegen.

Umsetzung der unter Ziff. 26b der Schlussfolgerungen gemachten Empfehlung

Der Ausschuss empfiehlt der Schweiz, sicherzustellen, dass das in Bundesasylzentren eingesetzte private Sicherheitspersonal keine Gewalt anwendet und wirksamer Kontrolle des Vertragsstaates unterliegt, um Fehlverhalten des privaten Sicherheitspersonals zu verhüten und zu bekämpfen und es nicht aus seiner Verantwortung für den Schutz der in seiner Obhut befindlichen Personen zu entlassen.

135. Wie bereits in der vorangehenden Empfehlung ausgeführt setzt das SEM seit dem Jahr 2024 in jeder Region Verantwortliche für Gewaltprävention und Personensicherheit ein, welche zuständig für die Sensibilisierung, Umsetzung des Gewaltpräventionskonzepts sowie regelmässige Qualitätskontrollen der Sicherheitsmitarbeitenden sind. Bei jedem Ereignis werden Konfliktpräventionsbetreuende eingesetzt, welche die Situation deeskalieren und unabhängig von der Sicherheit die Geschehnisse rapportieren. Bei unterschiedlichen Darstellungen werden situationsgerechte Massnahmen getroffen (Stellungnahmen einfordern, Befragung durchführen etc.), welche bis zum Ausschluss führen können.

Umsetzung der unter Ziff. 26c der Schlussfolgerungen gemachten Empfehlung

Der Ausschuss empfiehlt der Schweiz, sicherzustellen, dass Opfer von häuslicher Gewalt gemäss Artikel 50 des Ausländer- und Integrationsgesetzes im Hoheitsgebiet des Vertragsstaates bleiben können, ohne unverhältnismässige verfahrensrechtliche Hindernisse überwinden zu müssen, die in der Praxis dazu führen würden, dass sie keinen wirksamen Schutz geniessen.

136. Am 14. Juni 2024 hat das Parlament eine Änderung des AIG beschlossen (basierend auf der parlamentarischen Initiative 21.504; BBl 2024 1449). Diese Änderung ist am 1. Januar 2025 in Kraft getreten. Sie verbessert die ausländerrechtliche Situation von Opfern von häuslicher Gewalt, indem nun alle nach Ausländerrecht geregelten Personen einen Anspruch auf Härtefallregelung bei einer Auflösung der familiären Gemeinschaft erhalten (Art. 50 AIG). Zusätzlich wurde die Aufzählung der möglichen Hinweise auf häusliche Gewalt ergänzt und auf Gesetzesstufe (Art. 50 Abs. 2 lit. a AIG) gehoben. Bisher war dies in einer Verordnung (VZAE) geregelt. Neu wird in der Verordnung zudem festgehalten, dass bei einer Verlängerung einer Bewilligung ausdrücklich auch den negativen Folgen von häuslicher Gewalt oder Zwangsheirat angemessen Rechnung zu tragen ist. Die Schweiz hat aufgrund der neuen Gesetzgebung den Vorbehalt zur Istanbul-Konvention zu Artikel 59 zurückgezogen.

137. Die Mehrheit der Kantone wendet die überarbeiteten Bestimmungen an, wobei sie die Fälle einzeln prüfen und sich gegebenenfalls auf die Richtlinien des SEM stützen. In vielen Kantonen besteht eine institutionelle Zusammenarbeit zwischen Migrationsbehörden, Gewaltpräventionsstellen, Polizei und Fachstellen. Einige Kantone stellen auch mehrsprachiges Informationsmaterial, spezielle Schulungen und praktische Hilfsmittel (Merkblätter, Musterformulare, Leitfäden) zur Verfügung, um die Opfer bei ihrem Vorhaben zu unterstützen. Beispiele hierfür gibt es unter anderem in den Kantonen Aargau, Basel-Landschaft, Genf, Solothurn, St. Gallen oder Waadt. Allerdings sind die statistischen Daten über die Personen, die von dieser Bestimmung profitieren, begrenzt, und ein systematisches Monitoring auf nationaler Ebene fehlt noch.

Umsetzung der unter Ziff. 26d der Schlussfolgerungen gemachten Empfehlung

Der Ausschuss empfiehlt der Schweiz, das Recht auf Freizügigkeit für vorläufig aufgenommene Personen und Personen in Bundesasylzentren zu gewährleisten, indem unverhältnismässige Einschränkungen aufgehoben werden.

138. Für vorläufig aufgenommene Personen wurde der Kantonswechsel bei Erwerbstätigkeit per 1. Juni 2024 erleichtert (Art. 85b AIG). Seither können vorläufig Aufgenommene unter bestimmten Voraussetzungen den Kanton wechseln, wenn sie erwerbstätig sind (AS 2024 188).

139. Personen in BAZ haben während ihres Asylverfahrens ein Aufenthaltsrecht in der Schweiz (N-Ausweis) für die Schweiz und können sich grundsätzlich frei bewegen.

Umsetzung der unter Ziff. 26e der Schlussfolgerungen gemachten Empfehlung

Der Ausschuss empfiehlt der Schweiz, die Massnahmen zu verstärken, die den unterschiedslosen Zugang aller unbegleiteten minderjährigen Migrantinnen und Migranten zur Grundbildung gewährleisten.

140. Die obligatorische Schule liegt in der Zuständigkeit der Kantone. Dies gilt auch während des Aufenthalts in den BAZ. Einige Kantone haben beschlossen alle Minderjährigen, die sich in den BAZ aufhalten zu beschulen (Kinder/Jugendliche im Alter von 4 bis 17.9 Jahren, anstatt nur bis 15.9 Jahre).

141. In den Kantonen erfolgt die Einschulung unbegleiteter minderjähriger Asylsuchender (UMAs) entweder direkt in die Regelschule oder über spezifische Integrationsklassen mit Fokus auf Sprachförderung und Grundkompetenzen. Für über 16-Jährige stehen Übergangs- und Brückenangebote sowie Potenzialabklärungen und Integrationsvorlehren zur Verfügung, zum Teil kombiniert mit Praktika (z. B. in Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt, Bern, Glarus, Solothurn, St. Gallen, Thurgau, Wallis, Zug, Zürich). Die Angebote werden im Rahmen der KIP und individueller Anschlusslösungen umgesetzt. Einige Kantone arbeiten mit spezialisierten Partnerorganisationen und betreuten Wohnstrukturen (z. B. Appenzell Ausserrhoden, Bern) zusammen. Die schulische und berufliche Integration wird oft durch sozialpädagogische Begleitung ergänzt. In vielen Kantonen wird zudem eine Beistandsperson für UMAs eingesetzt, die auch bei der Bildungsintegration unterstützt (z. B. Glarus, Zug). In mehreren Kantonen bestehen zudem spezielle Klassen für Jugendliche mit geringen Sprachkenntnissen (u. a. Neuenburg, Genf, Schaffhausen).

142. Im November 2024 verabschiedete der Vorstand der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) als Ergänzung zu den Empfehlungen der SODK von 2016 zu unbegleiteten minderjährigen Kindern und Jugendlichen aus dem Asylbereich die «MNA Praxishilfen 2024». Ausgehend von kantonalen Lösungen betreffend die Unterbringung und Betreuung von MNA wurden konkrete Beispiele zusammengestellt, an denen sich die Kantone bei der Umsetzung eigener konkreter Massnahmen orientieren können. Die Praxishilfen, welche regelmässig aktualisiert und rege genutzt werden, sollen dazu beitragen, dass die Kantone voneinander lernen.

Umsetzung der unter Ziff. 26f der Schlussfolgerungen gemachten Empfehlung

Der Ausschuss empfiehlt der Schweiz, sicherzustellen, dass Staatsangehörige von Ländern ausserhalb der Europäischen Union ohne Unterschied aufgrund der Staatsangehörigkeit oder Herkunft Zugang zur Sozialhilfe haben.

143. In der Schweiz steht der Zugang zur Sozialhilfe grundsätzlich allen Personen mit Aufenthaltsrecht offen, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit. Artikel 62 AIG erlaubt jedoch den Entzug oder die Nichtverlängerung des Aufenthaltsrechts bei dauerhafter Sozialhilfeabhängigkeit, was insbesondere bei Nicht-EU/EFTA-Bürgerinnen und -Bürgern eine abschreckende Wirkung haben kann. Die Revision des AIG im Jahr 2019 hat diese Verbindung zwischen Sozialhilfe und Aufenthaltsstatus verstärkt, auch bei unverschuldeter Prekarität. Um dies zu ändern, nahm das Parlament die Initiative «Armut ist kein Verbrechen» an, die sicherstellen soll, dass ausländische Personen ihren Aufenthaltsstatus nicht nur deshalb verlieren, weil sie ohne eigenes Verschulden vorübergehend auf Sozialhilfe angewiesen sind. Die gesetzliche Umsetzung dieser Initiative ist in vollem Gange: Der Entwurf wurde bis März 2025 in die Vernehmlassung geschickt.

144. Einige Kantone ergreifen Massnahmen, um einen effektiven und diskriminierungsfreien Zugang zur Sozialhilfe zu gewährleisten. Im Kanton Aargau bietet eine Kontaktstelle für den Asyl- und Flüchtlingsbereich Unterstützung und Rechtshilfe an. In St. Gallen haben alle Zugang zu Sozialleistungen und haben die Möglichkeit Beschwerde einzureichen. Glarus bietet Schulungen in interkulturellen Kompetenzen für Sozialarbeitende an. Obwalden und Waadt fördern den Zugang durch Übersetzungen und Dolmetschdienste. Schaffhausen plant, die Nichtinanspruchnahme von Leistungen in sein künftiges Armutsmonitoring einzubeziehen.

Umsetzung der unter Ziff. 26g der Schlussfolgerungen gemachten Empfehlung

Der Ausschuss empfiehlt der Schweiz, vorzusehen, dass alle im Vertragsstaat staatenlos geborenen Kinder die Möglichkeit haben, bei der Geburt die Schweizer Staatsangehörigkeit zu erwerben. Der Ausschuss ermutigt den Vertragsstaat, allen anderen in der Schweiz geborenen Kindern ungeachtet ihres Aufenthaltsstatus den Zugang zum Schweizer Bürgerrecht zu erleichtern.

145. Nach Artikel 23 des Bundesgesetzes über das Bürgerrecht (BüG; SR 141.0) kann ein staatenloses Kind unabhängig von seinem Geburtsort ein Gesuch um erleichterte Einbürgerung stellen, wenn es einen Aufenthalt von insgesamt fünf Jahren in der Schweiz nachweist, wovon das Jahr unmittelbar vor der Gesuchstellung (vgl. Abs. 1). Jeder Aufenthalt in der Schweiz in Übereinstimmung mit den ausländerrechtlichen Vorschriften wird angerechnet (Abs. 2).

146. Die Anerkennung der Staatenlosigkeit ist eine Voraussetzung für die Verleihung der Schweizer Staatsbürgerschaft gemäss Artikel 23 BüG. Die gesuchstellende Person ist ein minderjähriges Kind unter 18 Jahren, dessen Staatenlosigkeit von der Schweiz oder einem Unterzeichnerstaat des Übereinkommens vom 28. September 1954 über die Rechtsstellung der Staatenlosen anerkannt wurde.

147. Artikel 23 BüG stützt sich auf Artikel 38 Absatz 3 der Bundesverfassung (BV; SR 101), der bestimmt, dass der Bund die Einbürgerung von staatenlosen Kindern erleichtern muss. Artikel 23 BüG lehnt sich an Artikel 15 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte an, wonach jede Person das Recht auf eine Staatsangehörigkeit hat. Er entspricht auch Artikel 24 Absatz 3 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte (SR 0.103.2) sowie Artikel 7 des Übereinkommens über die Rechte des Kindes (SR 0.107), wonach Kinder das Recht haben, eine Staatsangehörigkeit zu erwerben.

6. Artikel 6: Garantie wirksamer Rechtsbehelfe

148. Die in den Abschnitten 2.2 und 2.3 dargestellten Entwicklungen – darunter das gesetzliche Verbot nationalsozialistischer Symbole, die Schritte zur Reglementierung von Internetplattformen, Anpassungen im Zivilprozessrecht sowie verschiedene kantonale

Initiativen – tragen dazu bei, den Zugang zum Recht für Betroffene von Rassismus und rassistischer Diskriminierung zu verbessern. Diese Massnahmen stärken die effektiven Beschwerdemöglichkeiten und fördern eine niederschwellige rechtliche Auseinandersetzung mit Diskriminierung. Zudem geben die jüngsten Studien der EKR zu Lücken im zivilrechtlichen Diskriminierungsschutz wichtige Impulse (vgl. N 22, 45).

149. Zur fortlaufenden Verbesserung der Rechte von Betroffenen trägt überdies auch die Stärkung von spezialisierten Beratungsstellen für rassistische Vorfälle bei. Die im Rahmen der KIP geförderten Beratungsstellen für Rassismuspfer spielen eine wesentliche Rolle bei der wirksamen Umsetzung von Artikel 6 des Übereinkommens. Sie bieten einen niederschweligen, kostenlosen und vertraulichen Zugang und ermöglichen es den Betroffenen, ihre Rechte zu verstehen, die Möglichkeiten der Beschwerde einzuschätzen und bei rechtlichen oder administrativen Schritten begleitet zu werden. Die Beratungsstellen stärken die Opfer darin, ihre Rechte geltend zu machen, sie dokumentieren Diskriminierungsfälle systematisch und tragen so zur Sichtbarkeit von strukturellem Rassismus bei. Sie stellen auch eine vertrauensbasierte Schnittstelle zwischen den Betroffenen und den Institutionen dar und fördern den effektiven Zugang zur Justiz. Wie erwähnt (vgl. 21), werden die Beratungsstellen sowie das Beratungsnetz für Rassismuspfer von der FRB unterstützt.

150. Der effektive Zugang zur Justiz für Personen, die Opfer rassistischer Diskriminierung sind, ist von Kanton zu Kanton unterschiedlich. Mehrere Kantone haben unabhängige Beschwerde- oder Beratungsstellen eingerichtet oder ausgebaut. Beispielsweise gibt es in den Kantonen Basel-Landschaft, Zug und Basel-Stadt eine niederschwellige Ombudsstelle. Im Kanton Zürich werden derzeit einfachere Beschwerdeverfahren geprüft. Genf hat per 1. Januar 25 die Prozesskostenverteilung entsprechend der Zivilprozessordnung angepasst, um die Kostenvorschüsse für Personen mit geringen finanziellen Mitteln zu begrenzen, und bietet bereits eine Begleitung über das Centre Genevois de consultation pour victimes d'infractions an. Im Kanton Waadt gibt es das Détachement d'Investigations Spéciales Policières (DISPO), das auf die Untersuchung von Zwangsmassnahmen der Behörden, einschliesslich Polizeigewalt, spezialisiert ist. Diese Massnahmen tragen dazu bei, das in Artikel 6 des Übereinkommens verankerte Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf zu garantieren. Die fehlende Harmonisierung und die kantonalen Unterschiede bei den Rechtsbehelfen bleiben jedoch problematisch und können den fairen Zugang zur Justiz auf nationaler Ebene einschränken.

7. Artikel 7: Massnahmen in den Bereichen Unterricht, Erziehung, Kultur und Information

7.1 Aus- und Weiterbildung zur Bekämpfung der Rassendiskriminierung

151. Die Förderung von Chancengerechtigkeit ist ein zentrales Anliegen der Bildungspolitik. Menschenrechtsbildung und die Prävention von Diskriminierung müssen integraler Bestandteil der Lehrpläne sowie der Aus- und Weiterbildung von Lehrpersonen sein. Schulakteure sind verpflichtet, rassistische Vorfälle angemessen zu begegnen und institutionellen Rassismus zu bekämpfen. Die FRB unterstützt Projekte zur Prävention von Rassismus, so auch spezifisch im schulischen Bereich, und verwendet hierfür einen Drittel des entsprechenden Kredits: 2024 unterstützte sie 10 Projekte mit insgesamt 160'000 Franken, 2023 waren es 13 Projekte mit Total 163'000. Des Weiteren unterstützt die FRB die Stiftung éducation21 mit jährlich 100'000 Franken. Die Stiftung unterstützt im Auftrag der Kantone und des Bundes Schulen und Lehrpersonen bei der vorgesehenen Bildung für Nachhaltige Entwicklung, die auch die Rassismusprävention impliziert.

152. 2023 gab die EKR die Studie "Rassismus und Repräsentation gesellschaftlicher Diversität in Lehrmitteln" beim Zentrum Politische Bildung und Geschichtsdidaktik (Institut Forschung und Entwicklung der PH FHNW) in Auftrag. Diese Lehrmittelanalyse stellt eine zunehmende Sensibilität zu rassistischen Begriffen und zum Thema «koloniale Schweiz» fest. Die Repräsentation einer (post-)migrantischen, diversen Gesellschaft sei punktuell umgesetzt. Gleichzeitig kann grundsätzlich aber auch gesagt werden, dass Lehrmittel heute noch kaum Ansätze für eine rassismuskritische Bildung anbieten. Das liegt gemäss Analyse

unter anderem auch daran, dass das Thema «Rassismus» in den Lehrplänen nicht explizit erscheint.

153. 2025 hat die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren (EDK) ihre Erklärung von 1991 zur Prävention von Rassismus und Antisemitismus an Schulen überarbeitet. Die neue Erklärung berücksichtigt aktuelle Erkenntnisse, die Rassismus als strukturelles Phänomen verstehen, und richtet sich aktiv gegen Rassismus und Antisemitismus. Sie wird von einem Bericht mit bewährten Massnahmen für Schulen begleitet und fördert einen respektvollen und toleranten Umgang im Schulalltag.

154. Die Projekte zur Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung sind nicht explizit in den gesetzlichen Grundlagen der beruflichen Bildung erwähnt, jedoch kann das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBFI durch die Förderung von Entwicklungsprojekten nach den Artikeln 54 und 55 des Berufsbildungsgesetzes einen Beitrag leisten. Beispielsweise setzten sich die mit Unterstützung des SBFI ins Leben gerufene Projekte I Girl – I Boy – I Phone sowie like2be u.a. auch mit rassistischen Stereotypen auseinander. Mittlerweile erhalten sie Unterstützung durch andere Institutionen.

Umsetzung der unter Ziff. 28 der Schlussfolgerungen gemachten Empfehlung

Der Ausschuss empfiehlt dem Vertragsstaat, seine Bemühungen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Bedeutung der Toleranz und der Bekämpfung von Rassendiskriminierung, Vorurteilen und rassistischen Stereotypen zu verstärken und eine aktive Politik der Öffnung der Institutionen für eine multikulturelle Bevölkerung, insbesondere für Personen, die rassistischer Diskriminierung ausgesetzt sind, zu fördern. Der Ausschuss empfiehlt dem Vertragsstaat erneut, das Justizpersonal für die internationalen Verträge, die Rassendiskriminierung verbieten, zu sensibilisieren, unter anderem durch die Einführung obligatorischer Fortbildungen zu diesem Thema.

155. Im Einklang mit ihrem gesetzlichen Auftrag leistet die FRB einen zentralen Beitrag zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit für Rassismus und rassistische Diskriminierung. Zu diesem Zweck stellt sie regelmässig Informationen in unterschiedlichen Formaten bereit, darunter wissenschaftliche Studien, leicht verständliche Kurzfassungen, ein Newsletter, Podcasts, öffentliche Tagungen, Vernetzungstreffen sowie Coachingformate. Seit 2024 stellt die FRB zudem ihr Monitoring online zur Verfügung – dieses dokumentiert aktuelle Daten und Entwicklungen im Bereich Rassismus systematisch. Schliesslich unterstützt sie Sensibilisierungsprojekte von Dritten finanziell, wie etwa die Woche gegen Rassismus, die dazu beitragen, die Öffentlichkeit zu informieren und die Debatte im öffentlichen Raum zu voranzutreiben. Neben der FRB engagieren sich auch andere Bundesstellen sowie die EKR in der Sensibilisierungsarbeit, insbesondere durch themenspezifische Publikationen, Stellungnahmen und Veranstaltungen. Diese Massnahmen leisten einen Beitrag zur Förderung einer offenen und diskriminierungssensiblen Gesellschaft und unterstützen auch die Öffnung von Institutionen gegenüber einer vielfältigen Bevölkerung.

156. 2023 beschloss der Bundesrat die Schaffung eines Erinnerungsortes für die Opfer des Nationalsozialismus in Bern (vgl. N 100). Zudem unterstützte er die Einrichtung eines grenzüberschreitenden Mediationszentrums auf Initiative des Kantons St. Gallen. Im März 2025 bewilligte das Parlament dafür Mittel im Rahmen der Kulturförderung. Das Bundesamt für Kultur (BAK) hat eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen, um die Weiterentwicklung des Netzwerks zu fördern. Die Schweiz ist seit 2004 Mitglied der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA).

157. Die Bundesverwaltung als Arbeitgeberin verpflichtet sich, mit gutem Beispiel voranzugehen, indem sie das Potenzial der Angestellten auf dem Schweizer Markt voll ausschöpft und faire und diskriminierungsfreie Arbeitsbedingungen fördert. Für die Legislaturperiode 2024–2027 wurde ein auf Vielfalt ausgerichteter Aktionsplan entwickelt, der Initiativen und Ziele zur Förderung eines integrativen und vielfältigen Arbeitsumfelds festlegt. Zu den Sensibilisierungsiniciativen, die die Nichtdiskriminierung in der Bundesverwaltung fördern, gehören: ein E-Learning zum Thema Vielfalt und Integration, ein Multikulti-Kit mit einer Sammlung von Arbeitsblättern, Checklisten und anderen

Instrumenten (in Vorbereitung), verschiedene Sensibilisierungsformate mit den Schwerpunkten Multikulturalismus, Geschlechtsidentität und sexuelle Orientierung.

158. Alle Kantone leisten im Rahmen der KIP Informations- und Sensibilisierungsarbeit zu Diskriminierung und Rassismus – auch im Bildungsbereich. Darüber hinaus fördern verschiedene Kantone gezielt die Sensibilisierung für Rassismus und Diskriminierung in Schulen und Ausbildungseinrichtungen. So unterstützt Basel-Landschaft im Rahmen der kantonalen Projektförderung Präventionsprojekte wie «Speak up!». Der Kanton Tessin organisiert seit 2022 partizipative Veranstaltungen im Rahmen der Woche gegen Rassismus und bietet begleitend Schulungsangebote für Polizeibeamte an. In Zürich sind Rassismus und Antisemitismus Teil der Ausbildung an der Pädagogischen Hochschule sowie Thema in Weiterbildungen für Lehrpersonen. Graubünden verzeichnet eine steigende Nachfrage nach Bildungsangeboten gegen Rassismus und organisiert öffentliche Aktionen wie die Wanderausstellung «Wir und die Andern». Auch in Nidwalden und Aargau werden Fachstellen und Beratungsangebote mit Schulen vernetzt und weiterentwickelt.

8. Weitere Empfehlungen

8.1 Ratifizierung anderer Verträge

Umsetzung der unter Ziff. 29 der Schlussfolgerungen gemachten Empfehlung

Eingedenk der Unteilbarkeit aller Menschenrechte ermutigt der Ausschuss den Vertragsstaat, die Ratifizierung internationaler Menschenrechtsübereinkommen in Erwägung zu ziehen, denen er noch nicht beigetreten ist, insbesondere solcher, deren Bestimmungen unmittelbar für Gemeinschaften relevant sind, die rassistischer Diskriminierung ausgesetzt sein können, darunter das Internationale Übereinkommen zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen. Der Ausschuss ermutigt den Vertragsstaat auch, dem Übereinkommen zur Verminderung der Staatenlosigkeit (1961) beizutreten.

159. Übereinkommen zum Schutz der Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen: Die Schweiz beabsichtigt nicht, das Übereinkommen zum Schutz der Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen zu ratifizieren. Hingegen arbeitet sie aktiv an der Förderung der Gleichstellung und des Schutzes der Wanderarbeitnehmenden, insbesondere im Rahmen des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration, das verschiedene Massnahmen zum Schutz ausländischer Arbeitskräfte vorsieht.

160. Übereinkommen zur Verminderung der Staatenlosigkeit: Die Schweiz hat das Übereinkommen von 1954 ratifiziert, das ein Mindestmass an Grundrechten für staatenlose Personen sicherstellt; das Übereinkommen von 1961 hat sie jedoch nicht ratifiziert, das darauf abzielt, Staatenlosigkeit zu verhindern und im Laufe der Zeit zu verringern. Das Übereinkommen von 1961 verlangt, dass die Staaten in ihren Staatsangehörigkeitsgesetzen Garantien vorsehen, allerdings sieht die Bundesverfassung eine solche Kompetenz des Bundes nicht vor. Es wäre Aufgabe aller Kantone, ihre kantonalen Gesetze an die Anforderungen des Übereinkommens von 1961 anzupassen. Ein Beitritt zum Übereinkommen von 1961 ist nicht vorgesehen, da der Bundesrat der Ansicht ist, dass die Schweiz staatenlosen Personen bereits Schutz bietet.

161. Wir verweisen auf Kapitel 2.4 des ersten Teils dieses Berichts.

8.2 Folgemassnahmen zur Erklärung und zum Aktionsprogramm von Durban

Umsetzung der unter Ziff. 30 der Schlussfolgerungen gemachten Empfehlung

Auf der Grundlage seiner Allgemeinen Empfehlung Nr. 33 (2009) über Folgemassnahmen zur Durban-Überprüfungskonferenz empfiehlt der Ausschuss dem Vertragsstaat, die Erklärung und das Aktionsprogramm von Durban, die im September 2001 von der Weltkonferenz gegen Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängende Intoleranz verabschiedet wurden, unter Berücksichtigung des Abschlussdokuments der Durban-Überprüfungskonferenz, die im April 2009 in Genf stattfand, bei der Anwendung des Übereinkommens umzusetzen. Der Ausschuss ersucht den Vertragsstaat, in seinem nächsten periodischen Bericht genaue Angaben zu den Aktionsplänen und anderen Massnahmen zu machen, die er zur Umsetzung der Erklärung und des Aktionsprogramms von Durban auf nationaler Ebene beschlossen hat.

162. In Umsetzung der Erklärung und des Aktionsprogramms von Durban hat die Schweiz nationale Instrumente zur Bekämpfung von Rassismus und Rassendiskriminierung eingeführt. Eine Nationale Strategie gegen Rassismus und Antisemitismus ist in Erarbeitung, die von einem Aktionsplan auf Bundesebene begleitet wird. Zuständig für die Erarbeitung und Koordination der Umsetzung ist die FRB. Im Jahr 2023 gab die FRB eine Studie über strukturellen Rassismus in der Schweiz in Auftrag, die von der Universität Neuenburg durchgeführt wurde, um diskriminierende institutionelle Mechanismen, insbesondere in den Bereichen Arbeit, Wohnen und öffentliche Dienstleistungen, zu identifizieren. Diese Bemühungen sind Teil der Umsetzung des Übereinkommens und der Verpflichtungen, die im Anschluss an die Durban-Überprüfungskonferenz von 2009 eingegangen wurden.

8.3 Internationale Dekade der Menschen afrikanischer Abstammung

Umsetzung der unter Ziff. 31 der Schlussfolgerungen gemachten Empfehlung

Auf der Grundlage der Resolution 68/237 der Generalversammlung, mit der die Internationale Dekade der Menschen afrikanischer Abstammung für die Jahre 2015–2024 verkündet wurde, und der Resolution 69/16 zum Aktivitätenprogramm der Dekade empfiehlt der Ausschuss dem Vertragsstaat, in Zusammenarbeit mit Organisationen und Menschen afrikanischer Abstammung ein geeignetes Programm von Massnahmen und politischen Strategien zu entwickeln und umzusetzen. Der Ausschuss ersucht den Vertragsstaat, in seinem nächsten Bericht genaue Angaben zu den konkreten Massnahmen zu machen, die er diesbezüglich unter Beachtung der Allgemeinen Empfehlung Nr. 34 (2011) über die rassistisch motivierte Diskriminierung von Menschen afrikanischer Abstammung getroffen hat.

163. Im Dezember 2024 hat die Schweiz die zweite Internationale Dekade der Menschen afrikanischer Abstammung (2015–2024) durch Co-Sponsoring offiziell unterstützt. Weiter wird sich die FRB auch im Rahmen des zu erarbeitenden Aktionsplans gegen Rassismus und Antisemitismus vertieft mit Anti-Schwarzem Rassismus befassen und entsprechende Massnahmen umfassend diskutieren. Die Dekade hat zudem zur Förderung antirassistischer Projekte der Zivilgesellschaft und zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit beigetragen. Die Schweiz begrüsst die Fortsetzung und Unterstützung der Dekade als wichtigen Beitrag zur Bekämpfung von Diskriminierung gegenüber Menschen afrikanischer Abstammung.

164. Im Rahmen der Erfüllung der Motion 23.4335 «Für eine Strategie und einen Aktionsplan gegen Rassismus und Antisemitismus» hat die Fachstelle für Rassismus die Aktualisierung der Evaluation der Massnahmen gegen Antisemitismus von Bund, Kantonen und Gemeinden in Auftrag gegeben und im August 2025 publiziert. Diese Evaluation wurde gleichzeitig erweitert und umfasst nun auch weitere Formen von Rassismus, darunter insbesondere antischwarzen Rassismus.

8.4 Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft

Umsetzung der unter Ziff. 32 der Schlussfolgerungen gemachten Empfehlung

Der Ausschuss empfiehlt dem Vertragsstaat, Organisationen der Zivilgesellschaft, die im Bereich des Menschenrechtsschutzes und insbesondere der Rassismusbekämpfung tätig sind, auch weiterhin und stärker in die seines nächsten periodischen Berichts und die Umsetzung der vorliegenden Schlussbemerkungen einzubeziehen.

165. Im Vorfeld der Erstellung dieses Berichts lud die FRB Organisationen, die im Kampf gegen rassistische Diskriminierung tätig sind, zu einem schriftlichen Hearing ein. Ziel war es, deren Einschätzungen zu den CERD-Empfehlungen und deren Umsetzung einzuholen. Die Rückmeldungen wurden sowohl als ergänzende Informationen im Bericht berücksichtigt als auch als kritische Stellungnahmen im Anhang aufgenommen. Die themenspezifischen Antworten der beteiligten NGOs wurden direkt in die jeweiligen Kapitel des Berichts integriert (vgl. Anhang I).

166. Überdies führte die FRB bis Ende Januar 2025 ein Stakeholder-Hearing in Form einer Umfrage bei Behörden, Zivilgesellschaft und Wissenschaft durch. Dieses Hearing war der erste Schritt zur Einbeziehung relevanter Akteurinnen und Akteure in die Erarbeitung der im Juni 2024 vom Parlament beschlossenen Strategie und des Aktionsplans gegen Rassismus und Antisemitismus. Ziel war es, aktuelle Herausforderungen und Bedürfnisse im Kampf gegen Rassismus und Antisemitismus in der Schweiz zu erfassen sowie den Handlungsbedarf zu identifizieren. Zudem konnten die Teilnehmenden zu den von der FRB vorgeschlagenen Handlungsfeldern Stellung nehmen. Die FRB hat die Rückmeldungen gesammelt und ausgewertet und an der Tagung am 26. August 2025 vorgestellt und für die breite Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

8.5 Verbreitung

Umsetzung der unter Ziff. 33 der Schlussfolgerungen gemachten Empfehlung

Der Ausschuss empfiehlt dem Vertragsstaat, seine Berichte zeitgleich mit ihrer Vorlage der Öffentlichkeit zugänglich zu machen und die Schlussbemerkungen des Ausschusses zu diesen Berichten an alle für die Umsetzung des Übereinkommens zuständigen staatlichen Stellen einschliesslich der Kantone und Gemeinden zu verteilen und sie auf der Website des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten in den Amtssprachen und gegebenenfalls anderen gebräuchlichen Sprachen zu veröffentlichen.

167. Die Staatenberichte sowie die Abschliessenden Bemerkungen des CERD werden nach ihrer Verabschiedung öffentlich zugänglich gemacht, unter anderem auf der Website der FRB und des EDA. Die Kantone wurden mit Schreiben vom 22. April 2022 über die Empfehlungen des CERD informiert. Weitere Stellen auf Bundesebene erhielten die Informationen via Infomail und über bestehende interdepartementale Gremien, die sich mit der Umsetzung der Konvention befassen. Die zuständigen Stellen auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene werden zudem im Rahmen der Erstellung des Staatenberichts konsultiert und eingeladen, darzulegen, wie sie die sie betreffenden Empfehlungen des Ausschusses umsetzen. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass die relevanten Akteure auf allen staatlichen Ebenen über den Berichtsprozess informiert sind und aktiv in dessen Umsetzung einbezogen werden.

8.6 Gemeinsames Grundlagendokument

Umsetzung der unter Ziff. 34 der Schlussfolgerungen gemachten Empfehlung

Der Ausschuss ersucht den Vertragsstaat, sein Grundlagendokument aus dem Jahr 2017 entsprechend den an der fünften gemeinsamen Tagung der Ausschüsse der Menschenrechtsvertragsorgane im Juni 2006 (HRI/GEN.2/Rev.6, Kap. I) beschlossenen harmonisierten Leitlinien für die Berichterstattung gemäss den internationalen Menschenrechtsverträgen, insbesondere den Leitlinien für ein gemeinsames Grundlagendokument, zu aktualisieren. Auf der Grundlage der Resolution 68/268 der Generalversammlung fordert der Ausschuss den Vertragsstaat nachdrücklich auf, die für dieses Dokument festgelegte Obergrenze von 42 400 Wörtern einzuhalten.

168. Das gemeinsame Grundlagendokument wurde am 13. Dezember 2022 aktualisiert.



Anhang I: Schriftliches Hearing in Vorbereitung des kombinierten 13.-16. Berichts der Schweiz an den UNO-Ausschuss zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung (CERD)

<p>Recommandation 6) Le Comité réitère sa recommandation à l'État partie : a) D'incorporer dans sa législation une définition claire et complète de la discrimination raciale directe et indirecte, qui couvre tous les domaines de la vie privée et publique, et soit pleinement conforme à l'article premier de la Convention ;</p> <p>Recommendation 6) The Committee reiterates its recommendation that the State party should a) Adopt a clear and comprehensive definition of racial discrimination, including direct and indirect discrimination, covering all areas of private and public life that is fully in accordance with article 1 of the Convention;</p>	<p>La CICAD soutient fermement l'introduction dans le droit suisse d'une définition claire et exhaustive de la discrimination raciale, directe comme indirecte, conforme à l'article premier de la Convention. Une telle définition permettrait de sécuriser juridiquement les victimes et de renforcer la lisibilité du droit pour les praticiens. De même, l'élargissement explicite du Code pénal aux circonstances aggravantes liées à des motivations racistes constitue une nécessité stratégique pour la cohérence du dispositif répressif. (CICAD)</p> <p>Le Code pénal dans son article adresse le racisme de façon générale, ce qui est une bonne chose. Aujourd'hui, les différentes formes de racisme évoluent et la législation n'aide pas les juges à statuer clairement sur les cas. Il faut nécessairement étoffer le code pénal et la charge de la preuve doit être imputée plutôt à l'accusé. (Anonyme)</p> <p>I hope these recommendations come with a definition of indirect discrimination; otherwise, the concept is difficult to grasp. (Anonymous)</p> <p>Further to the recommendation, racism is not only a legal and social violation but a major barrier to peace that corrupts the victim, the perpetrator and the moral framework of society. Recognition of the oneness of humankind is the spiritual and moral foundation that must accompany legal measures for racism to be eradicated and for society to prosper.</p> <p>"Racism, one of the most baneful and persistent evils, is a major barrier to peace. Its practice perpetrates too outrageous a violation of the dignity of human beings to be countenanced under any pretext. Racism retards the unfoldment of the boundless potentialities of its victims, corrupts its perpetrators, and blights human progress. Recognition of the oneness of mankind, implemented by appropriate legal measures, must be universally upheld if this problem is to be overcome." (Message of The Universal House of Justice to the Peoples of the World, October 1985.)</p> <p>"Racial and ethnic prejudices have been subjected to equally summary treatment by historical processes that have little patience left for such pretensions. Here, rejection of the past has been especially decisive. Racism is now tainted by its association with the</p>
--	--

	<p>horrors of the twentieth century to the degree that it has taken on something of the character of a spiritual disease. While surviving as a social attitude in many parts of the world—and as a blight on the lives of a significant segment of humankind—racial prejudice has become so universally condemned in principle that no body of people can any longer safely allow themselves to be identified with it." (Message of The Universal House of Justice to the World's Religious Leaders, April 2002.)</p> <p>Moreover, a decisive cultural rejection of racism must complement the Convention's legal framework. This means explicitly including systemic and institutional forms of racism (e.g., in housing, employment, policing, education), not just individual acts, in this definition.</p> <p>"Racism is a profound deviation from the standard of true morality. It deprives a portion of humanity of the opportunity to cultivate and express the full range of their capability and to live a meaningful and flourishing life, while blighting the progress of the rest of humankind. It cannot be rooted out by contest and conflict. It must be supplanted by the establishment of just relationships among individuals, communities, and institutions of society that will uplift all and will not designate anyone as "other". The change required is not merely social and economic, but above all moral and spiritual." (Message of The Universal House of Justice, 22 July 2020.)</p> <p>In summation, legal condemnation is necessary, but collective moral consciousness is equally vital to attain social progress and the full development of a society that is unified and enriched in its diversity. (Anonymous)</p> <p>-</p> <p>The NGO Platform Human Rights Switzerland supports this recommendation, as the current legislation is patchy and does not provide adequate protection against racial discrimination. It calls for comprehensive anti-discrimination legislation that establishes clear definitions of discrimination and includes various forms such as direct and indirect discrimination. (NGO Platform Human Rights Switzerland)</p>
<p>Recommandation 6b) D'adopter une disposition à caractère général dans le droit civil et administratif interdisant la discrimination raciale directe et indirecte dans tous les domaines de la vie privée et publique, d'offrir des recours utiles et accessibles aux victimes de cette discrimination, y compris dans les domaines de l'éducation, de l'emploi et du logement, et de veiller à ce qu'elles puissent obtenir satisfaction ou réparation pour tout préjudice qu'elles pourraient subir ;</p>	<p>La CICAD considère qu'en l'état actuel, le droit suisse souffre d'un manque de lisibilité, d'un morcellement normatif et d'une absence de portée transversale en matière de lutte contre la discrimination raciale, en particulier dans le droit civil et administratif.</p> <p>Nous soutenons avec force la recommandation visant à adopter une disposition générale d'interdiction de la discrimination raciale directe et indirecte, applicable à l'ensemble des domaines de la vie privée et publique. Une telle norme permettrait :</p>

Recommendation 6b) Introduce an overarching provision in its civil and administrative legal order prohibiting both direct and indirect racial discrimination in all areas of private and public life; provide useful, accessible remedies to victims of such discrimination, including in the areas of education, employment and housing; and ensure that those victims are able to obtain satisfaction or redress for all instances of prejudice against them;

- de clarifier le socle juridique applicable aux victimes de discriminations dans des domaines non ou peu couverts actuellement (logement, accès aux biens et services, interactions administratives, etc.) ;
- de combler les vides juridiques identifiés, notamment dans le domaine locatif, de l'assurance maladie, de l'accès à certains dispositifs sociaux ou d'assurance ;
- d'imposer aux institutions publiques et privées une obligation positive de prévention et de non-discrimination, conformément à l'approche fondée sur les droits humains.

Par ailleurs, l'accès effectif aux recours doit être garanti. Aujourd'hui, les victimes sont confrontées à des obstacles structurels majeurs :

- méconnaissance de leurs droits,
- coûts élevés des procédures,
- peur des représailles ou du stigmatisme social,
- charge de la preuve difficilement supportable.

La CICAD recommande que le droit suisse intègre, sur le modèle d'autres pays européens :

- un renversement ou un allègement de la charge de la preuve en matière civile et administrative ;
- la possibilité de recours individuels et collectifs, y compris par les ONG spécialisées dotées d'une légitimation active ;
- des mesures de soutien juridique gratuit et un accompagnement psychosocial des plaignants.

Enfin, il est crucial que cette disposition soit adoptée en concertation avec la société civile spécialisée, dont les compétences et l'expérience pratique doivent nourrir la construction d'un cadre juridique réellement opérationnel. (CICAD)

-
Cette recommandation nous paraît capitale dans le cadre spécifique de la lutte contre le racisme dans le domaine de la vie privée telles que le logement, les soins de santé, l'emploi et l'éducation. Les nouvelles dispositions devraient non seulement spécifier ces différents domaines, mais aussi soutenir le privé dans des programmes de prévention tels que la diversité au logement, à l'emploi, dans le domaine de la santé et autres. (Anonyme)

-
I would also include the areas of justice and health system. (Anonymous)

-
When an act is recognized as racial discrimination, justice requires that it be addressed with appropriate consequences. Such action is not only a matter of legal redress but

	<p>also a statement of principle: that Swiss society will not accommodate prejudice in any form. By ensuring accountability, the State affirms that racism is incompatible with the values of dignity and equality, and helps to nurture a culture rooted in the oneness of humankind. In this way, legal measures become more than deterrents—they serve as instruments of cultural transformation, reinforcing that racism has no place in Switzerland’s collective life. (Anonymous)</p> <p>-</p> <p>Under current law, access to effective legal protection in many areas is associated with significant hurdles – namely economic, psychological and procedural ones. As a result, it is often impossible for those affected to assert their rights. These obstacles include cost risks, sometimes inadequate rules of evidence, insufficient independence of investigations, very lengthy proceedings, the risk of exposure and the associated risk of further violations of rights or disadvantages in everyday life. (NGO Platform Human Rights Switzerland)</p>
<p>Recommandation 6c) D’inclure dans l’article 47 du Code pénal une disposition stipulant expressément que la commission d’une infraction avec une motivation raciste constitue une circonstance aggravante, afin de renforcer la clarté et l’applicabilité du cadre législatif en la matière.</p> <p>Recommendation 6c) Include a provision in article 47 of the Criminal Code that explicitly states that a racist motive for the commission of an offence constitutes an aggravating circumstance in order to enhance the clarity and strengthen the applicability of the legal framework concerning that matter.</p>	<p>L’introduction explicite de cette circonstance aggravante dans l’article 47 du Code pénal constituerait une avancée législative symbolique et pratique. Elle permettrait :</p> <ul style="list-style-type: none"> • de renforcer la cohérence du dispositif répressif, en complément de l’article 261bis CP ; • de donner une reconnaissance légale claire à la spécificité des infractions motivées par la haine raciale ; • d’envoyer un signal fort de tolérance zéro envers les actes motivés par le racisme, l’antisémitisme ou la xénophobie. <p>Proposition :</p> <p>La CICAD recommande que le texte légal soit amendé comme suit : « Le juge tient compte notamment [...] du mobile de l’infraction. Constitue en particulier une circonstance aggravante le fait que l’infraction ait été commise en raison de la race, de l’ethnie, de la religion, de l’ascendance ou de l’origine nationale de la victime. »</p> <p>Cette rédaction s’inspire de dispositifs déjà en vigueur dans plusieurs États européens et serait pleinement compatible avec les standards internationaux en matière de droits humains. (CICAD)</p> <p>-</p> <p>Cette disposition devient une nécessité dans la mesure où une infraction sans motivation raciste est justement aggravée quand une motivation raciste s’accompagne de motivation raciste.</p> <p>Mais au-delà, une Commission indépendante de conciliation en cas d’actes racistes devrait être instituée par l’Etat et chercher en amont une médiation et renforcer ainsi le vivre ensemble. De nos expériences, les victimes cherchent souvent la reconnaissance</p>

	<p>et la demande de pardon plutôt que la punition et la réparation matérielle ou financière. (Anonyme)</p> <p>-</p> <p>A coherent legal framework for protection against racial discrimination must necessarily include provisions that adequately sanction racially motivated crimes. This has not yet been adequately clarified under current legislation. (NGO Platform Human Rights Switzerland)</p>
<p>Recommandation 8) Rappelant la recommandation incluse dans ses précédentes observations finales, le Comité encourage l'État partie à retirer ses réserves au paragraphe 1 a) de l'article 2 et à l'article 4 de la Convention.</p> <p>Recommendation 8) Recalling the recommendation included in its preceding concluding observations, the Committee encourages the State party to withdraw its reservations to article 2 (1) (a) and article 4 of the Convention.</p>	<p>Nous appelons à un retrait progressif et maîtrisé des réserves de la Suisse aux articles 2(1a) et 4 de la Convention, en cohérence avec les engagements internationaux. Ce retrait serait un signal fort, sans pour autant affaiblir les garanties constitutionnelles existantes. (CICAD)</p>
<p>Recommandation 10) Le Comité recommande à l'État partie d'adopter les mesures nécessaires, en consultation avec la société civile et les autres parties prenantes, pour rendre l'Institution nationale des droits de l'homme pleinement conforme aux Principes concernant le statut des institutions nationales pour la promotion et la protection des droits de l'homme (Principes de Paris). Il lui recommande également de confier à cette institution le mandat de recevoir et de traiter les plaintes individuelles, y compris les cas de discrimination raciale, et de lui allouer les ressources humaines et financières suffisantes pour lui permettre de s'acquitter de ses mandats.</p> <p>Recommendation 10) The Committee recommends that the State party take the necessary steps, in consultation with civil society and other stakeholders, to bring the national human rights institution fully into conformity with the principles relating to the status of national institutions for the promotion and protection of human rights (the Paris Principles). It also recommends that the State party issue a mandate for this institution to receive and deal with individual complaints, including complaints regarding racial discrimination, and allocate sufficient human and financial resources to it so that it may fulfil its mandates.</p>	<p>La CICAD appuie la nécessité de renforcer l'indépendance, la compétence et les moyens de l'INDH. Elle doit impérativement être dotée d'un mandat clair pour recevoir, traiter et suivre les plaintes, notamment en matière de racisme et d'antisémitisme. (CICAD)</p> <p>-</p> <p>Cette recommandation nous paraît adaptée dans la mesure où de nos expériences, certains victimes ont peur de se tourner vers les institutions étatiques quand ils sont confrontés à des actes racistes. l'institution nationale doit néanmoins comporter la diversité quand il s'agit de sa composition (représentants de l'Etat, de la société civile, juristes indépendants et neutres.) (Anonyme)</p> <p>-</p> <p>We acknowledge Switzerland's establishment of the Swiss Human Rights Institution (SMRI) as a National Human Rights Institution, marking a significant structural advancement. However, the recommendation to empower the SMRI with a mandate to receive and address individual complaints, particularly those concerning racial discrimination, remains unimplemented.</p> <p>Key institutions such as the Federal Commission against Racism and the NGO humanrights.ch, along with its associated counselling networks, continue to operate under persistent financial constraints. These limitations hinder their capacity to provide comprehensive support for individual complaints.</p> <p>Currently, there is no overarching institution in Switzerland with an accessible legal mandate or expertise in discrimination matters. Obtaining subsidised legal representation for addressing racial discrimination is exceedingly challenging, resulting in a significant underrepresentation of such cases in the judicial system. (HEKS Eastern Switzerland)</p>

	<p>-</p> <p>In addition to receiving and addressing individual complaints, the mandated institution should be empowered to assess whether cases reveal patterns of institutional or systemic racism. Such an approach ensures that justice goes beyond the individual level to uncover and address structural barriers that may perpetuate inequality. By identifying and remedying these deeper causes, Switzerland would not only provide more effective protection to victims but also reinforce its commitment to social cohesion and the cultivation of a society in which diversity is valued and the equal dignity of all people is upheld. (Anonymous)</p> <p>-</p> <p>With its current budget of Franken 1 million, it is practically impossible for the Swiss Human Rights Institution to fulfil its broad mandate and comply with the Paris Principles. According to the current law, the institution has no mandate to accept and deal with individual complaints and fulfilling the function of an ombudsperson. We consider that a higher amount would be required to fulfill the legal mandate independently. (NGO Platform Human Rights Switzerland)</p>
--	--

<p>Recommandation 12) Le Comité réitère sa recommandation à l'État partie de doter la Commission fédérale contre le racisme de ressources financières et humaines appropriées pour lui permettre de lutter efficacement et en toute indépendance contre la discrimination raciale, sans préjudice des mesures nécessaires et des ressources adéquates à octroyer à l'Institution nationale des droits de l'homme. Le Comité recommande aussi à l'État partie de veiller à ce que la Commission fédérale contre le racisme et la nouvelle Institution nationale des droits de l'homme collaborent efficacement sur les questions relatives à la discrimination raciale et se renforcent mutuellement.</p> <p>Recommendation 12) The Committee reiterates its recommendation that the State party assign appropriate financial and human resources to the Federal Commission against Racism to enable it to combat racial discrimination effectively on a fully independent basis, without detracting from the adoption of the necessary measures in respect of the national human rights institution or the allocation of adequate resources to that institution. The Committee also recommends that the State party ensure that the Federal Commission against Racism and the new national human rights institution work together effectively on issues relating to racial discrimination and reinforce each other's efforts.</p>	<p>(Sans commentaire / No comment)</p>
<p>Recommandation 14) Le Comité recommande à l'État partie de prendre des mesures pour garantir la pérennité des ressources financières et humaines pour le développement et le maintien des centres de conseil juridique pour les victimes du racisme dans tous les cantons.</p> <p>Recommendation 14) The Committee recommends that the State party take steps to guarantee a sustained flow of financial and human resources for the operation and maintenance of legal advisory centres for victims of racism in all the country's cantons.</p>	<p>C'est essentiel afin de garantir les différents dispositifs contre le racisme. (Anonyme)</p> <p>-</p> <p>Le rôle des centres de conseil juridique spécialisés est essentiel à l'accès aux droits. Nous recommandons leur pérennisation à l'échelle de tous les cantons, avec des moyens stables, et une approche de proximité, ancrée dans les réalités locales.</p> <p>La CICAD soutient pleinement la recommandation visant à garantir la pérennité des centres de conseil juridique pour les victimes du racisme sur l'ensemble du territoire suisse, en soulignant que cette mission ne peut être durablement assumée sans soutien structurel de l'État. (CICAD)</p> <p>-</p>

Nous pensons que l'Etat est en train de gérer les centres de conseil juridique via les Services d'intégration cantonaux. Nous pensons que ces services doivent plutôt être gérées par les organisations non gouvernementales et les associations de migrants pour un regard autre que celui étatique. (Anonyme)

The Swiss Confederation mandates that cantons provide support structures for matters related to racial discrimination, and all cantons comply with this obligation by establishing advisory centres. However, there is no standardized model for these centres, leading to significant variation across cantons in terms of funding and mandates.

As HEKS' advisory centre against racism and discrimination in eastern Switzerland, we find the following points important:

Funding: Some cantons allocate very limited financial resources to these activities, severely restricting their scope. Eastern Switzerland, where HEKS holds the mandate, is one of the better-funded regions, with a comparatively strong mandate and close collaboration with the cantons in their strategic work. Thanks to political commitment and support in our cantons (SG, AR, AI, TG, GL), we can provide broader coverage, such as offering consultations in multiple locations.

Mandate: Due to the lack of standardization, advisory centres operate very differently. In some cantons, the activities of the advisory centre are attached to a political institution, potentially impacting their neutrality. To our knowledge, none has the mandate to provide legal representation. While legal advice is commonly offered, the services often focus more on interpersonal solutions and dialogue—a method that is not necessarily negative.

Observation: A strong support structure exists, operating under the instruction of the Confederation and within the framework of the Counselling Network for Victims of Racism (Beratungsnetz für Rassismusopfer). However, the absence of a standardized model leaves some cantons underfunded and with very limited mandates, making the advisory centres vulnerable to local political contexts. In general, advisory centres should be regarded more as a resource for decision-makers rather than as an "adversary." (HEKS Eastern Switzerland)

While anti-discrimination advice centres offer post-asylum protections in most cantons (Centres de conseil), persons in the asylum process are not systematically provided with information about these services or their availability. It is thus not only urgent that Switzerland fulfill the Committee's recommendation and ensure that advice centres are finally available in all cantons, but also that the flow of information to asylum seekers is enhanced and standardised. Moreover, the absence of advice centres in some cantons impacts asylum seekers disproportionately; asylum seekers are often accommodated in remote asylum centres, are often restricted to moving in only a certain region or canton, and have limited financial means for public transport. These

	<p>obstacles severely complicate asylum seekers' access to advice centres in other cantons.</p> <p>While Article 102f-102k of the Swiss Asylum Act stipulates the general right to free legal representation, AsyLex is concerned with the obstacles to accessing legal avenues for asylum seekers when faced with discrimination, as racial profiling, hate speech or other forms of ill-treatment by authorities – such as violence by the police or security staff – are excluded from the mandate of state-paid legal representation. This concern is shared by the Committee Against Torture, which urged Switzerland to ensure that “representation is also provided for the purpose of taking legal action following such serious yet frequent occurrences as the use of violence against (asylum seekers) by officials, domestic violence and racial profiling” (UN Committee Against Torture, CAT/C/CHE/CO/8, 11 December 2023, Para. 23-24).</p> <p>The lack of accessible information regarding advisory services for victims of racism in combination with the problematic limitations of state-paid legal aid for asylum seekers effectively leaves asylum seekers unprotected when seeking justice upon incidents of racial discrimination. (AsyLex)</p> <p>-</p> <p>People affected by human rights violations throughout Switzerland do not have access to the necessary counseling, support, and legal services that would guarantee effective legal protection regardless of assets and income. (NGO Platform Human Rights Switzerland)</p>
<p>Recommandation 16) Rappelant ses recommandations générales no 7 (1985), no 8 (1990), no 15 (1993), no 30 (2004), no 31 (2005) et no 35 (2013), le Comité recommande à l'État partie : a) De prendre des mesures pour prévenir, condamner et combattre les discours de haine raciale tenus à l'égard des groupes les plus exposés à la discrimination raciale, y compris sur Internet et les médias sociaux, et de la part de personnalités publiques et de responsables politiques, et de veiller à ce que tous les cas signalés de discours de haine raciale fassent l'objet d'enquêtes efficaces et, le cas échéant, de poursuites et de sanctions ;</p> <p>Recommendation 16) Recalling its general recommendations No. 7 (1985), No. 8 (1990), No. 15 (1993), No. 30 (2004), No. 31 (2005) and No. 35 (2013), the Committee recommends that the State party: a) Take steps to prevent, condemn and combat racial hate speech directed at the groups that are the most at risk of racial discrimination, including such speech when it is conveyed over the Internet and social media and used by public figures and persons in political posts, and</p>	<p>C'est impératif. Actuellement le racisme dans les réseaux et internet nous préoccupe énormément. Nous voyons comment la situation devient critique, surtout chez les jeunes. (Anonyme)</p> <p>-</p> <p>La CICAD constate une hausse alarmante des discours de haine à caractère antisémite, en particulier sur les réseaux sociaux, dans certaines sphères politiques, et même dans le champ académique et culturel. Ce phénomène est de plus en plus banalisé, structuré et transnationalisé, notamment autour des théories complotistes et des récits de haine liés à Israël et au peuple juif.</p> <p>Nous appelons les autorités suisses à :</p> <ul style="list-style-type: none"> • renforcer le cadre pénal existant (notamment l'article 261bis CP) par une jurisprudence plus ferme et cohérente ; • appliquer systématiquement les poursuites lorsque les discours sont publics, y compris lorsqu'ils émanent de personnalités publiques ou politiques, sans hésitation liée à leur statut ;

<p>ensure that all reported cases of racial hate speech are investigated effectively and, if so warranted, are prosecuted and that the perpetrators are punished;</p>	<p>former les magistrats et policiers à la reconnaissance des ressorts spécifiques de la haine raciale, notamment de l'antisémitisme contemporain (négationnisme, antisionisme radical, amalgames, symboles codés, etc.). (CICAD)</p> <p>-</p> <p>Oui. Le racisme en ligne est en train de monter en puissance avec le développement des réseaux sociaux et a un impact direct sur le vivre ensemble. Par ailleurs, les personnalités publiques et politiques sont les référents du peuple et aujourd'hui il est observé une sorte de mode de discours racistes portés par les politiciens. Ici des mesures fortes doivent être prises contre ces discours surtout des personnalités publiques et politiques qui vont jusqu'à l'exclusion de certains postes publiques et politiques.</p> <p>La charte des partis politiques devrait être améliorée pour tenir compte de ces discours. (Anonyme)</p> <p>-</p> <p>In addition to 'political posts' it could be beneficial to specify 'political campaigning' and 'campaign posters' in its general use. Complement legal action against hate speech with public education and awareness campaigns that cultivate moral responsibility, empathy, and recognition of the oneness of humanity. This could include encouraging proactive programs to foster inclusivity, mutual respect, and dialogue in schools, media, and communities, alongside legal enforcement. (Anonymous)</p>
<p>Recommandation 16b) D'intensifier ses efforts pour enrayer la prolifération des discours de haine raciale sur Internet et les médias sociaux, en étroite coopération avec les fournisseurs d'accès à Internet, les plateformes de réseaux sociaux et les populations les plus concernées par les discours de haine raciale ;</p> <p>Recommendation 16b) Step up its efforts to stop the spread of racial hate speech over the Internet and social media in close cooperation with Internet service providers, social media platforms and the population groups that are the main targets of racial hate speech;</p>	<p>C'est impératif. Actuellement le racisme dans les réseaux et internet nous préoccupe énormément. Nous voyons comment la situation devient critique, surtout chez les jeunes. (Anonyme)</p> <p>-</p> <p>La CICAD plaide depuis plusieurs années pour un cadre réglementaire contraignant vis-à-vis des plateformes opérant en Suisse. L'autorégulation s'avère insuffisante.</p> <p>Nous recommandons :</p> <ul style="list-style-type: none"> • la mise en place d'un dispositif légal clair obligeant les plateformes à retirer dans un délai court les contenus manifestement haineux signalés par des entités reconnues ; • la création d'un pôle national de coordination et de signalement, regroupant acteurs publics et organisations spécialisées comme la CICAD, à l'image du dispositif français Pharos ou du projet allemand NetzDG ; • la production d'un rapport public annuel par les autorités, en coopération avec les ONG, sur l'état des discours de haine en ligne. <p>La CICAD est prête à jouer un rôle actif dans une telle structure, forte de son expérience dans la veille et le traitement des contenus antisémites en ligne. (CICAD)</p> <p>-</p>

	<p>Pour lutter contre le racisme en ligne, il faut des actions transversales et les fournisseurs doivent être en premier tenus de ce que leur plateforme fournit à la société en matière de vivre ensemble. (Anonyme)</p>
<p>Recommandation 16c) De mener des campagnes de sensibilisation de la population visant, d'une part, à faire disparaître les préjugés et la désinformation concernant les Yéniches, les Sintis/Manouches, les Roms, les non-ressortissants, ainsi que les personnes d'ascendance africaine, musulmanes, juives et d'origine asiatique, et, d'autre part, à promouvoir le respect de la diversité et l'élimination de la discrimination raciale ;</p> <p>Recommendation 16c) Conduct public sensitization campaigns with a view both to putting an end to prejudice and disinformation concerning the Yenish, Sinti/Manush, Roma, non-citizens, persons of African descent, Muslims, Jews and persons of Asian origin and to promoting respect for diversity and the elimination of racial discrimination;</p>	<p>Les actions de prévention sont trop fragmentées, insuffisamment ciblées et peu visibles à l'échelle nationale.</p> <p>La CICAD recommande :</p> <ul style="list-style-type: none"> • le lancement de campagnes institutionnelles coordonnées dans toutes les langues nationales, incluant des messages contre l'antisémitisme, l'antitsiganisme, le racisme anti-musulman, l'afrophobie et le racisme anti-asiatique, sans les hiérarchiser mais en les contextualisant ; • l'intégration systématique des organisations représentatives dans la conception, la diffusion et l'évaluation de ces campagnes ; • le développement de programmes éducatifs à l'école, incluant une histoire critique des discriminations raciales en Suisse, et une connaissance plus fine des minorités concernées. <p>La CICAD rappelle que la lutte contre les préjugés ne peut se faire sans connaissance fine des faits, pédagogie active et participation directe des communautés concernées. (CICAD)</p> <p>-</p> <p>La Suisse fait énormément dans ce domaine et les campagnes doivent être accentuées et les moyens matériels et financiers alloués aux organisations des migrants. (Anonyme)</p> <p>-</p> <p>The recommendation to conduct public sensitization campaigns is fundamentally reasonable, but it can easily remain ineffective, superficial or symbolic if it is not part of a broad, comprehensive political strategy that sets measurable goals, provides for genuine participation by the groups affected, and seriously addresses structural systems of discrimination.</p> <p>In addition to conducting public sensitization campaigns to combat prejudice and misinformation, I would like to add the following suggestions to make the issue more concrete: actively involve the affected groups in the development and implementation of the campaigns (right from the start)- this prevents groups from becoming homogenised, allowing diverse individuals within a group to participate in these campaigns and showcase their internal diversity.; link the measures to structural reforms in education, the police, the judiciary, the world of work, etc.; establish clear success criteria and evaluation mechanisms, and promote long-term education and</p>

empowerment programmes in order to increase effectiveness and sustainably anchor anti-racist changes. (Anonymous)

-
Strictly speaking, one should distinguish between religion and origin/descent. Therefore, I would also include Arab and Latin descent/origin. It is also important to acknowledge that refugees as a social group are affected by racism, which differs from the experiences of other non-citizens. (Anonymous)

-
We recognize the importance of public awareness campaigns aimed at combating prejudice and misinformation concerning marginalized communities. While various campaigns have been initiated in recent years, significant gaps in visibility and representation for certain groups remain.

Despite these initiatives, some communities continue to experience limited representation in public awareness campaigns.

For example, in Eastern Switzerland, there have been no notable campaigns addressing the issues faced by the Yenish, Sinti, and Roma communities. Conversely, mainstream media often perpetuate stereotypes and prejudices against these groups.

Regarding the design of such campaigns, a regional approach may be most effective, as issues of racism and discrimination often have a “local” dimension — perceptions and priorities differ across regions. For instance, discussions about racism and the concerns emphasized vary depending on whether one lives in an urban or rural area, or in the French- or German-speaking parts of Switzerland.

To be effective, these campaigns should be sustainably funded and adapted to regional contexts. Furthermore, closer collaboration with civil society organizations is essential to increase visibility and provide meaningful support for all affected communities.

(HEKS Eastern Switzerland)

-
To reiterate comments made in relation to Point 8 – Recommendation 16, knowledge is fundamental to social co-existence.

"The perpetuation of ignorance is a most grievous form of oppression; it reinforces the many walls of prejudice that stand as barriers to the realization of the oneness of humankind, ... Access to knowledge is the right of every human being, and participation in its generation, application and diffusion a responsibility that all must shoulder in the great enterprise of building a prosperous world civilization—each individual according to his or her talents and abilities. Justice demands universal participation. Thus, while social action may involve the provision of goods and services in some form, its primary concern must be to build capacity within a given population to participate in creating a better world." (Message of The Universal House of Justice, Riḍván 2010)

	<p>From a Bahá'í perspective, justice is not achieved solely through punishment, but through adequate educational responses and a shift in cultural understanding of our differences. As emphasized:</p> <p>"...it should be recognized that the ultimate solution to the problems of humanity lies not in penalties and punishments, but rather in spiritual education and illumination." (Message of The Universal House of Justice, Department of the Secretariat, 24 January 1993)</p> <p>Together, these insights highlight that fostering knowledge, moral consciousness, and mutual understanding is essential to overcoming prejudice, building social cohesion, and creating a society in which the dignity and potential of every individual are fully realized. (Anonymous)</p>
<p>Recommandation 16d) De prendre des mesures pour garantir un enregistrement uniforme et obligatoire par la police des infractions à motivation raciste, et d'établir un système de collecte des données sur la catégorie d'infractions, le type de motivation, les données démographiques des victimes et de l'agresseur, et les circonstances de l'infraction relatives au lieu et au temps, afin de pouvoir établir une politique préventive efficace.</p> <p>Recommendation 16d) Take steps to make it mandatory for uniform records to be kept by the police on offences motivated by racism and adopt measures to establish a system for compiling data on offences by category and type of motive, on the demographic characteristics of victims and aggressors, and on the time and place of the commission of such offences as a basis for the development of an effective policy for their prevention.</p>	<p>À l'heure actuelle, les statistiques policières sont incomplètes, inégales selon les cantons et non comparables, ce qui empêche toute politique publique fondée sur des données fiables.</p> <p>Nous recommandons :</p> <ul style="list-style-type: none"> • l'instauration d'un protocole national d'enregistrement systématique des infractions motivées par la haine raciale, fondé sur des critères clairs et partagés ; • l'obligation de former les agents à identifier correctement la motivation raciale et à la documenter dès la première intervention ; • la publication annuelle de données désagrégées et anonymisées, incluant le motif discriminatoire, le profil des victimes et des auteurs, et les suites judiciaires ; <p>l'association des ONG spécialisées, dont la CICAD, à l'analyse de ces données dans une optique de prévention, d'alerte précoce et de plaidoyer. (CICAD)</p> <p>-</p> <p>Cette recommandation est la bienvenue pour rassembler les preuves et aussi décourager les éventuels auteurs. Il y a une omerta de la preuve quand il s'agit des actes commis par une minorité de policiers qui est censée protéger tout le monde. (Anonyme)</p> <p>-</p> <p>Tout à fait. Et qui tient compte aussi de la propre police ou des structures qui ont un caractère de racisme systémique. (Anonyme)</p> <p>-</p>

	<p>Here, it is important to emphasise the importance of cooperation with NGOs and religious communities, as people are more likely to report incidents within their own communities than to go directly to the authorities. (Anonymous)</p>
<p>Recommandation 18) Rappelant sa recommandation générale n° 31 (2005), le Comité recommande à l'État partie de prendre des mesures pour garantir que des enquêtes promptes, complètes et impartiales sont menées sur tous les cas d'incidents à caractère raciste infligés par des policiers ou impliquant des policiers, de s'assurer que les responsables éventuels de ces actes sont poursuivis et sanctionnés de manière appropriée, et d'offrir, le cas échéant, une réparation adéquate aux victimes ou à leur famille. Le Comité réitère vivement sa recommandation à l'État partie de créer dans tous les cantons un mécanisme indépendant, hors de la police et du ministère public, chargé de recevoir et d'instruire des plaintes concernant des fautes commises par des policiers, en particulier les comportements abusifs à motivation raciste. Il lui recommande aussi de prendre des mesures pour faciliter l'accès à la justice des victimes, y compris en fournissant des informations sur les mécanismes de plainte et en réduisant le coût des procédures.</p> <p>Recommendation 18) Recalling its general recommendation No. 31 (2005), the Committee recommends that the State party take steps to ensure that prompt, thorough and impartial investigations are carried out into all racist incidents caused by or involving the police, ensure that the persons responsible for such acts are prosecuted and appropriately punished, and provide adequate reparation, as appropriate, to victims or their families. The Committee wishes to reiterate and underscore its recommendation that the State party establish in all the cantons an independent mechanism, outside the framework of the police and the public prosecutor's office, to investigate complaints of police misconduct, particularly when it involves racially motivated abuse. The Committee also recommends that the State party take steps to help victims gain access to justice, including by supplying information about complaints mechanisms and reducing procedural fees and charges.</p>	<p>Nous soutenons l'appel à la création de mécanismes de plainte indépendants, distincts des chaînes hiérarchiques policières. Il s'agit de garantir la confiance des victimes et l'effectivité des recours. (CICAD)</p> <p>-</p> <p>C'est important pour lutter contre les actes racistes de la police. Mais en amont, des mesures de prévention et de médiation sont à renforcer pour éviter d'arriver à des cas graves. (Anonyme)</p> <p>-</p> <p>AsyLex is highly concerned with the disproportionate violence asylum seekers experience at the hands of authorities carrying out forced deportations. Switzerland has previously been reprimanded by the Committee against Torture for these inhumane practices, which include “shackling, tying individuals to wheelchairs with multiple restraints, or the case of a pregnant mother who had to breastfeed her child while handcuffed” (CAT/C/CHE/CO/8, 2023). Despite international reprimands, such practices persist.</p> <p>-</p> <p>Most recently, AsyLex has been involved in cases where clients were removed directly from psychiatric clinics. One client deported from a clinic was tied with a cerberus belt throughout the deportation flight. Upon arrival, she was not provided with access to urgently needed medical care. Similarly, one client was deported in a wheelchair without the medication needed and after experiencing a mental breakdown on the way to the flight. In another case, a client was deported one day after experiencing a miscarriage. Alarming, these cases are not exceptional; AsyLex observes a general trend towards deporting persons directly from psychiatric clinics, disregarding their specific needs and vulnerabilities, and exposing them to unnecessary violence throughout expulsions.</p> <p>-</p> <p>Forced deportation flights are accompanied and documented by the National Commission for the Prevention of Torture (NCPT). However, it is extremely problematic that AsyLex only receives censored versions of the reports by the NCPT – despite having a mandate for the persons concerned. Censored information may include reports on deportations of families, sections regarding the location from which persons were deported, and which measures to constrain their mobility were applied throughout the flight. The censoring of this information from a supposedly independent institution essentially hinders complaint and reparation mechanisms for victims of state violence, and leaves perpetrators unaccountable. (AsyLex)</p>

	<p>-</p> <p>The informal complaints mechanisms and legal remedies, the criminal proceedings and other legal remedies, such as the complaint under Art. 215 let. a Swiss Code of Criminal Procedure, the administrative proceedings and the state liability proceedings are not set up in any of the cantons in such a way that they meet the human rights requirements for legal protection. Although informal legal remedies are described as easily accessible, they are usually used by the police to dispute the accusation of racism. Convictions for abuse of authority are exceedingly rare, and the procedural, psychological, knowledge-based and economic hurdles to litigation are extremely high. The independence of investigations is not guaranteed (see also current). Since the SCHR research, no measures have been taken to establish independent complaints bodies with supervisory, investigative and complaints powers. (NGO Platform Human Rights Switzerland)</p>
<p>Recommandation 20) Rappelant sa recommandation générale n° 36 (2020), le Comité prie instamment l'État partie de redoubler d'efforts pour lutter efficacement contre toute pratique des forces de l'ordre qui reposerait sur le profilage racial et y mettre fin, notamment :</p> <p>a) D'inclure dans sa législation une interdiction explicite du profilage racial en tenant compte de la recommandation générale n° 36 et de prendre des mesures opérationnelles, telles que la mise en place de formulaires précisant les raisons du contrôle ou de toute autre opération policière, et d'informer les victimes sur les recours disponibles ;</p> <p>Recommendation 20) Recalling its general recommendation No. 36 (2020), the Committee urges the State party to redouble its efforts to effectively counter the use of any and all practices by law enforcement officers that are based on racial profiling and to put an end to such practices by, in particular:</p> <p>a) Incorporating an explicit prohibition of racial profiling into its legislation, taking into account general recommendation No. 36, and adopting operational measures for that purpose, such as the introduction of forms on which the reasons for an identity check or any other police operation must be stated and the provision of information to victims on the available remedies;</p>	<p>Le profilage racial, qu'il soit institutionnel ou individuel, doit être explicitement interdit, et un plan d'action pluriannuel co-construit avec les communautés concernées doit être mis en œuvre. Ce plan doit inclure : formation, contrôle, audit, traitement indépendant des plaintes, et collecte de données publiques. (CICAD)</p> <p>-</p> <p>Cette recommandation est justifiée. Le profilage racial est un abus de la dignité humaine et la mise en place des formulaires couvre en même temps l'agent de police, sert d'outil de preuve et rassure la victime potentielle. (Anonyme)</p> <p>-</p> <p>Switzerland's insufficient measures against racial profiling have recently been condemned at European level; in the case of <i>Wa Baile v. Switzerland</i>, the European Court of Human Rights reprimanded Switzerland for violating Art. 14 (the principle of non-discrimination) and Art. 13 (right to an effective remedy) of the European Charter of Human Rights. The case highlights the structural shortcomings of protections from racial profiling and clear rules of procedure regarding documentation of motives behind identity checks. The impact of these shortcomings is exacerbated for asylum seekers, who face additional burdens in accessing their rights, such as a lack of free legal aid in incidents of racial profiling, and for whom the consequences of checks occurring against a background of racial profiling may be severe.</p> <p>-</p> <p>One of AsyLex' clients, for example, faced criminal charges for violating the geographical confinement imposed on him, which the authorities only learned due to an identity check in a train. The police argued that the check was conducted as our client "raised their attention". However, nothing from his recorded behaviour stood out that could have justified an identity check as proportionate. As he was sitting in a train compartment with ten other people of which only he and the singular other</p>

	<p>person of colour were controlled, it must instead be concluded that the control occurred within a broader pattern of racial profiling. Thus, the evidence should have been dismissed, as evidence collected through unlawful practices cannot be legitimately used.</p> <p>Explicit prohibition of racial profiling and improved transparency regarding the reasons for identity and other checks are urgently needed to prevent not only racial profiling, but also unequal treatment under existing law. Additionally, effective legal remedies for victims must be clearly articulated in Swiss law and made readily available. (AsyLex)</p> <p>-</p> <p>Racial profiling has long been a major institutional problem in Switzerland, which, despite Switzerland's condemnation by the European Court of Human Rights in the Wa Baile case, has not been effectively addressed by the authorities. Within the police force, systemic abuses within its own ranks are rarely addressed due to a lack of independence. The public prosecutor's office and the judiciary are also not always willing or able to conduct independent investigations into police violence or racial profiling. In the case of the public prosecutor's office, the reason for this is that it relies on close cooperation with the police in its day-to-day work and may lack the necessary distance when members of the police themselves are accused of a crime. The courts generally believe the police rather than the victims of police violence or racial profiling.</p> <p>Urgent measures are needed in this area, such as structural reforms and training within the police force, targeted monitoring of incidents, and appropriate complaints mechanisms for those affected. (NGO Platform Human Rights Switzerland)</p>
<p>Recommandation 20b) D'élaborer un plan d'action contre le profilage racial, en consultation avec les populations les plus susceptibles d'en être victimes, visant à le prévenir et à le combattre de manière efficace, en y incluant des actions relatives :</p> <ul style="list-style-type: none">) Au renforcement de la formation initiale et continue des policiers et des forces d'ordre sur la question du racisme et du profilage racial ;) Au suivi aux niveaux cantonal et fédéral de la mise en œuvre des mesures opérationnelles contre le profilage racial et des audits périodiques, avec le concours d'experts indépendants, pour mettre à jour les lacunes dans les politiques et pratiques internes ;) À la mise en place d'un système indépendant de traitement des plaintes liées au profilage racial ;) À la collecte des données ventilées sur le profilage racial, à publier régulièrement et à faire figurer dans son prochain rapport périodique. 	<p>La recommandation est pertinente dans le profilage racial est une réalité en Suisse. Ici, il ne s'agit pas d'incriminer la police qui fait généralement bien son travail, mais de rassurer la population et de prévenir des abus. (Anonyme)</p> <p>-</p> <p>Although the action plan provides for important steps to combat racial profiling, it remains non-binding (the action plan remains vague in its wording ('in consultation', 'with a view to', 'follow-up'), without any clear legal entitlement, sanction mechanisms or binding requirements), system-stabilising and potentially symbolic in important areas if it is not supplemented by legally binding measures, genuine co-determination by those affected, binding accountability requirements and approaches for structural change.</p> <p>'Consultation' with the affected groups may remain a symbolic participation without these groups being given any rights of co-determination or control. Alternatively, one could say that those affected should be actively involved in decision-making and monitoring processes, rather than simply being 'asked' or 'consulted'. (Anonymous)</p>

<p>Recommendation 20b) Formulating an action plan to combat racial profiling in consultation with the population groups most at risk of becoming victims of that practice with a view to preventing and countering it effectively by means of a range of measures that include the following:</p> <ol style="list-style-type: none"> (1) Strengthening of initial and ongoing training for police officers and members of other law enforcement agencies on the issues of racism and racial profiling; (2) Follow-up at the cantonal and federal levels of operational measures implemented to combat racial profiling and of regular audits conducted with the help of independent experts to address gaps in policies and organizational practices; (3) The introduction of an independent system for processing complaints related to racial profiling; (4) The compilation of disaggregated data on racial profiling, the regular publication of those data and their inclusion in the next periodic report. 	<p>-</p> <p>AsyLex is not aware of any efforts by the Swiss government to consult with individuals having experienced or at risk of experiencing racial profiling in the development of reforms to address systemic racism within Swiss institutions. It is urgent to prioritise the development of a comprehensive action plan to combat racial profiling by including all groups affected – with particular weight given to groups in situations of exacerbated vulnerability, such as asylum seekers. (Asylex)</p> <p>-</p> <p>We respectfully draw to your attention the fact that Switzerland has not yet implemented a strategy which contains the following main elements:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. to enact legislation that effectively prevents racially discriminatory police stops; 2. to improve the independence and accessibility of complaints mechanisms for unlawful police stops; 3. to collect data on police stops that can be used to more easily record and prove racially-motivated police stops; 4. strengthen measures within the framework of human resources policy and operational practice that effectively prevent directly and indirectly discriminatory police stops. <p>(NGO Platform Human Rights Switzerland)</p>
<p>Recommandation 22) Rappelant sa recommandation générale n° 36 (2020), le Comité prie instamment l'État partie de considérer, dans l'évaluation du projet de loi mentionné, les risques éventuels de profilage, de discrimination et de stigmatisation de personnes sur la base de la race, de l'ascendance, de la couleur ou de l'origine ethnique ou nationale que comportent les analyses de l'ADN. Il recommande aussi à l'État partie d'assurer une évaluation inclusive et approfondie de ces amendements en consultation avec la société civile, y compris des personnes appartenant à des groupes minoritaires, à toutes les étapes du processus législatif. En outre, le Comité recommande à l'État partie de confier à un mécanisme indépendant la surveillance de la mise en œuvre de cette législation une fois adoptée afin qu'elle soit conforme aux obligations de l'État partie en matière de droits de l'homme.</p> <p>Recommendation 22) Recalling its general recommendation No. 36 (2020), the Committee calls upon the State party, in the course of its assessment of the above-mentioned bill, to consider the risks that could be posed by the use of DNA analysis in terms of profiling, discrimination and stigmatization of persons on the basis of their race, descent, skin colour, or ethnic or national origin. It recommends that the State party ensure that an inclusive, in-depth assessment of the amendments is undertaken in consultation with civil society, including members of minority groups, at all stages of the legislative process. In addition,</p>	<p>La CICAD accueille avec gravité les préoccupations du Comité relatives à l'usage élargi des analyses ADN à des fins d'identification, notamment dans les projets de modification du Code de procédure pénale suisse. Ces préoccupations sont fondées, justifiées et doivent être pleinement prises en compte dans le processus législatif.</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Risque de profilage génétique et de discrimination indirecte <p>La CICAD souligne que l'introduction ou l'extension de technologies d'analyse ADN à des fins policières – telles que la détermination de l'origine biogéographique ou de caractéristiques phénotypiques – comporte un risque évident de dérives discriminatoires, y compris raciales ou ethniques.</p> <p>Même en l'absence d'intention raciste, le recours à des outils technologiques construits sur des bases probabilistes peut conduire à la stigmatisation ciblée de groupes racisés, à la généralisation de préjugés, voire à une forme institutionnalisée de profilage ethnique génétique.</p> <ol style="list-style-type: none"> 2. Exigence d'une évaluation approfondie, inclusive et transparente <p>Nous appelons les autorités suisses à :</p> <ul style="list-style-type: none"> • suspendre toute extension de ces techniques sans évaluation rigoureuse d'impact sur les droits fondamentaux ;

<p>the Committee recommends that the State party entrust an independent mechanism with monitoring the implementation of the legislation once it is adopted into law in order to ensure that it is in accordance with the State party's human rights obligations.</p>	<ul style="list-style-type: none"> • garantir une consultation active, documentée et ouverte des organisations de la société civile, en particulier celles représentant des groupes potentiellement discriminés, y compris les communautés juives, roms, africaines, musulmanes ou asiatiques ; • assurer un débat démocratique étayé par une expertise pluridisciplinaire (juridique, éthique, technique, sociologique), en toute transparence. <p>3. Mécanisme indépendant de surveillance</p> <p>La CICAD soutient la recommandation de créer un organe indépendant chargé de la surveillance de l'application de cette législation, une fois adoptée. Cet organe devrait être :</p> <ul style="list-style-type: none"> • extérieur aux services de police et au ministère public ; • composé de représentants de la société civile, d'experts en droits fondamentaux, en éthique et en technologies génétiques ; • doté de prérogatives de contrôle effectives, y compris en matière de recours des individus affectés. <p>Conclusion</p> <p>La CICAD rappelle que la sécurité publique ne peut justifier une régression des garanties contre les discriminations raciales. Toute avancée technologique dans le domaine policier doit être strictement encadrée, réversible, contrôlable, et fondée sur les principes de proportionnalité, de nécessité et de non-discrimination. (CICAD)</p> <p>Nous partageons cette recommandation qui va non seulement améliorer le travail de la police mais aussi de renforcer le vivre ensemble. Ici une consultation devrait être lancée par le Service de lutte contre le racisme et qui implique fortement les organisations de migrants. (Anonyme)</p>
<p>Recommandation 24) Le Comité recommande à l'État partie : a) D'augmenter le nombre d'aires de séjour et de transit pour les Yéniches, Sintis/Manouches et Roms nomades, d'améliorer l'infrastructure des aires existantes et d'autoriser leur utilisation par les Roms non suisses ;</p> <p>Recommendation 24) The Committee recommends that the State party: a) Increase the number of permanent and transit sites for Yenish, Sinti/Manush and Roma travellers, upgrade the infrastructure in existing sites and authorize their use for non-Swiss Roma persons;</p>	<p>Nous partageons cette recommandation dans la mesure où cette population a un mode de vie spécifique. (Anonyme)</p>
<p>Recommandation 24b) De s'assurer que les lois et politiques d'apparence neutre n'ont pas d'effet discriminatoire sur les Yéniches, Sintis/Manouches et Roms ;</p>	<p>Il faut renforcer la loi et protéger cette population qui a des pratiques traditionnelles fortes et séculaires et qui enrichissent la diversité. En même temps des programmes spécifiques adaptés à leur intégration sont à renforcer. (Anonyme)</p>

<p>Recommendation 24b) Ensure that apparently neutral laws and policies do not have a discriminatory effect on Yenish, Sinti/Manush and Roma persons;</p>	
<p>Recommandation 24c) De développer et de mettre en œuvre, à tous les niveaux de pouvoir, des stratégies spécifiques pour atténuer les effets socioéconomiques de la pandémie de COVID-19 sur ces communautés, en garantissant leur participation dans l'élaboration, la mise en œuvre et le suivi desdites stratégies ;</p> <p>Recommendation 24c) Develop and launch targeted strategies at all levels of government for mitigating the social and economic impacts of the COVID-19 pandemic on these communities while guaranteeing their participation in the formulation, implementation and monitoring of those strategies;</p>	<p>I do not understand the aim of this recommendation. It might weaken the other recommendations regarding Yenish, Sinti/Manush, and Roma persons. (Anonymous)</p>
<p>Recommandation 24d) De mettre en place un mécanisme de suivi efficace du plan d'action sur l'amélioration des conditions de vie nomade et la promotion de la culture des Yéniches, des Sintis/Manouches et des Roms, de fournir des ressources adéquates pour sa mise en œuvre, et d'assurer la participation des Yéniches, des Sintis/Manouches et des Roms dans toutes les procédures pertinentes de prises de décisions ;</p> <p>Recommendation 24d) Set up an effective mechanism for monitoring the implementation of the plan of action to improve living conditions for travellers and promote the culture of the Yenish, Sinti/Manush and Roma communities, provide adequate resources for its implementation and ensure the participation of the Yenish, Sinti/Manush and Roma communities in all relevant decision-making processes;</p>	<p>(Sans commentaire / no comment)</p>
<p>Recommandation 24e) De réviser et de modifier si nécessaire les lois qui criminalisent la mendicité, et de prendre d'autres mesures appropriées.</p> <p>Recommendation 24e) Review and, if necessary, amend laws that criminalize begging, and take other appropriate measures.</p>	<p>Des mesures appropriées pour prévenir et punir la mendicité. (Anonyme)</p> <p>-</p> <p>This controversial topic might weaken the other recommendations regarding Yenish, Sinti/Manush, and Roma persons. (Anonymous)</p>
<p>Recommandation 26) Le Comité recommande à l'État partie : a) De renforcer les mesures de prévention des actes de violence contre les personnes résidant dans les centres fédéraux pour requérants d'asile et de s'assurer de leur mise en œuvre effective, d'établir des mécanismes de plainte et d'enquête efficaces et impartiaux, de sanctionner les responsables de ces actes et d'offrir une réparation adéquate aux victimes ;</p>	<p>Point important pour les personnes requérantes (Anonyme)</p> <p>-</p> <p>Violence in Swiss federal asylum centres remains a widespread problem, leaving many residents inadequately protected and without effective remedies. Since the Committee made its recommendations, Switzerland initiated a pilot complaint mechanism project in the cantons of Zurich and Basel. However, it is noted that</p>

<p>Recommendation 26) The Committee recommends that the State party: a) Strengthen measures to prevent the commission of acts of violence upon persons residing in federal asylum centres and ensure their effective implementation, set up effective, impartial complaint and investigative mechanisms, punish the perpetrators of such acts and offer adequate reparation to the victims of such acts;</p>	<p>complaint mechanisms still have considerable room for improvement and are not sufficiently known to asylum seekers (<u>Mehr Transparenz in Bundesasylzentren</u>). Violent incidents persist and are especially harmful to groups in vulnerable situations such as women, girls and LGBTQI+ persons, as a gender-sensitive perspective is insufficiently incorporated into complaint mechanisms and their experiences of violence and discrimination are often not adequately recognised or addressed due to prevailing gender biases. A 2023 report by the National Commission for the Prevention of Torture (NCPT) criticizes the lack of training for personnel regarding specific needs of LGBTQI+ persons, victims of sexual and gender-based violence (SGBV) and unaccompanied minors. NCPT further warns about incidents of SGBV in the centres (<u>89222.pdf</u>) The Asylum Information Database (AIDA) further notes that asylum centres remain unsafe for women and girls, lacking privacy, safe spaces, and gender-sensitive protections (<u>Conditions in reception facilities - Asylum Information Database European Council on Refugees and Exiles</u>).</p> <p>AsyLex thus stresses that Switzerland must urgently implement CERD's recommendation by creating independent, gender-sensitive complaint and investigation mechanisms, providing safe living arrangements, delivering mandatory staff training on gender-based violence and discrimination, and ensuring free legal and psychosocial support for victims in all federal asylum centers. (AsyLex)</p> <p>-</p> <p>Any reactive measures must be accompanied by proactive initiatives that instill universal principles, addressing the root causes of discrimination and fostering lasting social cohesion. (Anonymous)</p> <p>-</p> <p>The media and non-governmental organizations repeatedly report incidents of violence in federal asylum centers, most recently including violence against unaccompanied minor asylum seekers. Measures are required to counter this, such as complaint mechanisms for those affected. (NGO Platform Human Rights Switzerland)</p>
<p>Recommandation 26b) De veiller à ce que le personnel des agences de sécurité privées affecté dans les centres fédéraux pour requérants d'asile ne recoure pas à la violence et qu'il soit sous le contrôle effectif de l'État partie, afin de prévenir tout acte de violence, de lutter contre de tels agissements de la part du personnel des agences de sécurité privées et de ne pas éluder sa responsabilité quant à la protection des personnes sous sa garde ;</p> <p>Recommendation 26b) Ensure that private security personnel employed in federal asylum centres do not resort to violence and that they are under the State party's effective oversight, in order to prevent all acts of violence, to combat such actions by private security personnel and not to evade its responsibility for the protection of people in its custody;</p>	<p>Nous soutenons la recommandation. Ces centres pour accueil des migrants doivent s'ouvrir au travail d'intégration d'autres associations et non rester des lieux closes. (Anonyme)</p> <p>-</p> <p>Also: Specific training for this personnel should be mandatory. (Anonymous)</p> <p>-</p> <p>AsyLex is very concerned by continued use of private security personnel in asylum centres. Whistleblowers from these companies have indicated that racist attitudes are commonplace among many guards working in asylum centres, who often fail to distinguish asylum seekers from criminals (<u>Switzerland: "I ask that they treat asylum seekers like human beings" – Human rights violations in Swiss federal asylum centres - Amnesty International</u>). These attitudes often culminate in acts of violence and abuse</p>

	<p>of power. Despite recent increased SEM oversight of private security guards, Amnesty International published yet another report on human rights violations in asylum centres in October 2024 (Schweiz: Kinderrechte in Bundesasylzentren müssen besser geschützt werden — amnesty.ch).</p> <p>The use of private security in federal asylum centres creates a palpable risk to inhabitants, many of whom will be highly traumatised and uniquely vulnerable to any abuse of power. While such security personnel are employed by private companies, the Federal Commission against Racism notes that the actions of providers are attributable to the State, which is thus responsible for protecting the fundamental rights of asylum seekers. (AIDA-CH 2024-Update.pdf).</p> <p>AsyLex strongly urges Switzerland to create a long-term plan to divorce itself from private security firms altogether. In the meantime, we recommend taking steps to ensure that any private security staff remaining within federal asylum centres are subjected to vigorous screening and training prior to having any contact with asylum seekers, and that effective monitoring mechanisms to ensure they act in compliance with the law. (AsyLex)</p>
<p>Recommandation 26c) De veiller à ce que les victimes de violences conjugales puissent demeurer sur le territoire de l'État partie, en vertu de l'article 50 de la loi fédérale sur les étrangers et l'intégration, sans avoir à surmonter des obstacles de procédure excessifs qui, en pratique, les laisseraient sans protection réelle et effective ;</p> <p>Recommendation 26c) Ensure that victims of marital violence are allowed to remain in the State party under the terms of article 50 of the Foreign Nationals and Integration Act without having to overcome excessive procedural obstacles which, in practice, would leave them without real, effective protection;</p>	<p>La recommandation semble adaptée. Les violences conjugales qu'elles exercent sur les migrants que la population autochtone restent la même à la différence que les autochtones peuvent avoir plus de réseau que les migrants. (Anonyme)</p> <p>-</p> <p>AsyLex is concerned about the procedural barriers that continue to prevent migrants exposed to domestic violence from fully benefitting from the protections outlined by Art. 50 of the Foreign Nationals and Integration Act. Recent reports suggest that legislative changes to bolster the efficacy of Art. 50 are not sufficient, and that migrant domestic violence victims are often punished through retraction or reassessment of their residency permits for leaving their abuser and bringing the matter to SEM officials. Strict credibility assessment procedures by SEM staff during permit renewal processes fail to capture the psychological realities and behaviours of victims. For example, inconsistent narratives, common amongst particularly traumatised individuals, have been counted against asylum seekers in the assessment process (Special procedural guarantees - Asylum Information Database European Council on Refugees and Exiles, Ftn. 22). Late reporting of domestic violence often results in SEM staff deeming the victim uncredible altogether, despite the SEM Handbook directing its staff not to dismiss a claimant's credibility because of belated allegations (Bitly bit.ly/2TRQv7Y).</p> <p>What constitutes sufficient exposure to domestic violence in order to receive the</p>

	<p>protections offered by Art. 50 also remains unclear. While the SEM Handbook does not specify any threshold of violence, the Federal Supreme Court ruled that the victim must experience violence of a ‘certain intensity’ (<u>Konsequenter Opferschutz (AIG 50) – Brava</u>). In reality, evidence of abuse is notoriously difficult for victims to retrospectively provide, and thus the hardship provisions outlined in Art. 50 are only very restrictively applied (ibid.).</p> <p>Switzerland must ensure that trauma-informed and gender-sensitive interviews and credibility assessments are conducted with migrant domestic violence victims, and that any policies meant to bolster Art. 50 are followed by SEM staff. (AsyLex)</p>
<p>Recommandation 26d) De garantir le droit à la libre circulation des personnes admises sur le territoire de l’État partie à titre provisoire et des personnes résidant dans les centres fédéraux pour requérants d’asile, en levant les restrictions disproportionnées dont elles font l’objet ;</p> <p>Recommendation 26d) Guarantee the right to free movement for persons who have been temporarily admitted to the State party and for persons residing in federal asylum centres by lifting the disproportionate restrictions in that regard;</p>	<p>Nous partagerons cette recommandation car elle prévient les violences, abus, maladies psychiques. (Anonyme)</p> <p>-</p> <p>The meaning of 'disproportionate restrictions' is unclear and should be specified. (Anonymous)</p> <p>-</p> <p>AsyLex underscores that individuals with F-permits (provisionally admitted foreigners) in Switzerland face disproportionate restrictions on their right to free movement, including limitations on travel outside the country. In contrast, beneficiaries of subsidiary protection in the European Union generally enjoy more extensive rights, including the ability to travel within the Schengen area without additional approvals. Equally, significant discrepancies between holders of F and a B permits (residence permit) persist in Switzerland. This disparity highlights a significant inconsistency in the treatment of individuals seeking protection. Previous attempts to lift some of these restrictions through legislative proposals in the National Council were rejected, leaving F-permit holders with limited mobility (<u>Residence permit - Asylum Information Database European Council on Refugees and Exiles</u>).</p> <p>Furthermore, asylum seekers accommodated in federal administrative centres are subject to a semi-closed regime, where exits require written authorisation and daily exit hours are strictly regulated. Residents may face disciplinary measures - including temporary exclusion or restrictions on pocket money - for late returns or unjustified absences. The location of many centres further exacerbates restrictions on movement, as they are placed in remote areas with limited public transport options, isolating asylum seekers from essential services, social contacts, and legal assistance (<u>Freedom of movement - Asylum Information Database European Council on Refugees and Exiles</u>).</p> <p>AsyLex urges Switzerland to lift disproportionate travel and movement restrictions for F-permit holders, address the restrictive conditions in federal asylum centres, and</p>

	<p>ensure that temporary admission status does not result in discriminatory treatment compared with other protection categories. (AsyLex)</p>
<p>Recommandation 26e) De renforcer les mesures visant à garantir l'accès à l'éducation de base à tous les enfants migrants non accompagnés sans discrimination ;</p> <p>Recommendation 26e) Strengthen measures to guarantee access to a basic education for all unaccompanied migrant children without discrimination;</p>	<p>Cela doit particulièrement concerner l'apprentissage et la formation des mineurs sans papier. (Anonyme)</p> <p>-</p> <p>The meaning of "education without discrimination" should be specified. (Anonymous)</p> <p>-</p> <p>While the Swiss Constitution stipulates in Art. 62 "all children shall have access to adequate primary education", this right is not always fully realised in practice. The majority of asylum-seeking children are, rather, educated in federal asylum centers. AsyLex is concerned with significant discrepancies between the regular schooling system and education offered in federal asylum centers, as well as between different cantons. Classes and subjects may vary according to the canton, and only in some cantons are children in federal asylum centres able to access the regular schooling system (Access to education - Asylum Information Database European Council on Refugees and Exiles)</p> <p>All children should have access to the same quality of education, regardless of whether they are accompanied or not, or whether they have been admitted to Switzerland, their parents' asylum request has been denied, or whether they are still in the asylum proceeding. This includes the opportunity for children to access the regular schooling system, so as to ensure they are provided with quality education and a stable environment – especially if it is likely that they will remain in Switzerland for a significant time.</p> <p>AsyLex has represented children who, despite their prolonged stay in Switzerland and interim measures issued by the UN Committee on the Rights of the Child (CRC) halting their deportation, were only enrolled in a public school upon external pressure by AsyLex. Procedures in front of the CRC usually take up to several years, so it is in the children's best interest to access regular schooling and social environment while awaiting the final decision. Our clients' situation illustrates the systemic barriers to accessing regular education faced by asylum seeking children. (AsyLex)</p>
<p>Recommandation 26f) De veiller à ce que les ressortissants de pays situés en dehors de l'Union européenne puissent avoir accès à l'aide sociale sans discrimination du fait de leur nationalité ou origine ;</p>	<p>Pour l'instant nous n'avons aucune connaissance du nonaccès à ces droits. Il y a plutôt quelques discriminations dans l'octroi des mesures qu'il faut corriger. (Anonyme)</p>

<p>Recommendation 26f) Ensure that foreign nationals from countries outside the European Union can gain access to social assistance without being discriminated against on the basis of their nationality or origin;</p>	
<p>Recommandation 26g) De prévoir que tous les enfants nés apatrides dans l'État partie aient la possibilité d'acquérir la nationalité suisse à la naissance, et de faciliter l'accès à la nationalité suisse à tous les autres enfants nés en Suisse, quel que soit leur statut de résidence.</p> <p>Recommendation 26g) Provide the possibility for all stateless children born in the State party to acquire Swiss citizenship at birth and facilitate access to Swiss citizenship for all other children born in Switzerland, regardless of their residency status.</p>	<p>À notre avis, la naturalisation aux enfants qui sont nés et/ou grandis en Suisse doit être une formalité dans la mesure où ils sont liés naturellement à ce pays. (Anonyme)</p> <p>Since Switzerland applies the principle of “ius sanguinis”, children born in Switzerland do not automatically receive Swiss citizenship. The requirements for naturalization are very restrictive. This means that many people who have lived in Switzerland their entire lives or for a long time are unable to exercise their political rights and experience further discrimination. (NGO Platform Human Rights Switzerland)</p>
<p>Recommandation 28) Le Comité recommande à l'État partie d'accroître ses efforts pour sensibiliser l'opinion publique à l'importance de la tolérance et de la lutte contre la discrimination raciale, les préjugés et les stéréotypes raciaux, et de promouvoir une politique active d'ouverture des institutions à une population diversifiée, notamment aux personnes exposées à la discrimination raciale. Le Comité réitère sa recommandation à l'État partie de sensibiliser le personnel de la justice aux normes internationales interdisant la discrimination raciale, y compris en établissant des cours de formation obligatoire à cet égard.</p> <p>Recommendation 28) The Committee recommends that the State party increase its efforts to sensitize the general public to the importance of tolerance and of combating racial discrimination and racial prejudices and stereotypes, and that it promote an active policy on opening up institutions to a diverse population, including persons subject to racial discrimination. The Committee reiterates its recommendation to the State party to sensitize the staff of the justice system to international standards that prohibit racial discrimination, including by establishing mandatory training courses on that subject.</p>	<p>1. Lutter contre la banalisation des discours et actes racistes</p> <p>La CICAD constate avec préoccupation une normalisation croissante des discours racistes et antisémites, dans l'espace public comme dans les sphères privées et numériques. Face à ce phénomène, les réponses purement répressives sont nécessaires mais insuffisantes. Elles doivent impérativement être complétées par une stratégie nationale ambitieuse de sensibilisation, de formation et d'éducation.</p> <p>La CICAD recommande :</p> <ul style="list-style-type: none"> • le déploiement de campagnes de sensibilisation coordonnées, continues et ciblées, pilotées au niveau fédéral et relayées localement, valorisant la diversité et déconstruisant les stéréotypes ; • l'intégration systématique des organisations spécialisées (telles que la CICAD) dans la conception et l'évaluation de ces campagnes, afin de garantir leur pertinence et leur ancrage dans la réalité des discriminations vécues. <p>2. Ouverture des institutions à la diversité</p> <p>La CICAD soutient la nécessité de promouvoir une politique proactive d'inclusion au sein des institutions publiques, notamment :</p> <ul style="list-style-type: none"> • par le recrutement actif de profils issus de minorités racisées ou exposées à des formes de racisme structurel (y compris les personnes juives, musulmanes, noires, roms, asiatiques, etc.) ; • par la valorisation des parcours professionnels diversifiés dans les corps administratifs, judiciaires, éducatifs et politiques.

L'État doit donner l'exemple d'une représentation équitable et visible, afin de briser le plafond de verre encore trop souvent présent.

3. Formation obligatoire du personnel judiciaire

La CICAD insiste avec force sur la nécessité de former en continu les magistrats, procureurs, avocats, greffiers et policiers à :

- la reconnaissance des mécanismes de discrimination raciale, y compris les formes contemporaines d'antisémitisme (délégitimation d'Israël, complotisme, symbolique codée) ;
- l'application des normes internationales pertinentes (notamment la CEDR, la CEDH, et les recommandations générales du CERD) ;
- la distinction entre la liberté d'expression et les discours de haine prohibés.

Cette formation doit être obligatoire, certifiante et mise à jour périodiquement. Elle ne peut reposer sur l'initiative individuelle ou la bonne volonté cantonale. Il s'agit d'une exigence systémique.

Conclusion

Promouvoir une société véritablement inclusive et antiraciste exige un engagement clair des institutions, à la fois en externe (par les messages transmis) et en interne (par les pratiques exemplaires). La CICAD est prête à contribuer activement à ces chantiers, comme elle le fait déjà dans ses actions de formation, d'éducation et de conseil auprès des autorités et du grand public. (CICAD)

-
Il faut effectivement continuer de sensibiliser l'opinion publique et l'ouverture des institutions à une population diversifiée nous semble être à accélérer. (Anonyme)
-

As the HEKS Advisory Centre against Racism and Discrimination in Eastern Switzerland, we consider this a critical issue. Our society cannot effectively address discriminatory practices in legislation and public services without proper training. Civil servants must be aware of these issues and have access to the necessary tools to respond to challenges as they arise. The lack of training, monitoring, and mechanisms to counter racial discrimination in public institutions—including schools—is deeply concerning.

This gap exposes both affected individuals and employees: for example, a teacher may have to address hate speech in the classroom alone, with no institutional support; a client of social services may be disadvantaged because their caseworker fails to recognize how prejudice, structural, or institutional discrimination may have shaped decisions.

	<p>The roots of this deficit are clear: initial education for teachers, social workers, law enforcement, and legal professionals provides little to no coverage of racism or racial discrimination, implicitly suggesting that these issues are not a personal concern. We strongly advocate for mandatory, recurring training on racial discrimination and inclusion for all public-sector employees. Such measures are essential to maintain visibility of these issues, emphasize their relevance across all areas of public service, and ensure that institutions are equipped to respond fairly and effectively to all members of the community. (HEKS Eastern Switzerland)</p> <p>-</p> <p>To completely combat racism, it is necessary to make a cultural shift and develop a vision beyond tolerance. Oneness is a biological reality that must become an expression of social reality, in other words, unity in diversity, not uniformity.</p> <p>"The powers of the human soul have throughout history and across the planet been manifested in many forms of custom, knowledge, and culture. This diversity endows the human family with richness. Just as differently coloured flowers enrich a garden, diversity gives society natural beauty and strength..." (A letter from The Universal House of Justice, 1 November 2022.) (Anonymous)</p>
<p>Recommandation 29) Compte tenu du caractère indivisible de tous les droits de l'homme, le Comité encourage l'État partie à envisager de ratifier les instruments internationaux relatifs aux droits de l'homme auxquels il n'est pas encore partie, en particulier ceux dont les dispositions intéressent directement les communautés qui peuvent faire l'objet de discrimination raciale, comme la Convention internationale sur la protection des droits de tous les travailleurs migrants et des membres de leur famille. Le Comité encourage l'État partie à adhérer à la Convention sur la réduction des cas d'apatridie.</p> <p>Recommendation 29) Bearing in mind the indivisibility of all human rights, the Committee encourages the State party to consider ratifying those international human rights treaties that it has not yet ratified, in particular treaties with provisions that have direct relevance to communities that may be subjected to racial discrimination, including the International Convention on the Protection of the Rights of All Migrant Workers and Members of Their Families. The Committee encourages the State party to accede to the Convention on the Reduction of Statelessness.</p>	<p>La Suisse est un exemple en matière de signature des droits et conventions internationales. Elle abrite aussi sur son sol des institutions internationales et de formation internationales. Il est logique qu'elle continue de signer toutes les conventions internationales. (Anonyme)</p> <p>-</p> <p>Switzerland has not ratified the individual complaints mechanisms under several key human rights treaties; the Optional Protocol to the International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights (ICESCR), to the Convention on the Rights of Persons with Disabilities (CRPD), or to the International Covenant on Civil and Political Rights (ICCPR). Additionally, Switzerland has not ratified the International Convention on the Protection of the Rights of All Migrant Workers and Members of Their Families (ICMW), including its individual complaints procedure. As a result, individuals currently lack the ability to bring complaints directly to UN human rights bodies to obtain reparation for experienced violations.</p> <p>This absence is particularly significant for asylum seekers, who frequently face discrimination, as well as systemic barriers to accessing domestic remedies. Swiss asylum decisions regularly prioritise state asylum interests over individual human rights protections, resulting in situations where asylum seekers' rights are insufficiently safeguarded. Evidence from the non-refoulement context illustrates these limitations: in over 80% of cases brought forward by AsyLex through the individual communication mechanism to UN treaty bodies, interim measures were</p>

	<p>imposed, demonstrating that domestic procedures alone were insufficient to protect fundamental rights. These examples highlight the high risk of human rights violations for asylum seekers, particularly for those from racialised or marginalised communities, and the consequential need for independent, international safeguards.</p> <p>Ratification of ICMW and Optional Protocols to the ICCPR, ICESCR, and CRPD would allow individuals, including asylum seekers to submit complaints directly to UN treaty bodies. This would provide an essential mechanism for redress, ensuring that human rights violations can be addressed even when domestic systems fail, and reinforcing protections against discrimination, abuse, or arbitrary treatment within the asylum process. (AsyLex)</p> <p>-</p> <p>The Swiss legal system has major gaps in legal protection against human rights violations in various cross-cutting areas. For this reason, the NGO platform is calling for the ratification of the most important international human rights treaties, including the International Convention on the Protection of the Rights of All Migrant Workers and Members of Their Families. (NGO Platform Human Rights Switzerland)</p>
<p>Recommandation 30) À la lumière de sa recommandation générale n° 33 (2009) concernant le suivi de la Conférence d'examen de Durban, le Comité recommande à l'État partie de donner effet à la Déclaration et au Programme d'action de Durban, adoptés en septembre 2001 par la Conférence mondiale contre le racisme, la discrimination raciale, la xénophobie et l'intolérance qui y est associée, en tenant compte du document final de la Conférence d'examen de Durban, tenue à Genève en avril 2009, quand il applique la Convention. Le Comité demande à l'État partie d'inclure dans son prochain rapport périodique des renseignements précis sur les plans d'action qu'il aura adoptés et les autres mesures qu'il aura prises pour mettre en œuvre la Déclaration et le Programme d'action de Durban au niveau national.</p> <p>Recommendation 30) In the light of its general recommendation No. 33 (2009) on the follow-up to the Durban Review Conference, the Committee recommends that, in its implementation of the Convention, the State party give effect to the Durban Declaration and Programme of Action, adopted in September 2001 at the World Conference against Racism, Racial Discrimination, Xenophobia and Related Intolerance, taking into account the outcome document of the Durban Review Conference held in Geneva in April 2009. The Committee requests that the State party include specific information in its next periodic report on action</p>	<p>La CICAD reconnaît la portée historique de la Déclaration et du Programme d'action de Durban (DPAD), adoptés en 2001, ainsi que le rôle moteur qu'ils ont joué dans la reconnaissance mondiale de la lutte contre le racisme, la xénophobie et l'intolérance. Toutefois, il est essentiel que l'application nationale de cette déclaration se fasse dans un esprit de clarté juridique, de cohérence avec les engagements internationaux de la Suisse, et dans le respect des valeurs fondamentales de non-hiérarchisation des discriminations.</p> <p>Vigilance face aux dérives instrumentalisantes</p> <p>La CICAD tient à rappeler que certaines formes de réappropriation idéologique du processus de Durban, en particulier lors de ses suites, ont donné lieu à des expressions ouvertement antisémites ou hostiles à l'État d'Israël, ce qui a conduit de nombreux États démocratiques — dont la Suisse — à prendre leurs distances vis-à-vis de certaines conférences de suivi.</p> <p>Dans ce contexte, la CICAD :</p> <ul style="list-style-type: none"> • soutient la mise en œuvre sélective, rigoureuse et équilibrée des volets de la DPAD qui renforcent la lutte contre toutes les formes de racisme, y compris l'antisémitisme ; • appelle à une application nationale qui respecte les principes fondamentaux du droit international des droits humains (notamment l'interdiction de l'incitation à la haine antisémite, quelle que soit sa justification politique ou idéologique) ;

<p>plans and other measures taken to implement the Durban Declaration and Programme of Action at the national level.</p>	<ul style="list-style-type: none"> recommande que toute référence au processus de Durban dans les politiques suisses soit accompagnée d'une clause de non-discrimination inclusive, intégrant expressément l'antisémitisme comme une forme spécifique de racisme. <p>Proposition concrète La CICAD propose que la Suisse, dans son rapport périodique :</p> <ul style="list-style-type: none"> fasse état des actions concrètes menées dans l'esprit de la DPAD, en matière de sensibilisation, de protection des minorités, d'accès aux droits et de lutte contre les discriminations ; précise clairement ses lignes rouges concernant les dérives politisées ou excluantes de certaines parties du processus Durban, en affirmant son attachement indéfectible aux principes de neutralité, d'universalité et de respect des droits humains dans leur intégralité. <p>La CICAD défend une approche universaliste, éthique et juridiquement fondée de la lutte contre toutes les formes de racisme. La DPAD peut nourrir utilement cette dynamique, à condition que sa mise en œuvre soit strictement encadrée et dépolitisée. La Suisse a les moyens et la légitimité d'incarner une telle lecture constructive et équilibrée du processus de Durban. (CICAD)</p> <p>-</p> <p>Cette recommandation nous semble logique quand on sait l'engagement de la Suisse dans l'établissement de la Déclaration de Durban. (Anonyme)</p>
<p>Recommandation 31) À la lumière de la résolution <u>68/237</u> de l'Assemblée générale proclamant la Décennie internationale des personnes d'ascendance africaine pour 2015-2024 et de la résolution <u>69/16</u> sur le programme d'activités de la Décennie, le Comité recommande à l'État partie d'élaborer et de mettre en œuvre un programme adapté de mesures et de politiques en collaboration avec des organisations et des personnes d'ascendance africaine. Le Comité demande à l'État partie d'inclure dans son prochain rapport périodique des renseignements précis sur les mesures concrètes qu'il aura adoptées dans ce cadre, compte tenu de sa recommandation générale n° 34 (2011) sur la discrimination raciale envers les personnes d'ascendance africaine.</p> <p>Recommendation 31) In the light of General Assembly resolution 68/237, in which the General Assembly proclaimed 2015–2024 the International Decade for People of African Descent, and General Assembly resolution 69/16 on the programme of activities for the Decade, the Committee recommends that the State party prepare and implement a suitable programme of measures and policies in collaboration with organizations and peoples of African descent. The</p>	<p>Ici, nous n'avons pas vu des programmes forts et une collaboration poussée entre avec des organisations d'ascendance africaine. Nous proposons par exemple qu'une journée de consultation ait lieu entre le SLR et les organisations en question pour élaborer des programmes et les dérouler ensemble. (Anonyme)</p>

<p>Committee requests that the State party include in its next periodic report precise information on the concrete measures adopted within that framework, taking into account its general recommendation No. 34 (2011) on racial discrimination against people of African descent.</p>	
<p>Recommandation 32) Le Comité recommande à l'État partie de poursuivre et d'élargir le dialogue avec les organisations de la société civile qui travaillent dans le domaine de la protection des droits de l'homme, en particulier celles qui luttent contre la discrimination raciale, dans le cadre de l'élaboration du prochain rapport périodique et du suivi des présentes observations finales.</p> <p>Recommendation 32) The Committee recommends that the State party continue consulting and increasing its dialogue with civil society organizations working in the area of human rights protection, in particular those working to combat racial discrimination, in connection with the preparation of the next periodic report and in follow-up to the present concluding observations.</p>	<p>Le dialogue avec la société civile ne saurait être uniquement consultatif. Il doit être structurel, suivi et doté de moyens pour impliquer réellement les associations expertes dans la formulation, la mise en œuvre et l'évaluation des politiques publiques. (CICAD)</p> <p>-</p> <p>Cette recommandation nous semble utile, parce qu'elle permet un rapport qui implique les acteurs et qui donne davantage du poids à son contenu.</p> <p>Cette présente consultation écrite va dans ce sens. Peut-être qu'une rencontre aussi en présentiel pourrait renforcer le rapport et continuer de renforcer un réseau pour des actions communes. (Anonyme)</p> <p>-</p> <p>We very much welcome this recommendation. Advisory centers and other actors working in discrimination protection and human rights possess extensive data and practical experience that can meaningfully inform decision-making. Coordinating and channeling this information would strengthen the foundation of political strategies (for example, through KIP) and provide concrete examples of best practices.</p> <p>For example, at the beginning of this year, three cantons in eastern Switzerland requested a special analysis of data from the past five years to help target their strategies, allocate funding, and inform policymaking. A similar dataset could easily be included in reporting to the federal government or to CERD, ensuring that policy decisions are evidence-based and responsive to the realities on the ground. (HEKS Eastern Switzerland)</p> <p>-</p> <p>In addition to ongoing dialogue with civil society, the State should monitor and assess systematic efforts of these organizations in addressing race and prejudice. This would provide deeper insights into structural discrimination, support effective policymaking, and strengthen measures to combat racism comprehensively. (Anonymous)</p>
<p>Recommandation 33) Le Comité recommande à l'État partie de mettre ses rapports à la disposition du public dès leur soumission et de diffuser également les observations finales du Comité qui s'y rapportent auprès de tous les organes de l'État chargés de la mise en œuvre de la Convention, y compris les cantons et les communes, ainsi que de les publier sur le site Web du Département fédéral des affaires étrangères dans les langues officielles et les autres langues couramment utilisées, selon qu'il conviendra.</p>	<p>La CICAD soutient pleinement la recommandation du Comité appelant l'État partie à assurer la diffusion systématique, multilingue et accessible des rapports qu'il soumet aux organes conventionnels ainsi que des observations finales qui en résultent.</p> <p>Une telle démarche relève de l'obligation de transparence démocratique et contribue à ancrer la Convention dans les pratiques institutionnelles suisses, tant au niveau fédéral que cantonal et communal.</p> <p>Intégration des contributions de la société civile</p>

<p>Recommendation 33) The Committee recommends that the State party's reports be made readily available and accessible to the public at the time of their submission and that the concluding observations of the Committee with respect to those reports be similarly made available to all State bodies entrusted with the implementation of the Convention, including the cantons and communes, and publicized on the website of the Federal Department of Foreign Affairs in the official and other commonly used languages, as appropriate.</p>	<p>Toutefois, la CICAD tient à souligner une lacune persistante : l'absence ou l'insuffisance de valorisation des contributions issues de la société civile dans les rapports fédéraux, notamment lorsqu'il s'agit de données empiriques, d'analyses spécialisées ou de documentation de terrain sur les actes de racisme.</p> <p>La CICAD recommande que :</p> <ul style="list-style-type: none"> • les rapports fédéraux incluent une section spécifique mentionnant les apports issus de la société civile, en citant les rapports clés (tels que ceux de la CICAD, de la FIMM, ou du réseau humanrights.ch) ; • les rapports indépendants, en particulier ceux produits de manière régulière, documentée et reconnue, soient explicitement référencés dans le corps du rapport fédéral, avec possibilité d'annexes ou de résumés intégrés ; • le processus d'élaboration des rapports fédéraux fasse l'objet d'une traçabilité des contributions civiles, avec retour d'information (« feedback loop ») aux organisations consultées. <p>Diffusion multicanale et multilingue Par ailleurs, la CICAD recommande :</p> <ul style="list-style-type: none"> • que les rapports et observations finales soient systématiquement publiés dans les quatre langues nationales, et dans les autres langues les plus couramment utilisées par les communautés concernées ; • que ces documents soient hébergés de manière visible, permanente et accessible sur les sites de l'Administration fédérale, en particulier celui du DFAE et du Département fédéral de justice et police ; • que les cantons et les communes soient formellement encouragés à diffuser ces documents, notamment dans le cadre de leur politique d'intégration et de lutte contre les discriminations. <p>Conclusion La CICAD appelle à une politique fédérale cohérente qui valorise la contribution des acteurs spécialisés, garantit l'accès équitable à l'information publique, et institutionnalise le dialogue avec la société civile dans le suivi de la Convention. Il en va de la crédibilité, de l'efficacité et de la légitimité de l'action étatique dans la lutte contre le racisme. (CICAD)</p> <p>-</p> <p>La recommandation est utile dans la mesure où l'accès à ces documents permet aussi aux parties prenantes de prendre possession du contenu et de l'utiliser dans leur programme. (Anonyme)</p>
<p>Recommandation 34) Le Comité encourage l'État partie à mettre à jour son document de base commun, qui date de 2017, conformément aux directives</p>	<p>(Sans commentaire / no comment)</p>

<p>harmonisées pour l'établissement de rapports au titre des instruments internationaux relatifs aux droits de l'homme, en particulier celles concernant le document de base commun, adoptées à la cinquième réunion intercomités des organes créés en vertu d'instruments internationaux relatifs aux droits de l'homme tenue en juin 2006. À la lumière de la résolution <u>68/268</u> de l'Assemblée générale, le Comité demande instamment à l'État partie de respecter la limite de 42 400 mots fixée pour ce document.</p> <p>Recommendation 34) The Committee encourages the State party to update its common core document, which dates from 2017, in accordance with the harmonized guidelines on reporting under the international human rights treaties, in particular those on the common core document, as adopted at the fifth inter-committee meeting of the human rights treaty bodies held in June 2006. In the light of General Assembly resolution 68/268, the Committee urges the State party to observe the limit of 42,400 words for such documents.</p>	
<p>Recommandation 35) Conformément au paragraphe 1 de l'article 9 de la Convention et à l'article 65 de son règlement intérieur, le Comité demande à l'État partie de fournir, dans un délai d'un an à compter de l'adoption des présentes observations finales, des renseignements sur la suite qu'il aura donnée aux recommandations figurant dans les paragraphes 16 a) et b) (crimes et discours de haine à caractère raciste), 20 b) (profilage racial) et 26 a), d) et e) (situation des non-ressortissants) ci-dessus.</p> <p>Recommendation 35) In accordance with article 9 (1) of the Convention and rule 65 of its rules of procedure, the Committee requests the State party to provide, within one year of the adoption of the present concluding observations, information on its implementation of the recommendations contained in paragraphs 16 (a) and (b) (racist hate crimes and speech), 20 (b) (racial profiling) and 26 (a), (d) and (e) (situation of non-citizens) above.</p>	<p>La CICAD approuve pleinement la demande du Comité exigeant de la Suisse qu'elle rende compte, dans un délai d'un an, des suites données aux recommandations prioritaires suivantes :</p> <ul style="list-style-type: none"> • 16a & 16b – Crimes et discours de haine à caractère raciste ; • 20b – Profilage racial ; • 26a, d, e – Traitement des non-ressortissants, notamment dans les centres fédéraux pour requérants d'asile. <p>Ces thématiques représentent, pour la CICAD, des points de vigilance structurelle, car elles cumulent risques d'atteinte grave aux droits fondamentaux, déficits de protection, et absence de mécanismes correcteurs effectifs.</p> <p>1. Recommandations 16a & 16b – Crimes et discours de haine raciste</p> <p>La CICAD constate une intensification inquiétante des discours de haine, en particulier à caractère antisémite, depuis plusieurs années — phénomène aggravé par l'actualité géopolitique.</p> <p>La Suisse ne dispose actuellement :</p> <ul style="list-style-type: none"> • ni d'un cadre normatif contraignant envers les plateformes en ligne ; • ni d'un dispositif opérationnel centralisé de suivi, de signalement et de traitement des discours de haine raciale ; • ni d'un pilotage institutionnel coordonné à l'échelle nationale. <p>Action attendue :</p> <p>La CICAD appelle à la création urgente d'un organe national de lutte contre les</p>

discours de haine raciale, associant autorités publiques, magistrats, forces de l'ordre, plateformes numériques et organisations spécialisées. Cet organe doit publier des statistiques transparentes, recenser les poursuites engagées et former les acteurs judiciaires.

2. Recommandation 20b – Plan d'action contre le profilage racial

Malgré la reconnaissance du problème dans les débats publics et politiques, aucune stratégie nationale cohérente n'a vu le jour pour lutter efficacement contre le profilage racial.

La CICAD rappelle que le profilage racial constitue une atteinte directe au principe d'égalité devant la loi, et qu'il fragilise gravement la confiance entre les populations minoritaires et les forces de l'ordre.

Action attendue :

La mise en œuvre d'un plan d'action national contre le profilage racial, co-construit avec les communautés concernées, comprenant :

- une formation obligatoire et continue des forces de police ;
- un dispositif indépendant de plainte ;
- un système de collecte et de publication de données désagrégées, soumis à évaluation périodique par des experts indépendants.

3. Recommandations 26a, 26d & 26e – Droits des non-ressortissants dans les centres fédéraux pour requérants d'asile

Les témoignages recueillis par la CICAD et d'autres organisations partenaires font état de situations préoccupantes dans les centres fédéraux, notamment :

- des violences physiques ou psychologiques commises en toute impunité par certains agents de sécurité ;
- des restrictions disproportionnées à la liberté de mouvement, sans justification objective ;
- une application inégale et opaque du droit à l'assistance sociale, selon les nationalités.

Action attendue : La CICAD appelle à :

- la création de mécanismes indépendants d'enquête et de plainte, extérieurs à l'administration migratoire ;
- l'abrogation des restrictions non proportionnées à la liberté de déplacement ;
- l'assurance d'un accès égalitaire à l'aide sociale, sans discrimination selon l'origine nationale.

	<p>Conclusion La CICAD estime que ces recommandations prioritaires relèvent de domaines critiques où la crédibilité des engagements suisses en matière de droits humains est directement en jeu.</p> <p>Elle exige que :</p> <ul style="list-style-type: none"> • la Confédération publie un rapport de suivi circonstancié, fondé sur des données vérifiables, dans le délai imparti par le Comité (1 an) ; • ce rapport intègre les contributions formelles de la société civile, dont celles de la CICAD, en matière de documentation, d'analyses et de recommandations pratiques ; • l'État ouvre un processus de dialogue structuré avec les ONG spécialisées, pour garantir un suivi transparent, concerté et orienté vers les résultats. <p>L'application des recommandations et évaluer la mise en œuvre aide à avancer vers l'objectif final. (Anonyme)</p>
<p>Recommandation 36) Le Comité souhaite appeler l'attention de l'État partie sur l'importance particulière des recommandations figurant dans les paragraphes 6 (application de la Convention en droit interne), 10 (Institution nationale des droits de l'homme) et 18 (violences policières à caractère raciste) ci-dessus, et lui demande de faire figurer dans son prochain rapport périodique des renseignements détaillés sur les mesures concrètes qu'il aura prises pour y donner suite.</p> <p>Recommendation 36) The Committee wishes to draw the attention of the State party to the particular importance of the recommendations contained in paragraphs 6 (application of the Convention under national law), 10 (national human rights institution) and 18 (racially motivated police violence) above and requests the State party to provide detailed information in its next periodic report on the concrete measures taken to implement those recommendations.</p>	<p>(Sans commentaire / no comment)</p>
<p>Recommandation 37) Le Comité recommande à l'État partie de soumettre son rapport valant treizième à seizième rapports périodiques d'ici au 29 décembre 2025, en tenant compte des directives pour l'établissement du document se rapportant spécifiquement à la Convention adoptées par le Comité à sa soixante et onzième session et en traitant de tous les points soulevés dans les présentes observations finales. À la lumière de la résolution <u>68/268</u> de l'Assemblée générale, le Comité demande instamment à l'État partie de respecter la limite de 21 200 mots fixée pour les rapports périodiques.</p>	<p>(Sans commentaire / no comment)</p>

Recommendation 37) The Committee recommends that the State party submit its thirteenth to sixteenth periodic reports, as a single document, by 29 December 2025, taking into account the reporting guidelines adopted by the Committee during its seventy-first session and addressing all the points raised in the present concluding observations. In the light of General Assembly resolution 68/268, the Committee urges the State party to observe the limit of 21,200 words for periodic reports.